

Sozialgerichtsgesetz (SGG)

vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1239)

Erster Teil Gerichtsverfassung

Erster Abschnitt Gerichtsbarkeit und Richteramt

§ 1

Die Sozialgerichtsbarkeit wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte, besondere Verwaltungsgerichte ausgeübt.¹

§ 2

Als Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit werden in den Ländern Sozialgerichte und Landessozialgerichte, im Bund das Bundessozialgericht errichtet.

§ 3

(1) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit werden mit Berufsrichtern und ehrenamtlichen Richtern besetzt.

(2) (weggefallen)²

§ 4

Bei jedem Gericht wird eine Geschäftsstelle eingerichtet, die mit der erforderlichen Zahl von Urkundsbeamten besetzt wird. Das Nähere bestimmen für das Bundessozialgericht das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, für die Sozialgerichte und Landessozialgerichte die nach Landesrecht zuständigen Stellen.³

§ 5

(1) Alle Gerichte, Verwaltungsbehörden und Organe der Versicherungsträger leisten den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit Rechts- und Amtshilfe.

1 ÄNDERUNGEN

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Satz 2 eingefügt.
01.01.2009.—Artikel 3 Nr. 4 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Satz 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Sie kann nach Maßgabe des Fünften Abschnitts auch durch besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte und Oberverwaltungsgerichte ausgeübt werden.“

2 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 1 Satz 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 „Beisitzern“ durch „Richtern“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 1 Satz 2 desselben Gesetzes hat Abs. 2 aufgehoben. Abs. 2 lautete:

„(2) Die ehrenamtlichen Richter führen bei den Sozialgerichten die Amtsbezeichnung ‚Sozialrichter‘, bei den Landessozialgerichten die Amtsbezeichnung ‚Landessozialrichter‘ und bei dem Bundessozialgericht die Amtsbezeichnung ‚Bundessozialrichter‘.“

3 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Satz 2 „der Bundesminister“ durch „das Bundesministerium“ ersetzt.

28.11.2003.—Artikel 65 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Satz 2 „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Gesundheit und Soziale Sicherung“ ersetzt.

08.11.2006.—Artikel 95 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Satz 2 „Gesundheit und Soziale Sicherung“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

(2) Das Ersuchen an ein Sozialgericht um Rechtshilfe ist an das Sozialgericht zu richten, in dessen Bezirk die Amtshandlung vorgenommen werden soll. Das Ersuchen ist durch den Vorsitzenden einer Kammer durchzuführen. Ist die Amtshandlung außerhalb des Sitzes des ersuchten Sozialgerichts vorzunehmen, so kann dieses Gericht das Amtsgericht um die Vornahme der Rechtshilfe ersuchen.

(3) Die §§ 158 bis 160, 164 bis 166, 168 des Gerichtsverfassungsgesetzes gelten entsprechend.

§ 6

Für die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit gelten die Vorschriften des Zweiten Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes nach Maßgabe der folgenden Vorschriften entsprechend:

1. Das Präsidium teilt die ehrenamtlichen Richter im voraus für jedes Geschäftsjahr, mindestens für ein Vierteljahr, einem oder mehreren Spruchkörpern zu, stellt die Reihenfolge fest, in der sie zu den Verhandlungen heranzuziehen sind, und regelt die Vertretung für den Fall der Verhinderung. Von der Reihenfolge darf nur aus besonderen Gründen abgewichen werden; die Gründe sind aktenkundig zu machen.
2. Den Vorsitz in den Kammern der Sozialgerichte führen die Berufsrichter.⁴

Zweiter Abschnitt Sozialgerichte

§ 7

(1) Die Sozialgerichte werden als Landesgerichte errichtet. Die Errichtung und Aufhebung eines Gerichts und die Verlegung eines Gerichtssitzes werden durch Gesetz angeordnet. Änderungen in der Abgrenzung der Gerichtsbezirke können auch durch Rechtsverordnung bestimmt werden. Die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Stelle kann anordnen, daß außerhalb des Sitzes eines Sozialgerichts Zweigstellen errichtet werden.

(2) Mehrere Länder können gemeinsame Sozialgerichte errichten oder die Ausdehnung von Gerichtsbezirken über die Landesgrenzen hinaus vereinbaren.

(3) Wird ein Sozialgericht aufgehoben oder wird die Abgrenzung der Gerichtsbezirke geändert, so kann durch Landesgesetz bestimmt werden, daß die bei dem aufgehobenen Gericht oder bei dem von der Änderung in der Abgrenzung der Gerichtsbezirke betroffenen Gericht rechtshängigen Streitsachen auf ein anderes Sozialgericht übergehen.⁵

§ 8

Die Sozialgerichte entscheiden, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist, im ersten Rechtszug über alle Streitigkeiten, für die der Rechtsweg vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit offensteht.

4 AUFHEBUNG

01.07.1962.—§ 90 Nr. 1 des Gesetzes vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Berufsrichter müssen entweder die Fähigkeit zum Richteramt nach dem Gerichtsverfassungsgesetz oder auf Grund der vorgeschriebenen Prüfungen an einem allgemeinen Verwaltungsgericht haben. Sie sollen besondere Kenntnisse auf den Gebieten des Sozialrechts und des sozialen Lebens besitzen.

(2) Die Berufsrichter sind Richter mit den Rechten und Pflichten der Richter der ordentlichen Gerichte. Für ihre Rechtsstellung gelten die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes.“

QUELLE

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 2 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift eingefügt.

5 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat Abs. 3 eingefügt.

§ 9

(1) Das Sozialgericht besteht aus der erforderlichen Zahl von Berufsrichtern als Vorsitzenden und aus den ehrenamtlichen Richtern.

(2) Die für die allgemeine Dienstaufsicht und die sonstigen Geschäfte der Gerichtsverwaltung zuständige Stelle wird durch Landesrecht bestimmt.⁶

§ 10

(1) Bei den Sozialgerichten werden Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie für Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts (Recht der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden) und des Schwerbehindertenrechts gebildet. Für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau können eigene Kammern gebildet werden.

(2) Für Streitigkeiten aufgrund der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Vertragsärzten, Psychotherapeuten, Vertragszahnärzten (Vertragsarztrecht) einschließlich ihrer Vereinigungen und Verbände sind eigene Kammern zu bilden. Zu diesen Streitigkeiten gehören auch

1. Klagen gegen Entscheidungen und Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses, soweit diese Entscheidungen und die streitgegenständlichen Regelungen der Richtlinien die vertragsärztliche Versorgung betreffen,
2. Klagen in Aufsichtsangelegenheiten gegenüber dem Gemeinsamen Bundesausschuss, denen die in Nummer 1 genannten Entscheidungen und Regelungen der Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses zugrunde liegen, und
3. Klagen aufgrund von Verträgen nach den §§ 73b und 73c des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sowie Klagen im Zusammenhang mit der Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung aufgrund von Ermächtigungen nach den §§ 116, 116a und 117 bis 119b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, Klagen wegen der Vergütung nach § 120 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sowie Klagen aufgrund von Verträgen nach § 140a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, soweit es um die Bereinigung der Gesamtvergütung nach § 140d des Fünften Buches Sozialgesetzbuch geht.

(3) Der Bezirk einer Kammer kann auf Bezirke anderer Sozialgerichte erstreckt werden. Die beteiligten Länder können die Ausdehnung des Bezirks einer Kammer auf das Gebiet oder Gebietsteile mehrerer Länder vereinbaren.⁷

6 ÄNDERUNGEN

01.07.1962.—§ 90 Nr. 1 des Gesetzes vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665) hat Abs. 2 aufgehoben. Abs. 2 lautete:

„(2) Als Vorsitzender kann auch ernannt werden, wer durch längere, mindestens fünfjährige Tätigkeit in der Beratung und Vertretung von Angelegenheiten auf den der Sozialgerichtsbarkeit zugewiesenen Gebieten umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im Sozialrecht besitzt.“

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 3 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 „Sozialrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 3 durch Abs. 2 ersetzt. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Stelle führt die allgemeine Dienstaufsicht. Sie kann Geschäfte der Verwaltung und der Dienstaufsicht dem Präsidenten des Landessozialgerichts oder dem Vorsitzenden des Sozialgerichts, bei mehreren einem von ihnen, übertragen.“

7 ÄNDERUNGEN

01.01.1989.—Artikel 32 Nr. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 1988) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Für Angelegenheiten des Kassenarztrechts (§ 51 Abs. 2) sind eigene Kammern zu bilden.“

§ 11

(1) Die Berufsrichter werden nach Maßgabe des Landesrechts nach Beratung mit einem für den Bezirk des Landessozialgerichts zu bildenden Ausschuss auf Lebenszeit ernannt.

(2) Der Ausschuss ist von der nach Landesrecht zuständigen Stelle zu errichten. Ihm sollen in angemessenem Verhältnis Vertreter der Versicherten, der Arbeitgeber, der Versorgungsberechtigten und der mit dem sozialen Entschädigungsrecht oder der Teilhabe behinderter Menschen vertrauten Personen sowie der Sozialgerichtsbarkeit angehören.

(3) Bei den Sozialgerichten können Richter auf Probe und Richter kraft Auftrags verwendet werden.

(4) Bei dem Sozialgericht und bei dem Landessozialgericht können auf Lebenszeit ernannte Richter anderer Gerichte und Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule für eine bestimmte Zeit von mindestens zwei Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamts, zu Richtern im Nebenamt ernannt werden.⁸

01.01.1999.—Artikel 12 Nr. 1 des Gesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1311) hat in Abs. 2 „einschließlich der Psychotherapeuten“ nach „Ärzten“ eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Bei den Sozialgerichten werden Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Kriegsopferversorgung gebildet.“

Artikel 1 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Für in § 51 Abs. 2 Satz 1 genannten Streitigkeiten auf Grund der Beziehungen zwischen Ärzten einschließlich der Psychotherapeuten, Zahnärzten und Krankenkassen (Kassenarztrecht) sind eigene Kammern zu bilden.“

01.01.2004.—Artikel 42 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) hat in Abs. 1 Satz 1 „Bundesanstalt“ durch „Bundesagentur“ ersetzt.

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Bei den Sozialgerichten werden Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit sowie des sozialen Entschädigungsrechts (Recht der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden) und des Schwerbehindertenrechts gebildet.“

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Bei Bedarf sind für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau eigene Kammern zu bilden.“

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

01.01.2020.—Artikel 20 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 1 Satz 1 „einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ nach „Sozialhilfe“ eingefügt.

8 ÄNDERUNGEN

01.07.1962.—§ 90 Nr. 2 des Gesetzes vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Für die Bestellung von Hilfsrichtern gilt § 10 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend.“

01.08.1986.—Artikel 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. Juli 1986 (BGBl. I S. 1110) hat in Abs. 2 Satz 2 „oder dem Schwerbehindertenrecht“ nach „Kriegsopferversorgung“ eingefügt.

01.07.2001.—Artikel 24 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat in Abs. 2 „dem Schwerbehindertenrecht“ durch „der Teilhabe behinderter Menschen“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 5 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 2 Satz 1 „zuständigen obersten Landesbehörde“ durch „nach Landesrecht zuständigen Stelle“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 5 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 2 „der Kriegsopferversorgung“ durch „dem sozialen Entschädigungsrecht“ ersetzt.

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Abs. 4 eingefügt.

§ 12

(1) Jede Kammer des Sozialgerichts wird in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei ehrenamtlichen Richtern als Beisitzern tätig. Bei Beschlüssen außerhalb der mündlichen Verhandlung und bei Gerichtsbescheiden wirken die ehrenamtlichen Richter nicht mit.

(2) In den Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Grundsicherung für Arbeitssuchende einschließlich der Streitigkeiten auf Grund des § 6a des Bundeskindergeldgesetzes und der Arbeitsförderung gehört je ein ehrenamtlicher Richter dem Kreis der Versicherten und der Arbeitgeber an. Sind für Angelegenheiten einzelner Zweige der Sozialversicherung eigene Kammern gebildet, so sollen die ehrenamtlichen Richter dieser Kammern an dem jeweiligen Versicherungszweig beteiligt sein.

(3) In den Kammern für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts wirken je ein ehrenamtlicher Richter aus den Kreisen der Krankenkassen und der Vertragsärzte, Vertragszahnärzte und Psychotherapeuten mit. In Angelegenheiten der Vertragsärzte, Vertragszahnärzte und Psychotherapeuten wirken als ehrenamtliche Richter nur Vertragsärzte, Vertragszahnärzte und Psychotherapeuten mit.

(4) In den Kammern für Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts wirken je ein ehrenamtlicher Richter aus dem Kreis der mit dem sozialen Entschädigungsrecht oder dem Recht der Teilhabe behinderter Menschen vertrauten Personen und dem Kreis der Versorgungsberechtigten, der behinderten Menschen im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und der Versicherten mit; dabei sollen Hinterbliebene von Versorgungsberechtigten in angemessener Zahl beteiligt werden.

(5) In den Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes wirken ehrenamtliche Richter aus den Vorschlagslisten der Kreise und der kreisfreien Städte mit.⁹

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat in Abs. 1 und 2 Satz 1 jeweils „Ausschuß“ durch „Ausschuss“ ersetzt.

Artikel 8 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 4 „und Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule“ nach „Gerichte“ eingefügt.

9 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 3 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 „Sozialrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 4 desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 jeweils „Sozialrichter“ durch „ehrenamtlicher Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 5 desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 2 „Sozialrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 6 desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 2 „Sozialrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

01.08.1986.—Artikel 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. Juli 1986 (BGBl. I S. 1110) hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) In der Kammer für Angelegenheiten der Kriegsoferversorgung wirken je ein ehrenamtlicher Richter aus dem Kreis der mit der Kriegsoferversorgung vertrauten Personen und der Versorgungsberechtigten mit; dabei sind Hinterbliebene in angemessener Zahl zu beteiligen.“

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.01.1999.—Artikel 12 Nr. 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1311) hat in Abs. 3 Satz 1 und 2 jeweils „Kassenärzte (Kassenzahnärzte)“ durch „Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten“ ersetzt.

01.07.2001.—Artikel 24 Nr. 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat in Abs. 4 „dem Schwerbehindertenrecht“ durch „der Teilhabe behinderter Menschen“, „Behinderten im Sinne der §§ 1 und 2 des Schwerbehindertengesetzes“ durch „behinderten Menschen im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 6 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 2 Satz 1 „für Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung“ durch „der Arbeitsförderung“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 6 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 3 und 4 neu gefasst. Abs. 3 und 4 lauteten:

§ 13

(1) Die ehrenamtlichen Richter werden von der nach Landesrecht zuständigen Stelle aufgrund von Vorschlagslisten (§ 14) für fünf Jahre berufen; sie sind in angemessenem Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen. Die zuständige Stelle kann eine Ergänzung der Vorschlagslisten verlangen.

(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung eine einheitliche Amtsperiode festzulegen; sie können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die jeweils zuständige oberste Landesbehörde übertragen. Wird eine einheitliche Amtsperiode festgelegt, endet die Amtszeit der ehrenamtlichen Richter ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Berufung mit dem Ende der laufenden Amtsperiode.

(3) Die ehrenamtlichen Richter bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit im Amt, bis ihre Nachfolger berufen sind. Erneute Berufung ist zulässig. Bei vorübergehendem Bedarf kann die nach Landesrecht zuständige Stelle weitere ehrenamtliche Richter nur für ein Jahr berufen.

(4) Die Zahl der ehrenamtlichen Richter, die für die Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Sozialhilfe und des Asylwerberleistungsgesetzes des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts zu berufen sind, bestimmt sich nach Landesrecht; die Zahl der ehrenamtlichen Richter für die Kammern für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung und für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts ist je besonders festzusetzen.

(5) Bei der Berufung der ehrenamtlichen Richter für die Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung ist auf ein angemessenes Verhältnis zu der Zahl der im Gerichtsbezirk ansässigen Versicherten der einzelnen Versicherungsbranche Rücksicht zu nehmen.

(6) Die ehrenamtlichen Richter für die Kammern für Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts sind in angemessenem Verhältnis zu der Zahl der von den Vorschlagsberechtigten vertretenen Versorgungsberechtigten, behinderten Menschen im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und Versicherten zu berufen.¹⁰

„(3) In den Kammern für Angelegenheiten des Kassenarztrechts wirken je ein ehrenamtlicher Richter aus den Kreisen der Krankenkassen und der Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten mit. In Angelegenheiten der Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten wirken als ehrenamtliche Richter nur Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten mit.“

(4) In den Kammern für Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung wirken je ein ehrenamtlicher Richter aus dem Kreis der mit der Kriegsopferversorgung oder der Teilhabe behinderter Menschen vertrauten Personen und dem Kreis der Versorgungsberechtigten und der behinderten Menschen im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch mit; dabei sind Hinterbliebene von Versorgungsberechtigten in angemessener Zahl zu beteiligen.“

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Abs. 5 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 2 Satz 1 „und der Arbeitsförderung“ nach „Sozialversicherung“ gestrichen.

Artikel 1 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 5 Satz 1 „einschließlich der Streitigkeiten aufgrund § 6a des Bundeskindergeldgesetzes und der Arbeitsförderung“ nach „Arbeitsuchende“ eingefügt.

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat in Abs. 2 Satz 1 „ , der Grundsicherung für Arbeitsuchende einschließlich der Streitigkeiten auf Grund des § 6a des Bundeskindergeldgesetzes und der Arbeitsförderung“ nach „Sozialversicherung“ eingefügt.

Artikel 7 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 1 in Abs. 5 aufgehoben. Satz 1 lautete: „In den Kammern für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende einschließlich der Streitigkeiten aufgrund § 6a des Bundeskindergeldgesetzes und der Arbeitsförderung wirken ehrenamtliche Richter aus den Vorschlagslisten der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber mit.“

01.01.2020.—Artikel 20 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 5 „einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ nach „Sozialhilfe“ eingefügt.

10 ÄNDERUNGEN

§ 14

(1) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Grundsicherung für Arbeitsuchende einschließlich der Streitigkeiten auf Grund des § 6a des Bundeskindergeldgesetzes und der Arbeitsförderung mitwirken, werden aus dem Kreis der Versicherten und aus dem Kreis der Arbeitgeber aufgestellt. Gewerkschaften, selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung und die in Absatz 3 Satz 2 genannten Vereinigungen stellen die Vorschlagsliste für ehrenamtliche Richter aus dem Kreis der Versicherten auf. Vereinigungen von Arbeitgebern und die in § 16 Absatz 4 Nummer 3 bezeichneten obersten Bundes- oder Landesbehörden stellen die Vorschlagslisten aus dem Kreis der Arbeitgeber auf.

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 5 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3, 4 und 5 jeweils „Sozialrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 6 desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 2 „Sozialrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

01.08.1986.—Artikel 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. Juli 1986 (BGBl. I S. 1110) hat Abs. 5 neu gefasst. Abs. 5 lautete:

„(5) Die ehrenamtlichen Richter für die Kammern für Angelegenheiten der Kriegsoferversorgung sind in angemessenem Verhältnis zu der Zahl der von den Vorschlagsberechtigten vertretenen Kriegsoferversorgung zu berufen.“

01.07.2001.—Artikel 24 Nr. 3 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat in Abs. 5 „Behinderten im Sinne der §§ 1 und 2 des Schwerbehindertengesetzes“ durch „behinderten Menschen im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die ehrenamtlichen Richter werden von der Landesregierung oder der von ihr beauftragten Stelle auf Grund von Vorschlagslisten (§ 14) für vier Jahre berufen; sie sind in angemessenem Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen.

(2) Die ehrenamtlichen Richter bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit im Amt, bis ihre Nachfolger berufen sind. Erneute Berufung ist zulässig. Bei vorübergehendem Bedarf kann die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Stelle weitere ehrenamtliche Richter nur für ein Jahr berufen.

(3) Die Zahl der ehrenamtlichen Richter, die für die Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Kriegsoferversorgung zu berufen sind, bestimmt sich nach Landesrecht; dabei ist die Zahl der ehrenamtlichen Richter für die Kammern für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung und für Angelegenheiten des Kassenarztrechts je besonders festzusetzen.

(4) Bei der Berufung der ehrenamtlichen Richter für die Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung ist auf ein angemessenes Verhältnis zu der Zahl der im Gerichtsbezirk ansässigen Versicherten der einzelnen Versicherungszweige, auf die hauptsächlichen Erwerbszweige, insbesondere auch auf die Gruppe der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte Rücksicht zu nehmen.

(5) Die ehrenamtlichen Richter für die Kammern für Angelegenheiten der Kriegsoferversorgung sind in angemessenem Verhältnis zu der Zahl der von den Vorschlagsberechtigten vertretenen Kriegsoferversorgung und behinderten Menschen im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch zu berufen.“

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 5a des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat in Abs. 4 „der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes“ nach „Arbeitsförderung,“ eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 5 „und der Arbeitsförderung“ nach „Sozialversicherung“ und „ , auf die hauptsächlichen Erwerbszweige, insbesondere auch auf die Gruppe der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte“ nach „Versicherungszweige“ gestrichen.

01.01.2020.—Artikel 20 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 4 „einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ nach „Sozialhilfe“ eingefügt.

(2) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts mitwirken, werden nach Bezirken von den Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen und von den Zusammenschlüssen der Krankenkassen aufgestellt.

(3) Für die Kammern für Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts werden die Vorschlagslisten für die mit dem sozialen Entschädigungsrecht oder dem Recht der Teilhabe behinderter Menschen vertrauten Personen von den Landesversorgungsämtern oder nach Maßgabe des Landesrechts von den Stellen aufgestellt, denen deren Aufgaben übertragen worden sind oder die für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes oder des Rechts der Teilhabe behinderter Menschen zuständig sind. Die Vorschlagslisten für die Versorgungsberechtigten, die behinderten Menschen und die Versicherten werden aufgestellt von den im Gerichtsbezirk vertretenen Vereinigungen, deren satzungsgemäße Aufgaben die gemeinschaftliche Interessenvertretung, die Beratung und Vertretung der Leistungsempfänger nach dem sozialen Entschädigungsrecht oder der behinderten Menschen wesentlich umfassen und die unter Berücksichtigung von Art und Umfang ihrer bisherigen Tätigkeit sowie ihres Mitgliederkreises die Gewähr für eine sachkundige Erfüllung dieser Aufgaben bieten. Vorschlagsberechtigt nach Satz 2 sind auch die Gewerkschaften und selbständige Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung.

(4) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes mitwirken, werden von den Kreisen und den kreisfreien Städten aufgestellt.¹¹

11 ÄNDERUNGEN

01.01.1954.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 10. August 1954 (BGBl. I S. 239) hat in Abs. 2 „und den in § 16 Abs. 4 Nr. 3 bezeichneten obersten Bundes- oder Landesbehörden“ nach „Arbeitgebern“ eingefügt.

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 5 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1, 2 und 3 jeweils „Sozialrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

01.08.1986.—Artikel 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. Juli 1986 (BGBl. I S. 1110) hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Für die Kammern für Angelegenheiten der Kriegsoferversorgung werden die Vorschlagslisten für die mit der Kriegsoferversorgung vertrauten Personen von den Landesversorgungsämtern und die Vorschlagslisten für die Versorgungsberechtigten von den im Gerichtsbezirk vertretenen Vereinigungen der Kriegsofener aufgestellt.“

01.07.2001.—Artikel 24 Nr. 4 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat in Abs. 4 „dem Schwerbehindertenrecht“ durch „der Teilhabe behinderter Menschen“ und „Schwerbehinderten“ durch „behinderten Menschen“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) und Artikel 33 Nr. 01 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467) haben die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Vorschlagslisten sollen die eineinhalbfache Zahl der festgesetzten Höchstzahl der ehrenamtlichen Richter enthalten.

(2) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung und für Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung mitwirken, werden von den Gewerkschaften und von selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung sowie von Vereinigungen von Arbeitgebern und den in § 16 Abs. 4 Nr. 3 bezeichneten obersten Bundes- oder Landesbehörden aufgestellt.

(3) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten des Kassenarztrechts mitwirken, werden bezirklich von den Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigungen und von den Zusammenschlüssen der Krankenkassen aufgestellt.

(4) Für die Kammern für Angelegenheiten der Kriegsoferversorgung werden die Vorschlagslisten für die mit der Kriegsoferversorgung oder der Teilhabe behinderter Menschen vertrauten Personen von den Landesversorgungsämtern und die Vorschlagslisten für die Versorgungsberechtigten und die Behinderten von den im Gerichtsbezirk vertretenen Vereinigungen der Kriegsofener und der behinderten Menschen aufgestellt.“

§ 15¹²

§ 16

(1) Das Amt des ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht kann nur ausüben, wer Deutscher ist und das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat.

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Abs. 4 und 5 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 5 lit. a des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 1 „und der Arbeitsförderung“ nach „Sozialversicherung“ gestrichen.

Artikel 1 Nr. 5 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 4 „einschließlich der Streitigkeiten aufgrund § 6a des Bundeskindergeldgesetzes und der Arbeitsförderung“ nach „Arbeitsuchende“ eingefügt.

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 2a des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat in Abs. 3 Satz 1 „den Stellen, denen deren Aufgaben übertragen worden sind, aufgestellt“ durch „nach Maßgabe des Landesrechts von den Stellen aufgestellt, denen deren Aufgaben übertragen worden sind oder die für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes oder des Rechts der Teilhabe behinderter Menschen zuständig sind“ ersetzt.

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung mitwirken, werden aus dem Kreis der Versicherten von den Gewerkschaften, von selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung und von den in Absatz 3 Satz 2 genannten Vereinigungen sowie aus dem Kreis der Arbeitgeber von Vereinigungen von Arbeitgebern und den in § 16 Abs. 4 Nr. 3 bezeichneten obersten Bundes- oder Landesbehörden aufgestellt.“

Artikel 7 Nr. 2 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 4 aufgehoben und Abs. 5 in Abs. 4 unnummeriert. Abs. 4 lautete:

„(4) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende einschließlich der Streitigkeiten aufgrund § 6a des Bundeskindergeldgesetzes und der Arbeitsförderung mitwirken, werden von den in Absatz 1 Genannten aufgestellt.“

01.01.2020.—Artikel 20 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 4 „einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ nach „Sozialhilfe“ eingefügt.

12 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 4 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 3 „Sozialrichter“ durch „ehrenamtlicher Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 5 desselben Gesetzes hat in Abs. 1 und 2 Satz 3 jeweils „Sozialrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

AUFHEBUNG

01.01.1975.—Artikel 10 Nr. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3686) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die ehrenamtlichen Richter sind vor ihrer ersten Dienstleistung durch den Vorsitzenden in öffentlicher Sitzung zu beeidigen.

(2) Der Vorsitzende richtet an die zu Beeidigenden die Worte: ‚Sie schwören bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Sozialrichters getreulich zu erfüllen und Ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben.‘ Die ehrenamtlichen Richter leisten den Eid, indem jeder einzelne die Worte spricht: ‚Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.‘ Der Schwörende soll bei der Eidesleistung die rechte Hand erheben.

(3) Ist ein ehrenamtlicher Richter Mitglied einer Religionsgemeinschaft, der das Gesetz den Gebrauch gewisser Beteuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so wird die Abgabe einer Erklärung unter der Beteuerungsformel dieser Religionsgemeinschaft der Eidesleistung gleichgeachtet.

(4) Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

(5) Über die Beeidigung wird eine Niederschrift aufgenommen.“

(2) (weggefallen)

(3) Ehrenamtlicher Richter aus Kreisen der Versicherten kann auch sein, wer arbeitslos ist oder Rente aus eigener Versicherung bezieht. Ehrenamtlicher Richter aus Kreisen der Arbeitgeber kann auch sein, wer vorübergehend oder zu gewissen Zeiten des Jahres keine Arbeitnehmer beschäftigt.

(4) Ehrenamtliche Richter aus Kreisen der Arbeitgeber können sein

1. Personen, die regelmäßig mindestens einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen; ist ein Arbeitgeber zugleich Versicherter oder bezieht er eine Rente aus eigener Versicherung, so begründet die Beschäftigung einer Hausgehilfin oder Hausangestellten nicht die Arbeitgebereigenschaft im Sinne dieser Vorschrift;
2. bei Betrieben einer juristischen Person oder einer Personengesamtheit Personen, die kraft Gesetzes, Satzung oder Gesellschaftsvertrags allein oder als Mitglieder des Vertretungsorgans zur Vertretung der juristischen Person oder der Personengesamtheit berufen sind;
3. Beamte und Angestellte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie bei anderen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts nach näherer Anordnung der zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörde;
4. Personen, denen Prokura oder Generalvollmacht erteilt ist, oder Angestellte, die regelmäßig für den Arbeitgeber in Personalangelegenheiten tätig werden, sowie leitende Angestellte;
5. Mitglieder und Angestellte von Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Vorstandsmitglieder und Angestellte von Zusammenschlüssen solcher Vereinigungen, wenn diese Personen kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind.

(5) Bei Sozialgerichten, in deren Bezirk wesentliche Teile der Bevölkerung in der Seeschifffahrt beschäftigt sind, können ehrenamtliche Richter aus dem Kreis der Versicherten auch befahrene Schifffahrtskundige sein, die nicht Reeder, Reedereileiter (Korrespondentreedere, §§ 492 bis 499 des Handelsgesetzbuchs) oder Bevollmächtigte sind.

(6) Die ehrenamtlichen Richter sollen im Bezirk des Sozialgerichts wohnen oder ihren Betriebsitz haben oder beschäftigt sein.¹³

13 ÄNDERUNGEN

01.01.1954.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 10. August 1954 (BGBl. I S. 239) hat Abs. 3 und 4 in Abs. 5 und 6 unnummeriert und Abs. 2 durch Abs. 2 bis 4 ersetzt.

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 4 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 3 „Sozialrichter“ durch „Ehrenamtlicher Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 5 desselben Gesetzes hat in Abs. 2 und 6 jeweils „Sozialrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 6 desselben Gesetzes hat in Abs. 4 „Sozialrichter“ durch „Ehrenamtliche Richter“ und in Abs. 5 „Sozialrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 7 desselben Gesetzes hat in Abs. 1 „Sozialrichters“ durch „ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 9 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 2 „für Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung“ durch „der Arbeitsförderung“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 9 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 Satz 2 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 9 lit. c litt. aa desselben Gesetzes hat Nr. 3 und 4 in Abs. 4 neu gefasst. Nr. 3 und 4 lauteten:

- „3. Beamte und Angestellte des Bundes nach näherer Anordnung der zuständigen obersten Bundesbehörde und Beamte und Angestellte der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände nach näherer Anordnung der zuständigen obersten Landesbehörde;
4. leitende Angestellte in Betrieben einer juristischen Person oder einer Personengesamtheit, wenn ihnen Generalvollmacht oder Prokura erteilt ist oder wenn sie berechtigt sind, im Betrieb Arbeitnehmer selbständig einzustellen und zu entlassen.“

Artikel 1 Nr. 9 lit. c litt. bb desselben Gesetzes hat Abs. 4 Nr. 5 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 3 Satz 2 eingefügt.

01.01.2009.—Artikel 8 Nr. 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2933) hat Abs. 2 aufgehoben. Abs. 2 lautete:

§ 17

(1) Vom Amt des ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht ist ausgeschlossen,

1. wer infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt worden ist,
2. wer wegen einer Tat angeklagt ist, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,
3. wer das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag nicht besitzt.

Personen, die in Vermögensverfall geraten sind, sollen nicht zu ehrenamtlichen Richtern berufen werden.

(2) Mitglieder der Vorstände von Trägern und Verbänden der Sozialversicherung, der Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigungen und der Bundesagentur für Arbeit können nicht ehrenamtliche Richter sein. Davon unberührt bleibt die Regelung in Absatz 4.

(3) Die Bediensteten der Träger und Verbände der Sozialversicherung, der Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigungen, der Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit und der Kreise und kreisfreien Städte können nicht ehrenamtliche Richter in der Kammer sein, die über Streitigkeiten aus ihrem Arbeitsgebiet entscheidet.

(4) Mitglieder der Vorstände sowie leitende Beschäftigte bei den Kranken- und Pflegekassen und ihren Verbänden sowie Geschäftsführer und deren Stellvertreter bei den Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigungen sind als ehrenamtliche Richter in den Kammern für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts nicht ausgeschlossen.

(5) Das Amt des ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht, der zum ehrenamtlichen Richter in einem höheren Rechtszug der Sozialgerichtsbarkeit berufen wird, endet mit der Berufung in das andere Amt.¹⁴

„(2) Die ehrenamtlichen Richter in den Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung und der Arbeitsförderung können nur Versicherte und Arbeitgeber sein.“

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat Satz 2 in Abs. 3 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Ehrenamtlicher Richter aus den Kreisen der Arbeitnehmer kann auch sein, wer arbeitslos ist.“

Artikel 7 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Nr. 4 „ , oder Angestellte, die regelmäßig für den Arbeitgeber in Personalangelegenheiten tätig werden,“ nach „ist“ eingefügt.

14 ÄNDERUNGEN

20.08.1955.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. August 1955 (BGBl. I S. 513) hat Abs. 4 in Abs. 5 unnummeriert und Abs. 4 eingefügt.

01.04.1970.—Artikel 45 des Gesetzes vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645) hat Nr. 1 und 2 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 1 und 2 lauteten:

- „1. wer die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder eines vorsätzlichen Vergehens zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt worden ist,
2. wer wegen eines Verbrechens oder Vergehens angeklagt ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,“.

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 6 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 2, 3 und 4 jeweils „Sozialrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 7 desselben Gesetzes hat in Abs. 1 „Sozialrichters“ durch „ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 8 desselben Gesetzes hat Abs. 5 neu gefasst. Abs. 5 lautete:

„(5) Ein Sozialrichter kann nicht gleichzeitig Landessozialrichter oder Bundessozialrichter sein.“

01.01.1975.—Artikel I Nr. 1 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat Abs. 5 neu gefasst. Abs. 5 lautete:

„(5) Ein ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht kann nicht gleichzeitig ehrenamtlicher Richter am Landessozialgericht oder Bundessozialgericht sein.“

§ 18

- (1) Die Übernahme des Amtes als ehrenamtlicher Richter kann nur ablehnen,
1. wer die Regelaltersgrenze nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch erreicht hat,
 2. wer in den zehn der Berufung vorhergehenden Jahren als ehrenamtlicher Richter bei einem Gericht der Sozialgerichtsbarkeit tätig gewesen ist,
 3. wer durch ehrenamtliche Tätigkeit für die Allgemeinheit so in Anspruch genommen ist, daß ihm die Übernahme des Amtes nicht zugemutet werden kann,
 4. wer aus gesundheitlichen Gründen verhindert ist, das Amt ordnungsmäßig auszuüben,
 5. wer glaubhaft macht, daß wichtige Gründe ihm die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschweren.

(2) Ablehnungsgründe sind nur zu berücksichtigen, wenn sie innerhalb von zwei Wochen, nachdem der ehrenamtliche Richter von seiner Berufung in Kenntnis gesetzt worden ist, von ihm geltend gemacht werden.

(3) Der ehrenamtliche Richter kann auf Antrag aus dem Amt entlassen werden, wenn einer der in Absatz 1 Nr. 3 bis 5 bezeichneten Gründe nachträglich eintritt. Eines Antrags bedarf es nicht, wenn der ehrenamtliche Richter seinen Wohnsitz aus dem Bezirk des Sozialgerichts verlegt und seine Heranziehung zu den Sitzungen dadurch wesentlich erschwert wird.

(4) Über die Berechtigung zur Ablehnung des Amtes oder über die Entlassung aus dem Amt entscheidet die vom Präsidium für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Kammer endgültig.¹⁵

01.01.1989.—Artikel 32 Nr. 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 1988) hat in Abs. 4 „Trägern und Verbänden der Krankenversicherung“ durch „Krankenkassen und ihren Verbänden“ ersetzt.

01.01.1996.—Artikel 4 lit. a des Gesetzes vom 15. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1814) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

Artikel 4 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Geschäftsführer und deren Stellvertreter bei den Krankenkassen und ihren Verbänden sowie den Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigungen sind als ehrenamtliche Richter in den Kammern für Angelegenheiten des Kassenarztrechts nicht ausgeschlossen.“

01.01.1999.—Artikel 26 lit. a des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911) hat Nr. 3 in Abs. 1 aufgehoben und Nr. 4 in Nr. 3 unnummeriert. Nr. 3 lautete:

„3. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist,“

Artikel 26 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 10 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 4 „Kassenarztrechts“ durch „Vertragsarztrechts“ ersetzt.

01.01.2004.—Artikel 42 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) hat in Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 jeweils „Bundesanstalt“ durch „Bundesagentur“ ersetzt.

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 6a des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat in Abs. 3 „Vereinigungen und“ durch „Vereinigungen,“ ersetzt und „und der Kreise und kreisfreien Städte“ nach „Arbeit“ eingefügt.

15 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 4 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 „Sozialrichter“ durch „ehrenamtlicher Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 6 desselben Gesetzes hat in Abs. 2 und 3 Satz 1 und 2 jeweils „Sozialrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 9 desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Nr. 2 „Beisitzer“ durch „ehrenamtlicher Richter“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 11 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 Nr. 2 „acht“ durch „zehn“ ersetzt.

01.05.2002.—Artikel 33 Nr. 1 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467) hat in Abs. 1 Nr. 4 „durch Krankheit oder Gebrechen“ durch „aus gesundheitlichen Gründen“ ersetzt.

01.01.2008.—Artikel 9 des Gesetzes vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554) hat Nr. 1 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 1 lautete:

„1. wer das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet hat,“

§ 19

(1) Der ehrenamtliche Richter übt sein Amt mit gleichen Rechten wie der Berufsrichter aus.

(2) Die ehrenamtlichen Richter erhalten eine Entschädigung nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz.¹⁶

§ 20

(1) Der ehrenamtliche Richter darf in der Übernahme oder Ausübung des Amtes nicht beschränkt oder wegen der Übernahme oder Ausübung des Amtes nicht benachteiligt werden.

(2) Wer einen anderen in der Übernahme oder Ausübung seines Amtes als ehrenamtlicher Richter beschränkt oder wegen der Übernahme oder Ausübung des Amtes benachteiligt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.¹⁷

§ 21

Der Vorsitzende kann gegen einen ehrenamtlichen Richter, der sich der Erfüllung seiner Pflichten entzieht, insbesondere ohne genügende Entschuldigung nicht oder nicht rechtzeitig zu den Sitzungen erscheint, durch Beschluß ein Ordnungsgeld festsetzen und ihm die durch sein Verhalten verursachten Kosten auferlegen. Bei nachträglicher genügender Entschuldigung ist der Beschluß aufzuheben oder zu ändern. Gegen den Beschluß ist Beschwerde zulässig. Über die Beschwerde entscheidet die durch das Präsidium für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Kammer des Sozialgerichts endgültig. Vor der Entscheidung ist der ehrenamtliche Richter zu hören.¹⁸

16 ÄNDERUNGEN

01.10.1957.—Artikel X § 11 Nr. 1 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Sozialrichter erhalten eine angemessene Entschädigung für den ihnen aus der Wahrnehmung ihres Amtes erwachsenen Verdienstausfall und Aufwand sowie Ersatz der Fahrtkosten. Die nähere Regelung trifft der Bundesminister für Arbeit durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates.“

Artikel X § 11 Nr. 2 desselben Gesetzes hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Entschädigung und die erstattungsfähigen Fahrtkosten setzt der Vorsitzende der Kammer des Sozialgerichts fest. Gegen die Festsetzung ist die Beschwerde zulässig; über diese entscheidet die durch das Präsidium (§ 24) für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Kammer endgültig.“

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 10 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Der Sozialrichter übt sein Amt als Ehrenamt mit gleichen Rechten wie der Berufsrichter aus.

(2) Die Sozialrichter erhalten eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer bei den Gerichten.“

01.07.2004.—Artikel 4 Abs. 25 Nr. 1 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718) hat in Abs. 2 „Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter“ durch „Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz“ ersetzt.

17 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 6 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 „Sozialrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

01.01.1975.—Artikel 113 Nr. 1 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Wer den Vorschriften des Absatzes 1 zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe, in schweren Fällen mit Gefängnis bis zu einem Jahr, bestraft, sofern nicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften eine schwerere Strafe verwirkt ist.“

18 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 5 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Satz 1 „Sozialrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 6 desselben Gesetzes hat in Satz 5 „Sozialrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

§ 22

(1) Der ehrenamtliche Richter ist von seinem Amt zu entbinden, wenn das Berufungsverfahren fehlerhaft war oder das Fehlen einer Voraussetzung für seine Berufung oder der Eintritt eines Ausschließungsgrundes bekannt wird. Er ist seines Amtes zu entheben, wenn er seine Amtspflichten grob verletzt. Er kann von seinem Amt entbunden werden, wenn eine Voraussetzung für seine Berufung im Laufe seiner Amtszeit wegfällt. Soweit die Voraussetzungen für eine Amtsentbindung vorliegen, liegt in ihrer Nichtdurchführung kein die Zurückverweisung oder Revision begründender Verfahrensmangel.

(2) Die Entscheidung trifft die vom Präsidium für jedes Geschäftsjahr im Voraus bestimmte Kammer. Vor der Entscheidung ist der ehrenamtliche Richter zu hören. Die Entscheidung ist unanfechtbar.

(3) Die nach Absatz 2 Satz 1 zuständige Kammer kann anordnen, dass der ehrenamtliche Richter bis zur Entscheidung über die Amtsentbindung oder Amtsenthebung nicht heranzuziehen ist. Die Anordnung ist unanfechtbar.¹⁹

§ 23

(1) Bei jedem Sozialgericht wird ein Ausschuss der ehrenamtlichen Richter gebildet. Die Kreise der ehrenamtlichen Richter, die in den bei dem Sozialgericht gebildeten Fachkammern vertreten sind, wählen jeweils aus ihrer Mitte ein Mitglied in den Ausschuss. Das Wahlverfahren legt der bestehende Ausschuss fest. Der Ausschuss tagt unter der Leitung des aufsichtführenden oder, wenn ein solcher nicht vorhanden oder verhindert ist, des dienstältesten Vorsitzenden des Sozialgerichts.

(2) Der Ausschuss ist vor der Bildung von Kammern, vor der Geschäftsverteilung, vor der Verteilung der ehrenamtlichen Richter auf die Kammern und vor Aufstellung der Listen über die Heranziehung der ehrenamtlichen Richter zu den Sitzungen mündlich, schriftlich oder elektronisch zu hören. Er kann dem Vorsitzenden des Sozialgerichts und den die Verwaltung und Dienstaufsicht führenden Stellen Wünsche der ehrenamtlichen Richter übermitteln.²⁰

Artikel VIII Nr. 11 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841, ber. S. 1830) hat in Satz 4 „(§ 24)“ nach „Präsidium“ gestrichen.

01.01.1975.—Artikel 113 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat in Satz 1 „eine Ordnungsstrafe in Geld verhängen“ durch „ein Ordnungsgeld festsetzen“ ersetzt.

19 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 6 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 und 2 Satz 2 jeweils „Sozialrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 11 desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „(§ 24)“ nach „Präsidium“ gestrichen.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 12 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Der ehrenamtliche Richter ist seines Amtes zu entheben, wenn das Fehlen oder der Wegfall einer Voraussetzung für seine Berufung bekannt wird oder wenn er seine Amtspflicht grob verletzt.

(2) Über die Enthebung entscheidet die vom Präsidium für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Kammer endgültig. Vor der Entscheidung ist der ehrenamtliche Richter zu hören.“

20 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 3 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 Satz 2 „Sozialrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 5 desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2 jeweils „Sozialrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Abs. 2 Satz 1 „oder schriftlich“ durch „, schriftlich oder elektronisch“ ersetzt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Satz 2 in Abs. 1 durch die Sätze 2 bis 4 ersetzt. Satz 2 lautete: „Er besteht aus sechs Mitgliedern, die von den ehrenamtlichen Richtern aus ihrer Mitte gewählt werden.“

§ 24²¹

§ 25²²

§ 26²³

§ 27

(1) (weggefallen)

(2) (weggefallen)

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Bei jedem Sozialgericht wird ein Ausschuß der ehrenamtlichen Richter gebildet. Er besteht aus je einem ehrenamtlichen Richter aus den Kreisen der ehrenamtlichen Richter, die in den bei dem Sozialgericht gebildeten Fachkammern vertreten sind. Die Mitglieder werden von den ehrenamtlichen Richtern aus ihrer Mitte gewählt. Das Wahlverfahren im Übrigen legt der bestehende Ausschuss fest. Der Ausschuß tagt unter der Leitung des aufsichtführenden, oder wenn ein solcher nicht vorhanden oder verhindert ist, des dienstältesten Vorsitzenden des Sozialgerichts.“

Artikel 8 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „Ausschuß“ durch „Ausschuss“ ersetzt.

21 ÄNDERUNGEN

01.07.1962.—§ 90 Nr. 3 des Gesetzes vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665) hat Satz 2 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Das Dienstalter bestimmt sich nach dem Tag der Ernennung zum Berufsrichter des Sozialgerichts.“

AUFHEBUNG

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 12 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Bei den Sozialgerichten wird ein Präsidium gebildet, das aus dem aufsichtführenden Richter als Vorsitzendem und den beiden dienstältesten, bei gleichem Dienstalter den der Geburt nach ältesten Berufsrichtern besteht.

(2) Ist ein dem Präsidium angehörender Berufsrichter verhindert, so wird er von dem im Dienstalter folgenden Berufsrichter vertreten.

(3) Das Präsidium entscheidet mit Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des aufsichtführenden Richters den Ausschlag.

(4) Bei den mit weniger als drei Berufsrichtern besetzten Sozialgerichten tritt der aufsichtführende Richter an die Stelle des Präsidiums.“

22 AUFHEBUNG

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 12 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Das Präsidium verteilt vor Beginn des Geschäftsjahres auf dessen Dauer die Geschäfte auf die Kammern und die Kammern auf die Vorsitzenden. Es teilt die Vorsitzenden den einzelnen Kammern für die Dauer des Geschäftsjahres zu und regelt ihre Vertretung für den Fall der Verhinderung. Die Vorsitzenden und die Sozialrichter können mehreren Kammern angehören.

(2) Die Anordnungen des Präsidiums können im Laufe des Geschäftsjahres nur geändert werden, wenn dies wegen Geschäftshäufung bei einer Kammer oder infolge Wechsels oder dauernder Verhinderung einzelner Vorsitzender erforderlich wird.“

23 AUFHEBUNG

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 12 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Das Präsidium teilt die Sozialrichter im voraus für jedes Geschäftsjahr, mindestens für ein Vierteljahr, einer Kammer zu, stellt die Reihenfolge fest, in der sie zu den Verhandlungen zuzuziehen sind, und regelt ihre Vertretung für den Fall der Verhinderung. Von der Reihenfolge darf nur aus besonderen Gründen abgewichen werden; die Gründe sind aktenkundig zu machen.“

(3) Wenn die Vertretung eines Vorsitzenden nicht durch einen Berufsrichter desselben Gerichts möglich ist, wird sie auf Antrag des Präsidiums durch die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Stelle geregelt.²⁴

Dritter Abschnitt Landessozialgerichte

§ 28

(1) Die Landessozialgerichte werden als Landesgerichte errichtet. Die Errichtung und Aufhebung eines Gerichts und die Verlegung eines Gerichtssitzes werden durch Gesetz angeordnet. Änderungen in der Abgrenzung der Gerichtsbezirke können auch durch Rechtsverordnung bestimmt werden. Die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Stelle kann anordnen, daß außerhalb des Sitzes des Landessozialgerichts Zweigstellen errichtet werden.

(2) Mehrere Länder können ein gemeinsames Landessozialgericht errichten.²⁵

§ 29

(1) Die Landessozialgerichte entscheiden im zweiten Rechtszug über die Berufung gegen die Urteile und die Beschwerden gegen andere Entscheidungen der Sozialgerichte.

(2) Die Landessozialgerichte entscheiden im ersten Rechtszug über

1. Klagen gegen Entscheidungen der Landesschiedsämter und gegen Beanstandungen von Entscheidungen der Landesschiedsämter nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch, gegen Entscheidungen der Schiedsstellen nach § 120 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, der Schiedsstelle nach § 76 des Elften Buches Sozialgesetzbuch und der Schiedsstellen nach § 80 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch,
2. Aufsichtsangelegenheiten gegenüber Trägern der Sozialversicherung und ihren Verbänden, gegenüber den Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen sowie der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, bei denen die Aufsicht von einer Landes- oder Bundesbehörde ausgeübt wird,
3. Klagen in Angelegenheiten der Erstattung von Aufwendungen nach § 6b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch,
4. Anträge nach § 55a.

(3) Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen entscheidet im ersten Rechtszug über

1. Streitigkeiten zwischen gesetzlichen Krankenkassen oder ihren Verbänden und dem Bundesversicherungsamt betreffend den Risikostrukturausgleich, die Anerkennung von strukturierter Behandlungsprogrammen und die Verwaltung des Gesundheitsfonds,
2. Streitigkeiten betreffend den Finanzausgleich der gesetzlichen Pflegeversicherung,
3. Streitigkeiten betreffend den Ausgleich unter den gewerblichen Berufsgenossenschaften nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch,
4. Streitigkeiten über Entscheidungen des Bundeskartellamts, die die freiwillige Vereinigung von Krankenkassen nach § 172a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch betreffen.

(4) Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg entscheidet im ersten Rechtszug über

24 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 12 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat Abs. 1 und 2 aufgehoben. Abs. 1 und 2 lauteten:

„(1) Der aufsichtführende Vorsitzende wird, wenn nach Maßgabe des Landesrechts ein ständiger Vertreter ernannt ist, durch diesen, sonst durch den dem Dienstalster nach, bei gleichem Dienstalster durch den der Geburt nach ältesten Vorsitzenden vertreten.

(2) Bei Verhinderung des regelmäßigen Vertreters eines Vorsitzenden wird ein zeitweiliger Vertreter durch den aufsichtführenden Vorsitzenden bestimmt.“

25 ÄNDERUNGEN

18.06.1994.—Artikel 20 des Gesetzes vom 13. Juni 1994 (BGBl. I S. 1229) hat Abs. 1 Satz 4 eingefügt.

1. Klagen gegen die Entscheidung der gemeinsamen Schiedsämter nach § 89 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und des Bundesschiedsamtes nach § 89 Abs. 7 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sowie der erweiterten Bewertungsausschüsse nach § 87 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, soweit die Klagen von den Einrichtungen erhoben werden, die diese Gremien bilden,
2. Klagen gegen Entscheidungen des Bundesministeriums für Gesundheit nach § 87 Abs. 6 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch gegenüber den Bewertungsausschüssen und den erweiterten Bewertungsausschüssen sowie gegen Beanstandungen des Bundesministeriums für Gesundheit gegenüber den Bundesschiedsämtern,
3. Klagen gegen Entscheidungen und Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (§§ 91, 92 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch), Klagen in Aufsichtsangelegenheiten gegenüber dem Gemeinsamen Bundesausschuss, Klagen gegen die Festsetzung von Festbeträgen durch die Spitzenverbände der Krankenkassen oder den Spitzenverband Bund der Krankenkassen sowie Klagen gegen Entscheidungen der Schiedsstellen nach den §§ 129 und 130b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch.²⁶

§ 30

(1) Das Landessozialgericht besteht aus dem Präsidenten, den Vorsitzenden Richtern, weiteren Berufsrichtern und den ehrenamtlichen Richtern.

26 ÄNDERUNGEN

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 8 lit. b des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 2 bis 4 eingefügt.

05.11.2008.—Artikel 10a Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 30. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2130) hat in Abs. 3 Nr. 2 den Punkt durch ein Komma ersetzt und Abs. 3 Nr. 3 eingefügt.

Artikel 10a Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Nr. 3 das Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt und Nr. 4 in Abs. 4 aufgehoben. Nr. 4 lautete:

„4. Streitigkeiten betreffend den Ausgleich unter den gewerblichen Berufsgenossenschaften nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch.“

18.12.2008.—Artikel 2b Nr. 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2426) hat Abs. 5 eingefügt.

22.07.2009.—Artikel 6 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 15. Juli 2009 (BGBl. I S. 1939) hat Abs. 5 Satz 2 eingefügt.

Artikel 6 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 5 Satz 3 „und Satz 2“ nach „Satz 1“ eingefügt.

01.01.2011.—Artikel 2 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2262) hat in Abs. 4 Nr. 3 Bundesausschuss und“ durch „Bundesausschuss,“ und „sowie den Spitzenverband Bund“ durch „oder den Spitzenverband Bund der Krankenkassen sowie Klagen gegen Entscheidungen der Schiedsstellen nach den §§ 129 und 130b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

Artikel 2 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 5 aufgehoben. Abs. 5 lautete:

„(5) In Streitigkeiten über Entscheidungen von Vergabekammern, die Rechtsbeziehungen nach § 69 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch betreffen, entscheidet ausschließlich das für den Sitz der Vergabekammer zuständige Landessozialgericht. Die Landessozialgerichte entscheiden auch über Schadensersatzansprüche gemäß § 142a Absatz 1 in Verbindung mit den §§ 125 und 126 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Mehrere Länder können durch Vereinbarung die den Landessozialgerichten nach Satz 1 und Satz 2 zugewiesenen Aufgaben dem zuständigen Gericht eines Landes auch für das Gebiet eines anderen Landes übertragen.“

01.04.2011.—Artikel 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 453) hat in Abs. 2 Nr. 2 den Punkt durch ein Komma ersetzt und Abs. 2 Nr. 3 und 4 eingefügt.

30.06.2013.—Artikel 5 Abs. 8 Nr. 1 des Gesetzes vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1738) hat in Abs. 3 Nr. 3 den Punkt durch ein Komma ersetzt und Abs. 3 Nr. 4 eingefügt.

01.01.2020.—Artikel 20 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 2 Nr. 1 „§ 80“ durch „§ 81“ ersetzt.

(2) Die für die allgemeine Dienstaufsicht und die sonstigen Geschäfte der Gerichtsverwaltung zuständige Stelle wird durch Landesrecht bestimmt.²⁷

§ 31

(1) Bei den Landessozialgerichten werden Senate für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie für Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts gebildet. Für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau sowie für Verfahren wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens (§ 202 Satz 2) kann jeweils ein eigener Senat gebildet werden.

(2) Für die Angelegenheiten des Vertragsarztrechts und für Antragsverfahren nach § 55a ist jeweils ein eigener Senat zu bilden.

(3) Die beteiligten Länder können die Ausdehnung des Bezirks eines Senats auf das Gebiet oder auf Gebietsteile mehrerer Länder vereinbaren.²⁸

§ 32

(1) Die Berufsrichter werden von der nach Landesrecht zuständigen Stelle auf Lebenszeit ernannt.

(2) (weggefallen)²⁹

27 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 13 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 „Senatspräsidenten“ durch „Vorsitzenden Richtern“ und „Landessozialrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Stelle führt die allgemeine Dienstaufsicht. Sie kann Geschäfte der Verwaltung und der Dienstaufsicht dem Präsidenten des Landessozialgerichts übertragen.“

28 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 14 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Bei den Landessozialgerichten werden Senate für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Kriegsopferversorgung gebildet.“

Artikel 1 Nr. 14 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „Kassenarztrechts“ durch „Vertragsarztrechts“ ersetzt.

01.01.2004.—Artikel 42 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) hat in Abs. 1 Satz 1 „Bundesanstalt“ durch „Bundesagentur“ ersetzt.

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Bei den Landessozialgerichten werden Senate für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit sowie des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts gebildet.“

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Bei Bedarf ist für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau ein eigener Senat zu bilden.“

01.04.2011.—Artikel 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 453) hat in Abs. 2 „ist“ durch „und für Antragsverfahren nach § 55a ist jeweils“ ersetzt.

03.12.2011.—Artikel 7 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) hat in Abs. 1 Satz 2 „kann“ durch „sowie für Verfahren wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens (§ 202 Satz 2) kann jeweils“ ersetzt.

01.01.2020.—Artikel 20 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 1 Satz 1 „einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ nach „Sozialhilfe“ eingefügt.

§ 33

(1) Jeder Senat wird in der Besetzung mit einem Vorsitzenden, zwei weiteren Berufsrichtern und zwei ehrenamtlichen Richtern tätig. § 12 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 bis 5 gilt entsprechend.

(2) In Senaten, die in Verfahren wegen eines überlangen Verfahrens (§ 202 Satz 2) entscheiden, wirken die für Angelegenheiten der Sozialversicherung berufenen ehrenamtlichen Richter mit.³⁰

§ 34³¹

§ 35

(1) Die ehrenamtlichen Richter beim Landessozialgericht müssen das dreißigste Lebensjahr vollendet haben; sie sollen mindestens fünf Jahre ehrenamtliche Richter bei einem Sozialgericht gewesen sein. Im übrigen gelten die §§ 13 bis 23.

(2) In den Fällen des § 18 Abs. 4, der §§ 21 und 22 Abs. 2 entscheidet der vom Präsidium für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Senat.³²

§ 36³³

29 ÄNDERUNGEN

01.07.1962.—§ 90 Nr. 3 des Gesetzes vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665) hat Abs. 2 aufgehoben. Abs. 2 lautete:

„(2) Für die Bestellung der Hilfsrichter gilt § 11 Abs. 3 mit der Maßgabe, daß als Hilfsrichter nur auf Lebenszeit ernannte Richter anderer Gerichte bestellt werden dürfen.“

30 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 14 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat „Landessozialrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 1 lit. b des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat in Satz 2 „Abs. 1 Satz 2,“ nach „§ 12“ eingefügt.

01.01.2005.—Artikel 9 Nr. 1a des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat in Satz 2 „bis 4“ durch „bis 5“ ersetzt.

31 AUFHEBUNG

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 15 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Den Vorsitz im Senat führt der Präsident oder ein Senatspräsident. Bei Verhinderung des ordentlichen Vorsitzenden führt den Vorsitz der vom Präsidium (§ 36) vor Beginn des Geschäftsjahres zum Vertreter bestellte Berufsrichter; ist auch dieser verhindert oder ein Vertreter nicht bestellt, so regelt das Präsidium den Vorsitz.

(2) Innerhalb des Senats verteilt der Vorsitzende die Geschäfte auf die Mitglieder.“

32 ÄNDERUNGEN

01.10.1957.—Artikel X § 11 Nr. 3 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) In den Fällen des § 18 Abs. 4, des § 19 Abs. 3, der §§ 21 und 22 Abs. 2 entscheidet der vom Präsidium (§ 36) für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Senat.“

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 16 lit. a des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841, ber. 1973 S. 496) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Die Landessozialrichter müssen das dreißigste Lebensjahr vollendet haben; sie sollen mindestens vier Jahre Sozialrichter gewesen sein.“

Artikel VIII Nr. 16 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 2 „(§ 36)“ nach „Präsidium“ gestrichen.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 Satz 1 „vier Jahre“ durch „fünf Jahre“ ersetzt.

33 AUFHEBUNG

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 17 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

§ 37³⁴

Vierter Abschnitt Bundessozialgericht

§ 38

(1) Das Bundessozialgericht hat seinen Sitz in Kassel.

(2) Das Bundessozialgericht besteht aus dem Präsidenten, den Vorsitzenden Richtern, weiteren Berufsrichtern und den ehrenamtlichen Richtern. Die Berufsrichter müssen das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet haben. Für die Berufung der Berufsrichter gelten die Vorschriften des Richterwahlgesetzes. Zuständiger Minister im Sinne des § 1 Abs. 1 des Richterwahlgesetzes ist der Bundesminister für Arbeit und Soziales.

(3) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales führt die allgemeine Dienstaufsicht und die sonstigen Geschäfte der Gerichtsverwaltung. Es kann die allgemeine Dienstaufsicht und die sonstigen Geschäfte der Gerichtsverwaltung auf den Präsidenten des Bundessozialgerichts übertragen.³⁵

§ 39

(1) Das Bundessozialgericht entscheidet über das Rechtsmittel der Revision.

(2) Das Bundessozialgericht entscheidet im ersten und letzten Rechtszug über Streitigkeiten nicht verfassungsrechtlicher Art zwischen dem Bund und den Ländern sowie zwischen verschiedenen Ländern in Angelegenheiten des § 51. Hält das Bundessozialgericht in diesen Fällen eine Streitigkeit für verfassungsrechtlich, so legt es die Sache dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vor. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet mit bindender Wirkung.

§ 40

Für die Bildung und Besetzung der Senate gelten § 31 Abs. 1 und § 33 entsprechend. Für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts ist mindestens ein Senat zu bilden. In den Senaten für Angelegenheiten des § 51 Abs. 1 Nr. 6a wirken ehrenamtliche Richter aus der Vorschlagsliste der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände mit.³⁶

„Bei den Landessozialgerichten wird ein Präsidium gebildet, das aus dem Präsidenten als Vorsitzendem, den Senatspräsidenten und den beiden dienstältesten, bei gleichem Dienstalder den der Geburt nach ältesten Berufsrichtern besteht. §§ 24 bis 26 gelten entsprechend.“

34 AUFHEBUNG

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 17 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Für die Vertretung des Präsidenten und der weiteren Berufsrichter gilt § 27 entsprechend.“

35 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 18 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 2 Satz 1 „Senatspräsidenten, weiteren Bundesrichtern und den Bundessozialrichtern“ durch „Vorsitzenden Richtern, weiteren Berufsrichtern und den ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 16 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung führt die allgemeine Dienstaufsicht über das Bundessozialgericht. Er kann Geschäfte der Verwaltung und der Dienstaufsicht dem Präsidenten des Bundessozialgerichts übertragen.“

28.11.2003.—Artikel 65 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Abs. 1 Satz 4 und Abs. 3 Satz 1 jeweils „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Gesundheit und Soziale Sicherung“ ersetzt.

08.11.2006.—Artikel 95 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Abs. 2 Satz 4 und Abs. 3 Satz 1 jeweils „Gesundheit und Soziale Sicherung“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

36 ÄNDERUNGEN

§ 41

(1) Bei dem Bundessozialgericht wird ein Großer Senat gebildet.

(2) Der Große Senat entscheidet, wenn ein Senat in einer Rechtsfrage von der Entscheidung eines anderen Senats oder des Großen Senats abweichen will.

(3) Eine Vorlage an den Großen Senat ist nur zulässig, wenn der Senat, von dessen Entscheidung abgewichen werden soll, auf Anfrage des erkennenden Senats erklärt hat, daß er an seiner Rechtsauffassung festhält. Kann der Senat, von dessen Entscheidung abgewichen werden soll, wegen einer Änderung des Geschäftsverteilungsplanes mit der Rechtsfrage nicht mehr befaßt werden, tritt der Senat an seine Stelle, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für den Fall, in dem abweichend entschieden wurde, nunmehr zuständig wäre. Über die Anfrage und die Antwort entscheidet der jeweilige Senat durch Beschluß in der für Urteile erforderlichen Besetzung.

(4) Der erkennende Senat kann eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung dem Großen Senat zur Entscheidung vorlegen, wenn das nach seiner Auffassung zur Fortbildung des Rechts oder zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung erforderlich ist.

(5) Der Große Senat besteht aus dem Präsidenten, je einem Berufsrichter der Senate, in denen der Präsident nicht den Vorsitz führt, je zwei ehrenamtlichen Richtern aus dem Kreis der Versicherten und dem Kreis der Arbeitgeber sowie je einem ehrenamtlichen Richter aus dem Kreis der mit dem sozialen Entschädigungsrecht oder der Teilhabe behinderter Menschen vertrauten Personen und dem Kreis der Versorgungsberechtigten und der behinderten Menschen im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch. Legt der Senat für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts vor oder soll von dessen Entscheidung abgewichen werden, gehören dem Großen Senat außerdem je ein ehrenamtlicher Richter aus dem Kreis der Krankenkassen und dem Kreis der Vertragsärzte, Vertragszahnärzte und Psychotherapeuten an. Legt der Senat für Angelegenheiten des § 51 Abs. 1 Nr. 6a vor oder soll von dessen Entscheidung abgewichen werden, gehören dem Großen Senat außerdem zwei ehrenamtliche Richter aus dem Kreis der von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände Vorgeschlagenen an. Sind Senate personengleich besetzt, wird aus ihnen nur ein Berufsrichter bestellt; er hat nur eine Stimme. Bei einer Verhinderung des Präsidenten tritt ein Berufsrichter des Senats, dem er angehört, an seine Stelle.

(6) Die Mitglieder und die Vertreter werden durch das Präsidium für ein Geschäftsjahr bestellt. Den Vorsitz im Großen Senat führt der Präsident, bei Verhinderung das dienstälteste Mitglied. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(7) Der Große Senat entscheidet nur über die Rechtsfrage. Er kann ohne mündliche Verhandlung entscheiden. Seine Entscheidung ist in der vorliegenden Sache für den erkennenden Senat bindend.³⁷

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 19 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Für die Bildung und Besetzung der Senate gelten § 31 Abs. 1 und §§ 33 und 34 entsprechend.“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 17 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Satz 2 „Kassenarztrechts“ durch „Vertragsarztrechts“ ersetzt.

01.01.2005.—Artikel 9 Nr. 1b des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat Satz 3 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 10 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Satz 2 durch die Sätze 2 und 3 ersetzt. Satz 2 lautete: „Für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts und der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau ist je ein Senat zu bilden.“

03.12.2011.—Artikel 7 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) hat Satz 3 aufgehoben. Satz 3 lautete: Für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau kann ein eigener Senat gebildet werden.“

§ 42³⁸

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 20 lit. a des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 „Bundesrichtern und vier Bundessozialrichtern“ durch „Berufsrichtern und vier ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 20 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „Bundesrichter“ durch „Berufsrichter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 20 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 3 „Bundessozialrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 20 lit. d desselben Gesetzes hat in Abs. 4 „Bundesrichter und die Bundessozialrichter“ durch „Berufsrichter und die ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 20 lit. e desselben Gesetzes hat in Abs. 5 Satz 1 „Senatspräsident“ durch „Vorsitzende Richter“ ersetzt.

Artikel VIII Nr. 20 lit. f desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 5 neu gefasst. Satz 2 lautete: „In den Fällen des § 42 nehmen die Präsidenten der beteiligten Senate, in den Fällen des § 43 der Präsident des erkennenden Senats oder ein von ihnen bestimmtes Mitglied ihres Senats an den Sitzungen des Großen Senats mit den Befugnissen eines Mitglieds teil.“

01.08.1986.—Artikel 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. Juli 1986 (BGBl. I S. 1110) hat Nr. 2 in Abs. 3 neu gefasst. Nr. 2 lautete:

„2. für Streitigkeiten in Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung je vier Vertreter der mit der Kriegsopferversorgung vertrauten Personen und der Versorgungsberechtigten.“

01.01.1992.—Artikel 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Bei dem Bundessozialgericht wird ein Großer Senat gebildet, der aus dem Präsidenten, sechs weiteren Berufsrichtern und vier ehrenamtlichen Richtern als Beisitzern besteht.

(2) Je zwei Berufsrichter müssen Senaten für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung sowie der Kriegsopferversorgung angehören.

(3) Als ehrenamtliche Beisitzer sind aus der Zahl der als ehrenamtliche Richter berufenen Personen vom Präsidium durch das Los auszuwählen

1. für Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung sowie in Angelegenheiten der Bundesanstalt für Arbeit je vier Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber,

2. für Streitigkeiten in Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung je vier Vertreter der mit der Kriegsopferversorgung oder dem Schwerbehindertenrecht vertrauten Personen und der Versorgungsberechtigten oder der Behinderten im Sinne der §§ 1 und 2 des Schwerbehindertengesetzes.

(4) Die Berufsrichter und die ehrenamtlichen Richter sowie die im Falle ihrer Verhinderung an ihre Stelle tretenden Berufsrichter und ehrenamtlichen Richter werden als Mitglieder des Großen Senats durch das Präsidium für zwei Geschäftsjahre bestellt.

(5) Den Vorsitz im Großen Senat führt der Präsident, im Falle der Verhinderung der dienstälteste Vorsitzende Richter. In den Fällen des § 42 nehmen die Vorsitzenden Richter der beteiligten Senate, in den Fällen des § 43 der Vorsitzende Richter des erkennenden Senats oder ein von ihnen bestimmtes Mitglied ihres Senats an den Sitzungen des Großen Senats mit den Befugnissen eines Mitglieds teil. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.“

01.07.2001.—Artikel 24 Nr. 5 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat in Abs. 5 Satz 1 „dem Schwerbehindertenrecht“ durch „der Teilhabe behinderter Menschen“ und „Behinderten im Sinne der §§ 1 und 2 des Schwerbehindertengesetzes“ durch „behinderten Menschen im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 18 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 5 Satz 1 „der Kriegsopferversorgung“ durch „dem sozialen Entschädigungsrecht“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 18 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 5 Satz 2 „Kassenarztrechts“ durch „Vertragsarztrechts“ und „Kassenärzte (Kassenzahnärzte)“ durch „Vertragsärzte, Vertragszahnärzte und Psychotherapeuten“ ersetzt.

01.01.2005.—Artikel 9 Nr. 1c des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat Abs. 5 Satz 3 eingefügt.

§ 43³⁹

§ 44⁴⁰

§ 45

(1) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestimmt nach Anhörung des Präsidenten des Bundessozialgerichts die Zahl der für die einzelnen Zweige der Sozialgerichtsbarkeit zu berufenden ehrenamtlichen Richter.

(2) Die ehrenamtlichen Richter werden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Grund von Vorschlagslisten (§ 46) für die Dauer von fünf Jahren berufen; sie sind in angemessenem Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann eine Ergänzung der Vorschlagslisten verlangen. § 13 Abs. 2 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales durch Rechtsverordnung eine einheitliche Amtsperiode festlegen kann.

(3) Die ehrenamtlichen Richter bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit im Amt, bis ihre Nachfolger berufen sind. Erneute Berufung ist zulässig.⁴¹

§ 46

(1) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter in den Senaten für Angelegenheiten der Sozialversicherung und der Arbeitsförderung sowie der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden von den in § 14 Abs. 1 aufgeführten Organisationen und Behörden aufgestellt.

01.01.1992.—Artikel 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Will in einer Rechtsfrage ein Senat von der Entscheidung eines anderen Senats oder des Großen Senats abweichen, so entscheidet der Große Senat.“

39 AUFHEBUNG

01.01.1992.—Artikel 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Der erkennende Senat kann in einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung die Entscheidung des Großen Senats herbeiführen, wenn nach seiner Auffassung die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung es erfordert.“

40 AUFHEBUNG

01.01.1992.—Artikel 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Der Große Senat entscheidet in mündlicher Verhandlung über die Rechtsfrage.

(2) Die Entscheidung ist in der vorliegenden Sache für den erkennenden Senat bindend.

(3) Erfordert die Entscheidung der Sache eine erneute mündliche Verhandlung vor dem erkennenden Senat, so sind die Beteiligten unter Mitteilung der ergangenen Entscheidung der Rechtsfrage zu der Verhandlung zu laden.“

41 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 21 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1, 2 und 3 Satz 1 jeweils „Bundessozialrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 19 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 „Der Bundesminister“ durch „Das Bundesministerium“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 19 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „Bundesminister“ durch „Bundesministerium“ und „vier Jahren“ durch „fünf Jahren“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 19 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

28.11.2003.—Artikel 65 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Abs. 1 und 2 Satz 1, 2 und 3 jeweils „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Gesundheit und Soziale Sicherung“ ersetzt.

08.11.2006.—Artikel 95 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Abs. 1 und 2 Satz 1, 2 und 3 jeweils „Gesundheit und Soziale Sicherung“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

(2) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter in den Senaten für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts werden von den Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigungen und gemeinsam von den Zusammenschlüssen der Krankenkassen, die sich über das Bundesgebiet erstrecken, aufgestellt.

(3) Die ehrenamtlichen Richter für die Senate für Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts werden auf Vorschlag der obersten Verwaltungsbehörden der Länder sowie der in § 14 Abs. 3 Satz 2 und 3 genannten Vereinigungen, die sich über das Bundesgebiet erstrecken, berufen.

(4) Die ehrenamtlichen Richter für die Senate für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes werden auf Vorschlag der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände berufen.⁴²

§ 47

Die ehrenamtlichen Richter am Bundessozialgericht müssen das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet haben; sie sollen mindestens fünf Jahre ehrenamtliche Richter an einem Sozialgericht oder Landessozialgericht gewesen sein. Im übrigen gelten die §§ 16 bis 23 entsprechend mit der Maßgabe, daß in den Fällen des § 18 Abs. 4, der §§ 21 und 22 Abs. 2 der vom Präsidium für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Senat des Bundessozialgerichts entscheidet.⁴³

42 ÄNDERUNGEN

01.01.1954.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 1954 (BGBl. I S. 239) hat in Abs. 1 „und Behörden“ nach „Organisationen“ eingefügt.

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 21 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 bis 3 jeweils „Bundessozialrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.08.1986.—Artikel 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. Juli 1986 (BGBl. I S. 1110) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die ehrenamtlichen Richter für die Senate der Kriegsoferversorgung werden auf Vorschlag der obersten Verwaltungsbehörden der Länder und derjenigen Vereinigungen von Kriegsoferten, die sich über das Bundesgebiet erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl aufweisen, berufen.“

01.07.2001.—Artikel 24 Nr. 6 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat in Abs. 3 „Schwerbehinderten“ durch „behinderten Menschen“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 20 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 „Arbeitslosenversicherung“ durch „Arbeitsförderung“ und „Abs. 2“ durch „Abs. 1“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 20 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „Kassenarztrechts“ durch „Vertragsarztrechts“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 20 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die ehrenamtlichen Richter für die Senate für Angelegenheiten der Kriegsoferversorgung werden auf Vorschlag der obersten Verwaltungsbehörden der Länder und der Vereinigungen der Kriegsoferten und der behinderten Menschen, die sich über das Bundesgebiet erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl aufweisen, berufen.“

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 7a lit. a des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat in Abs. 1 „sowie der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nach „Arbeitsförderung“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 7a lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 4 eingefügt.

01.01.2020.—Artikel 20 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 4 „einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ nach „Sozialhilfe“ eingefügt.

43 ÄNDERUNGEN

01.10.1957.—Artikel X § 11 Nr. 4 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861) hat Satz 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „In übrigen gelten §§ 15 bis 23 entsprechend mit der Maßgabe, daß in den Fällen des § 18 Abs. 4, des § 19 Abs. 3, der §§ 21 und 22 Abs. 2 der vom Präsidium (§ 48) für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Senat des Bundessozialgerichts entscheidet.“

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 22 lit. a des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Die Bundessozialrichter müssen das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet haben; sie sollen mindestens vier Jahre Sozialrichter oder Landessozialrichter gewesen sein.“

§ 48⁴⁴

§ 49⁴⁵

§ 50

Der Geschäftsgang wird durch eine Geschäftsordnung geregelt, die das Präsidium unter Zuziehung der beiden der Geburt nach ältesten ehrenamtlichen Richter beschließt.⁴⁶

Fünfter Abschnitt⁴⁷

§ 50a⁴⁸

§ 50b⁴⁹

Artikel VIII Nr. 22 lit. b desselben Gesetzes hat in Satz 2 „(§ 48)“ nach „Präsidium“ gestrichen.

01.01.1975.—Artikel 10 Nr. 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3686) hat in Satz 2 „§§ 15“ durch „§§ 16“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 21 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Satz 1 „vier Jahre“ durch „fünf Jahre“ ersetzt.

44 QUELLE

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 23 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Beim Bundessozialgericht wird ein Präsidium gebildet, das aus dem Präsidenten als Vorsitzendem, den Senatspräsidenten und den beiden dem Dienstalalter nach, bei gleichem Dienstalalter den der Geburt nach ältesten Bundesrichtern besteht. §§ 24 bis 26 gelten entsprechend.“

45 QUELLE

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 23 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Für die Vertretung des Präsidenten und der weiteren Bundesrichter gilt § 27 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Landesregierung der Bundesminister für Arbeit tritt.“

46 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 21 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Satz 1 „Bundessozialrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

05.08.2009.—Artikel 9 Abs. 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Satz 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Sie bedarf der Bestätigung durch den Bundesrat.“

47 QUELLE

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Überschrift des Abschnitts eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.2009.—Artikel 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Überschrift des Abschnitts aufgehoben. Die Überschrift lautete: „Besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte“.

48 QUELLE

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.2009.—Artikel 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, dass die Sozialgerichtsbarkeit

1. in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes,
2. in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende

durch besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte und der Oberverwaltungsgerichte ausgeübt wird. Die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Besetzung der Spruchkörper gelten entsprechend, soweit sich aus den Vorschriften dieses Abschnitts nichts anderes ergibt.“

§ 50c⁵⁰

§ 50d⁵¹

**Fünfter Abschnitt
Rechtsweg und Zuständigkeit⁵²**

§ 51

- (1) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten
1. in Angelegenheiten der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte,
 2. in Angelegenheiten der gesetzlichen Krankenversicherung, der sozialen Pflegeversicherung und der privaten Pflegeversicherung (Elftes Buch Sozialgesetzbuch), auch soweit durch diese Angelegenheiten Dritte betroffen werden; dies gilt nicht für Streitigkeiten in Angelegenheiten nach § 110 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch aufgrund einer Kündigung von Versorgungsverträgen, die für Hochschulkliniken oder Plankrankenhäuser (§ 108 Nr. 1 und 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) gelten,
 3. in Angelegenheiten der gesetzlichen Unfallversicherung mit Ausnahme der Streitigkeiten aufgrund der Überwachung der Maßnahmen zur Prävention durch die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung,

49 QUELLE

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.2009.—Artikel 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Die Berufsrichter der besonderen Spruchkörper sind Richter der Verwaltungsgerichtsbarkeit und werden nach den hierfür geltenden Vorschriften ernannt. Sie können Mitglied mehrerer besonderer und allgemeiner Spruchkörper der Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit sein.“

50 QUELLE

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.2009.—Artikel 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Das Präsidium des Verwaltungsgerichts oder des Oberverwaltungsgerichts bestimmt die Zahl und die Besetzung der besonderen Spruchkörper, regelt die Vertretung und verteilt die Geschäfte.“

51 QUELLE

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.2006.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Aus dem Kreis der für das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht nach den §§ 21 bis 29 der Verwaltungsgerichtsordnung gewählten ehrenamtlichen Richter beruft das Präsidium des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts die ehrenamtlichen Richter.

(2) § 23 findet keine Anwendung.“

52 UMNUMMERIERUNG

15.12.2004.—Artikel 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat den Fünften Abschnitt in den Sechsten Abschnitt unnummeriert.

01.01.2009.—Artikel 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat den Sechsten Abschnitt in den Fünften Abschnitt unnummeriert.

4. in Angelegenheiten der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit,
- 4a. in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende,
5. in sonstigen Angelegenheiten der Sozialversicherung,
6. in Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts mit Ausnahme der Streitigkeiten aufgrund der §§ 25 bis 27j des Bundesversorgungsgesetzes (Kriegsopferfürsorge), auch soweit andere Gesetze die entsprechende Anwendung dieser Vorschriften vorsehen,
- 6a. in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes,
7. bei der Feststellung von Behinderungen und ihrem Grad sowie weiterer gesundheitlicher Merkmale, ferner der Ausstellung, Verlängerung, Berichtigung und Einziehung von Ausweisen nach § 152 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch,
8. die aufgrund des Aufwendungsausgleichsgesetzes entstehen,
9. (weggefallen)
10. für die durch Gesetz der Rechtsweg vor diesen Gerichten eröffnet wird.

(2) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden auch über privatrechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Zulassung von Trägern und Maßnahmen durch fachkundige Stellen nach dem Fünften Kapitel des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und in Angelegenheiten der gesetzlichen Krankenversicherung, auch soweit durch diese Angelegenheiten Dritte betroffen werden. Satz 1 gilt für die soziale Pflegeversicherung und die private Pflegeversicherung (Elftes Buch Sozialgesetzbuch) entsprechend.

(3) Von der Zuständigkeit der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit nach den Absätzen 1 und 2 ausgenommen sind Streitigkeiten in Verfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, die Rechtsbeziehungen nach § 69 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch betreffen.⁵³

53 ÄNDERUNGEN

01.01.1970.—Artikel 3 § 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 27. Juli 1969 (BGBl. I S. 946) hat Abs. 3 in Abs. 4 unnummeriert und Abs. 3 eingefügt.

01.01.1989.—Artikel 32 Nr. 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 1988) hat Satz 1 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Angelegenheiten der Sozialversicherung sind auch die Angelegenheiten, die auf Grund der Beziehungen zwischen Ärzten, Zahnärzten und Krankenkassen (Kassenarztrecht) im Rechtsweg zu entscheiden sind.“

01.01.1995.—Artikel 33 des Gesetzes vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

01.01.1997.—Artikel 32 des Gesetzes vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1254) hat Abs. 2 Satz 4 eingefügt.

01.01.1999.—Artikel 12 Nr. 3 des Gesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1311) hat in Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 jeweils „Psychotherapeuten,“ nach „Zahnärzten,“ eingefügt.

01.01.2000.—Artikel 8 Nr. 1 lit. a litt. aa des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2626) hat in Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 „sowie des Großgeräteausschusses“ nach „Krankenkassen“ gestrichen.

Artikel 8 Nr. 1 lit. a litt. bb desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „ , oder in Angelegenheiten nach § 122 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch auf Grund einer Zuordnung von medizinisch-technischen Großgeräten zu Hochschulkliniken oder Plankrankenhäusern entstehen“ nach „gelten“ gestrichen.

Artikel 8 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

01.07.2001.—Artikel 24 Nr. 7 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat Abs. 4 in Abs. 5 unnummeriert und Abs. 4 eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Kriegsopferversorgung.

(2) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden auch über Streitigkeiten, die in Angelegenheiten nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch entstehen

1. auf Grund der Beziehungen zwischen Ärzten, Zahnärzten, Psychotherapeuten, Krankenhäusern und Krankenkassen einschließlich ihrer Vereinigungen und Verbände,
2. auf Grund von Entscheidungen der gemeinsamen Gremien von Ärzten, Zahnärzten, Psychotherapeuten, Krankenhäusern oder anderen Leistungserbringern und Krankenkassen oder

3. auf Grund von Entscheidungen oder Verträgen der Krankenkassen oder ihrer Verbände, auch soweit durch diese Angelegenheiten Dritte betroffen werden; dies gilt nicht für Streitigkeiten, die in Angelegenheiten nach § 110 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch auf Grund einer Kündigung von Versorgungsverträgen entstehen, die für Hochschulkliniken oder Plankrankenhäuser (§ 108 Nr. 1 und 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) gelten. §§ 87 und 96 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen finden keine Anwendung. Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden auch in Streitigkeiten, die in Angelegenheiten nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch entstehen. Zu den Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung gehören nicht Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge nach den §§ 25 bis 27 des Bundesversorgungsgesetzes. Zu den Angelegenheiten der Sozialversicherung gehören nicht Streitigkeiten, die aufgrund der Überwachung von Arbeitsschutz und Unfallverhütung entstehen.

(3) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden auch über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten, die auf Grund des Lohnfortzahlungsgesetzes entstehen.

(4) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden auch über Streitigkeiten bei der Feststellung von Behinderungen und ihren Grad sowie weitere gesundheitliche Merkmale, ferner über die Ausstellung, Verlängerung, Berichtigung und Einziehung von Ausweisen nach § 69 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.

(5) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden ferner über sonstige öffentlich-rechtliche Streitigkeiten, für die durch Gesetz der Rechtsweg vor diesen Gerichten eröffnet wird.“

01.01.2004.—Artikel 42 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) hat in Abs. 1 Nr. 4 „Bundesanstalt“ durch „Bundesagentur“ ersetzt.

01.08.2004.—Artikel 22 des Gesetzes vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1842) hat Nr. 9 in Abs. 1 aufgehoben. Nr. 9 lautete:

„9. die im Zusammenhang mit den im Dritten und Vierten Buch Sozialgesetzbuch sowie im Arbeitnehmer-Entsendegesetz vom 26. Februar 1996 (BGBl. I S. 227), zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1983), geregelten Aufgaben der Hauptzollämter entstehen,“

01.01.2005.—Artikel 1 Nr. 10 lit. a des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Abs. 1 Nr. 4a eingefügt.

Artikel 1 Nr. 10 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 1 Nr. 6a eingefügt.

01.01.2006.—Artikel 2 Nr. 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3686) hat in Abs. 1 Nr. 8 „Lohnfortzahlungsgesetzes“ durch „Aufwendungsausgleichsgesetzes“ ersetzt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 11 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Die §§ 87 und 96 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen finden keine Anwendung.“

01.01.2011.—Artikel 2 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2262) hat Satz 2 in Abs. 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „§ 87 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen findet keine Anwendung.“

Artikel 2 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 eingefügt.

01.01.2013.—Artikel 5 des Gesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2467) hat in Abs. 2 Satz 1 „in Angelegenheiten der Zulassung von Trägern und Maßnahmen durch fachkundige Stellen nach dem Fünften Kapitel des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und“ nach „Streitigkeiten“ eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 19 Abs. 7 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 1 Nr. 7 „§ 69“ durch „§ 152“ ersetzt.

01.01.2020.—Artikel 20 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 1 Nr. 6a „einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ nach „Sozialhilfe“ eingefügt.

54 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat Abs. 4 eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.1991.—Artikel 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

§ 53⁵⁵**§ 54**

(1) Durch Klage kann die Aufhebung eines Verwaltungsakts oder seine Abänderung sowie die Verurteilung zum Erlaß eines abgelehnten oder unterlassenen Verwaltungsakts begehrt werden. Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, ist die Klage zulässig, wenn der Kläger behauptet, durch den Verwaltungsakt oder durch die Ablehnung oder Unterlassung eines Verwaltungsakts beschwert zu sein.

(2) Der Kläger ist beschwert, wenn der Verwaltungsakt oder die Ablehnung oder Unterlassung eines Verwaltungsakts rechtswidrig ist. Soweit die Behörde, Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts ermächtigt ist, nach ihrem Ermessen zu handeln, ist Rechtswidrigkeit auch gegeben, wenn die gesetzlichen Grenzen dieses Ermessens überschritten sind oder von dem Ermessen in einer dem Zweck der Ermächtigung nicht entsprechenden Weise Gebrauch gemacht ist.

(3) Eine Körperschaft oder eine Anstalt des öffentlichen Rechts kann mit der Klage die Aufhebung einer Anordnung der Aufsichtsbehörde begehren, wenn sie behauptet, daß die Anordnung das Aufsichtsrecht überschreite.

„(1) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über die Zulässigkeit des zu ihnen beschrittenen Rechtswegs. Hat ein Gericht der Sozialgerichtsbarkeit den Rechtsweg zuvor rechtskräftig für unzulässig erklärt, so kann ein anderes Gericht in derselben Sache seine Gerichtsbarkeit nicht deshalb verneinen, weil es den Rechtsweg zu den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit für gegeben hält.

(2) Hat ein Gericht der Zivil-, Arbeits-, Straf-, Finanz- oder der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit den zu ihm beschrittenen Rechtsweg zuvor rechtskräftig für zulässig oder unzulässig erklärt, so sind die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit an diese Entscheidung gebunden.

(3) Hält ein Gericht der Sozialgerichtsbarkeit den zu ihm beschrittenen Rechtsweg nicht für gegeben, so verweist es in dem Urteil, in dem es den Rechtsweg für unzulässig erklärt, zugleich auf Antrag des Klägers die Sache an das Gericht des ersten Rechtszugs, zu dem es den Rechtsweg für gegeben hält. Der Kläger kann den Antrag auf Verweisung nur bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung stellen, auf die das Urteil ergeht. Mit der Rechtskraft des Urteils gilt die Rechtshängigkeit der Sache bei dem im Urteil bezeichneten Gericht als begründet. Soll durch die Erhebung der Klage eine Frist gewahrt werden, so tritt diese Wirkung bereits in dem Zeitpunkt ein, in dem die Klage erhoben worden ist. Das gleiche gilt in Ansehung der Wirkungen, die durch andere als verfahrensrechtliche Vorschriften an die Rechtshängigkeit geknüpft werden.

(4) Das Gericht, das den zu ihm beschrittenen Rechtsweg nicht für gegeben hält, kann, wenn sich der Beklagte mit dem Antrag des Klägers (Absatz 3) einverstanden erklärt, die Sache durch Beschluß verweisen.“

QUELLE

01.01.2005.—Artikel 1 Nr. 11 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.2009.—Artikel 3 Nr. 6 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Ist ein Landesgesetz nach § 50a erlassen, treten für den betroffenen Bereich die besonderen Spruchkörper der Verwaltungsgerichte an die Stelle der Sozialgerichte und die besonderen Spruchkörper des Oberverwaltungsgerichts an die Stelle des Landessozialgerichts. Über das Rechtsmittel der Revision und die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision entscheidet das Bundessozialgericht.“

55 AUFHEBUNG

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 23 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Der Rechtsschutz wird auf Klage gewährt.“

(4) Betrifft der angefochtene Verwaltungsakt eine Leistung, auf die ein Rechtsanspruch besteht, so kann mit der Klage neben der Aufhebung des Verwaltungsakts gleichzeitig die Leistung verlangt werden.

(5) Mit der Klage kann die Verurteilung zu einer Leistung, auf die ein Rechtsanspruch besteht, auch dann begehrt werden, wenn ein Verwaltungsakt nicht zu ergehen hatte.

§ 55

(1) Mit der Klage kann begehrt werden

1. die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses,
2. die Feststellung, welcher Versicherungsträger der Sozialversicherung zuständig ist,
3. die Feststellung, ob eine Gesundheitsstörung oder der Tod die Folge eines Arbeitsunfalls, einer Berufskrankheit oder einer Schädigung im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes ist,
4. die Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsakts,

wenn der Kläger ein berechtigtes Interesse an der baldigen Feststellung hat.

(2) Unter Absatz 1 Nr. 1 fällt auch die Feststellung, in welchem Umfang Beiträge zu berechnen oder anzurechnen sind.

§ 55a

(1) Auf Antrag ist über die Gültigkeit von Satzungen oder anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften, die nach § 22a Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und dem dazu ergangenen Landesgesetz erlassen worden sind, zu entscheiden.

(2) Den Antrag kann jede natürliche Person stellen, die geltend macht, durch die Anwendung der Rechtsvorschrift in ihren Rechten verletzt zu sein oder in absehbarer Zeit verletzt zu werden. Er ist gegen die Körperschaft zu richten, welche die Rechtsvorschrift erlassen hat. Das Landessozialgericht kann der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle Gelegenheit zur Äußerung binnen einer bestimmten Frist geben. § 75 Absatz 1 und 3 sowie Absatz 4 Satz 1 sind entsprechend anzuwenden.

(3) Das Landessozialgericht prüft die Vereinbarkeit der Rechtsvorschrift mit Landesrecht nicht, soweit gesetzlich vorgesehen ist, dass die Rechtsvorschrift ausschließlich durch das Verfassungsgericht eines Landes nachprüfbar ist.

(4) Ist ein Verfahren zur Überprüfung der Gültigkeit der Rechtsvorschrift bei einem Verfassungsgericht anhängig, so kann das Landessozialgericht anordnen, dass die Verhandlung bis zur Erledigung des Verfahrens vor dem Verfassungsgericht auszusetzen ist.

(5) Das Landessozialgericht entscheidet durch Urteil oder, wenn es eine mündliche Verhandlung nicht für erforderlich hält, durch Beschluss. Kommt das Landessozialgericht zu der Überzeugung, dass die Rechtsvorschrift ungültig ist, so erklärt es sie für unwirksam; in diesem Fall ist die Entscheidung allgemein verbindlich und die Entscheidungsformel vom Antragsgegner oder der Antragsgegnerin ebenso zu veröffentlichen wie die Rechtsvorschrift bekannt zu machen wäre. Für die Wirkung der Entscheidung gilt § 183 der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechend.

(6) Das Landessozialgericht kann auf Antrag eine einstweilige Anordnung erlassen, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile oder aus anderen wichtigen Gründen dringend geboten ist.⁵⁶

§ 56

Mehrere Klagebegehren können vom Kläger in einer Klage zusammen verfolgt werden, wenn sie sich gegen denselben Beklagten richten, im Zusammenhang stehen und dasselbe Gericht zuständig ist.

56 QUELLE

01.04.2011.—Artikel 4 Nr. 4 des Gesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 453) hat die Vorschrift eingefügt.

§ 56a

Rechtsbehelfe gegen behördliche Verfahrenshandlungen können nur gleichzeitig mit den gegen die Sachentscheidung zulässigen Rechtsbehelfen geltend gemacht werden. Dies gilt nicht, wenn behördliche Verfahrenshandlungen vollstreckt werden können oder gegen einen Nichtbeteiligten ergehen.⁵⁷

§ 57

(1) Örtlich zuständig ist das Sozialgericht, in dessen Bezirk der Kläger zur Zeit der Klageerhebung seinen Sitz oder Wohnsitz oder in Ermangelung dessen seinen Aufenthaltsort hat; steht er in einem Beschäftigungsverhältnis, so kann er auch vor dem für den Beschäftigungsort zuständigen Sozialgericht klagen. Klagt eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts, in Angelegenheiten nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch ein Unternehmen der privaten Pflegeversicherung oder in Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts oder des Schwerbehindertenrechts ein Land, so ist der Sitz oder Wohnsitz oder Aufenthaltsort des Beklagten maßgebend, wenn dieser eine natürliche Person oder eine juristische Person des Privatrechts ist.

(2) Ist die erstmalige Bewilligung einer Hinterbliebenenrente streitig, so ist der Wohnsitz oder in Ermangelung dessen der Aufenthaltsort der Witwe oder des Witwers maßgebend. Ist eine Witwe oder ein Witwer nicht vorhanden, so ist das Sozialgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk die jüngste Waise im Inland ihren Wohnsitz oder in Ermangelung dessen ihren Aufenthaltsort hat; sind nur Eltern oder Großeltern vorhanden, so ist das Sozialgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk die Eltern oder Großeltern ihren Wohnsitz oder in Ermangelung dessen ihren Aufenthaltsort haben. Bei verschiedenem Wohnsitz oder Aufenthaltsort der Eltern- oder Großelternanteile gilt der im Inland gelegene Wohnsitz oder Aufenthaltsort des anspruchsberechtigten Ehemanns oder geschiedenen Mannes.

(3) Hat der Kläger seinen Sitz oder Wohnsitz oder Aufenthaltsort im Ausland, so ist örtlich zuständig das Sozialgericht, in dessen Bezirk der Beklagte seinen Sitz oder Wohnsitz oder in Ermangelung dessen seinen Aufenthaltsort hat.

(4) In Angelegenheiten des § 51 Abs. 1 Nr. 2, die auf Bundesebene festgesetzte Festbeträge betreffen, ist das Sozialgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk die Bundesregierung ihren Sitz hat, in Angelegenheiten, die auf Landesebene festgesetzte Festbeträge betreffen, das Sozialgericht, in dessen Bezirk die Landesregierung ihren Sitz hat.

(5) In Angelegenheiten nach § 130a Absatz 4 und 9 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch ist das Sozialgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk die zur Entscheidung berufene Behörde ihren Sitz hat.

(6) Für Antragsverfahren nach § 55a ist das Landessozialgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk die Körperschaft, die die Rechtsvorschrift erlassen hat, ihren Sitz hat.

(7) In Angelegenheiten nach § 7a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch ist das Sozialgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk der Auftraggeber seinen Sitz oder in Ermangelung dessen seinen Wohnsitz hat. Hat dieser seinen Sitz oder in Ermangelung dessen seinen Wohnsitz im Ausland, ist das Sozialgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk der Auftragnehmer seinen Wohnsitz oder in Ermangelung dessen seinen Aufenthaltsort hat.⁵⁸

57 QUELLE

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 4 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat die Vorschrift eingefügt.

58 ÄNDERUNGEN

01.01.1989.—Artikel 32 Nr. 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 1988) hat Abs. 4 eingefügt.

01.06.1998.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. März 1998 (BGBl. I S. 638) hat in Abs. 1 Satz 2 „ , in Angelegenheiten nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch ein Unternehmen der privaten Pflegeversicherung“ nach „Rechts“ eingefügt.

§ 57a

(1) In Vertragsarztangelegenheiten der gesetzlichen Krankenversicherung ist, wenn es sich um Fragen der Zulassung oder Ermächtigung nach Vertragsarztrecht handelt, das Sozialgericht zuständig, in dessen Bezirk der Vertragsarzt, der Vertragszahnarzt oder der Psychotherapeut seinen Sitz hat.

(2) In anderen Vertragsarztangelegenheiten der gesetzlichen Krankenversicherung ist das Sozialgericht zuständig, in dessen Bezirk die Kassenärztliche Vereinigung oder die Kassenzahnärztliche Vereinigung ihren Sitz hat.

(3) Sind Entscheidungen oder Verträge auf Landesebene Streitgegenstand des Verfahrens, ist – soweit das Landesrecht nichts Abweichendes bestimmt – das Sozialgericht zuständig, in dessen Bezirk die Landesregierung ihren Sitz hat.

(4) Sind Entscheidungen oder Verträge auf Bundesebene Streitgegenstand des Verfahrens, ist das Sozialgericht zuständig, in dessen Bezirk die Kassenärztliche Bundesvereinigung oder die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung ihren Sitz hat.⁵⁹

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 24 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 Satz 2 „der Kriegsopferversorgung“ durch „des sozialen Entschädigungsrechts oder des Schwerbehindertenrechts“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 24 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 2 und 3 jeweils „Geltungsbereich dieses Gesetzes“ durch „Inland“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 24 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 3 „außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes“ durch „im Ausland“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 24 lit. d desselben Gesetzes hat in Abs. 4 „Abs. 2 Satz 1“ durch „Abs. 1 Nr. 2“ ersetzt und „und in Angelegenheiten nach § 122 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch“ nach „betreffen,“ gestrichen.

01.01.2005.—Artikel 1 Nr. 12 lit. a des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat in Abs. 1 Satz 1 „oder, wenn ein Landesgesetz nach § 50a erlassen ist, das Verwaltungsgericht“ nach „das Sozialgericht“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 12 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 „oder, wenn ein Landesgesetz nach § 50a erlassen ist, das Verwaltungsgericht“ nach „Sozialgericht“ eingefügt.

01.01.2009.—Artikel 3 Nr. 7 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat in Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 jeweils „oder, wenn ein Landesgesetz nach § 50a erlassen ist, das Verwaltungsgericht“ nach „das Sozialgericht“ gestrichen.

01.01.2011.—Artikel 2 Nr. 3a des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2262) hat Abs. 5 eingefügt.

01.04.2011.—Artikel 4 Nr. 5 des Gesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 453) hat Abs. 6 eingefügt.

22.04.2015.—Artikel 8 Nr. 1 des Gesetzes vom 15. April 2015 (BGBl. I S. 583) hat Abs. 7 eingefügt.

59 QUELLE

20.08.1955.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 17. August 1955 (BGBl. I S. 513) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.1989.—Artikel 32 Nr. 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 1988) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„In Angelegenheiten des Kassenarztrechts ist, wenn es sich um Fragen der Zulassung handelt, das Sozialgericht zuständig, in dessen Bezirk die Kassenarztstelle liegt, im übrigen das Sozialgericht, in dessen Bezirk die Kassenärztliche Vereinigung ihren Sitz hat.“

28.03.1998.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. März 1998 (BGBl. I S. 526) hat Satz 2 eingefügt.

Artikel 2 Nr. 3 desselben Gesetzes hat Abs. 2 eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 25 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 Satz 1 „des § 51 Abs. 2 Satz 1“ durch „der gesetzlichen Krankenversicherung“, „Kassenarztzulassung (Kassenzahnarztzulassung)“ durch „Zulassungen nach Vertragsarztrecht“, „Kassenarztstelle (Kassenzahnarztstelle)“ durch „der Vertragsarztsitz, der Vertragszahnarztsitz oder der Psychotherapeutenstz“ und „Kassenarztrechts“ durch „Vertragsarztrechts“ ersetzt.

§ 57b

In Angelegenheiten, die die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger und ihrer Verbände oder die Ergänzung der Selbstverwaltungsorgane betreffen, ist das Sozialgericht zuständig, in dessen Bezirk der Versicherungsträger oder der Verband den Sitz hat.⁶⁰

§ 58

(1) Das zuständige Gericht innerhalb der Sozialgerichtsbarkeit wird durch das gemeinsam nächsthöhere Gericht bestimmt,

1. wenn das an sich zuständige Gericht in einem einzelnen Fall an der Ausübung der Gerichtsbarkeit rechtlich oder tatsächlich verhindert ist,
2. wenn mit Rücksicht auf die Grenzen verschiedener Gerichtsbezirke ungewiß ist, welches Gericht für den Rechtsstreit zuständig ist,
3. wenn in einem Rechtsstreit verschiedene Gerichte sich rechtskräftig für zuständig erklärt haben,
4. wenn verschiedene Gerichte, von denen eines für den Rechtsstreit zuständig ist, sich rechtskräftig für unzuständig erklärt haben,
5. wenn eine örtliche Zuständigkeit weder nach den §§ 57 bis 57b noch nach einer anderen gesetzlichen Zuständigkeitsbestimmung gegeben ist.

(2) Zur Feststellung der Zuständigkeit kann jedes mit dem Rechtsstreit befaßte Gericht und jeder am Rechtsstreit Beteiligte das im Rechtszug höhere Gericht anrufen, das ohne mündliche Verhandlung entscheiden kann.⁶¹

Artikel 1 Nr. 25 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „In Angelegenheiten, die Anordnungen der Aufsichtsbehörden zu Beziehungen, Verträgen oder Entscheidungen nach § 51 Abs. 2 Satz 1 betreffen, gilt § 57 Abs. 1.“

Artikel 33 Nr. 2 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467) hat in Abs. 1 Satz 1 „im übrigen“ durch „in Angelegenheiten, die Entscheidungen oder Verträge auf Landesebene betreffen“ ersetzt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 12 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) In Angelegenheiten der gesetzlichen Krankenversicherung ist, wenn es sich um Fragen der Zulassungen nach Vertragsarztrecht handelt, das Sozialgericht zuständig, in dessen Bezirk die der Vertragsarztsitz, der Vertragszahnarztsitz oder der Psychotherapeutensitz liegt, in den anderen Angelegenheiten des Vertragsarztrechts das Sozialgericht, in dessen Bezirk die Kassenärztliche (Kassenzahnärztliche) Vereinigung ihren Sitz hat, jedoch in Angelegenheiten, die Entscheidungen oder Verträge auf Bundesebene betreffen, das Sozialgericht, in dessen Bezirk die Kassenärztliche Bundesvereinigung ihren Sitz hat, und in Angelegenheiten, die Entscheidungen oder Verträge auf Landesebene betreffen, soweit durch Landesrecht nichts Abweichendes bestimmt ist, das Sozialgericht, in dessen Bezirk die Landesregierung ihren Sitz hat.

(2) In Angelegenheiten, die Maßnahmen des Bundesversicherungsamtes bei der Durchführung des Risikostrukturausgleichs betreffen, ist das Sozialgericht Köln zuständig.“

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 5 lit. a des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat in Abs. 3 „In Angelegenheiten, die Entscheidungen oder Verträge auf Landesebene betreffen“ durch „Sind Entscheidungen oder Verträge auf Landesebene Streitgegenstand des Verfahrens“ ersetzt.

Artikel 7 Nr. 5 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 4 „In Angelegenheiten, die Entscheidungen oder Verträge auf Bundesebene betreffen“ durch „Sind Entscheidungen oder Verträge auf Bundesebene Streitgegenstand des Verfahrens“ ersetzt.

60 QUELLE

10.08.1967.—Artikel 2 § 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 3. August 1967 (BGBl. I S. 845) hat die Vorschrift eingefügt.

61 ÄNDERUNGEN

22.04.2015.—Artikel 8 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. April 2015 (BGBl. I S. 583) hat in Abs. 1 Nr. 5 „nach § 57 nicht“ durch „weder nach den §§ 57 bis 57b noch nach einer anderen gesetzlichen Zuständigkeitsbestimmung“ ersetzt.

§ 59

Vereinbarungen der Beteiligten über die Zuständigkeit haben keine rechtliche Wirkung. Eine Zuständigkeit wird auch nicht dadurch begründet, daß die Unzuständigkeit des Gerichts nicht geltend gemacht wird.

Zweiter Teil Verfahren

Erster Abschnitt Gemeinsame Verfahrensvorschriften

Erster Unterabschnitt Allgemeine Vorschriften

§ 60

(1) Für die Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen gelten die §§ 41 bis 46 Absatz 1 und die §§ 47 bis 49 der Zivilprozeßordnung entsprechend.

(2) Von der Ausübung des Amtes als Richter ist auch ausgeschlossen, wer bei dem vorausgegangenen Verwaltungsverfahren mitgewirkt hat.

(3) Die Besorgnis der Befangenheit nach § 42 der Zivilprozeßordnung gilt stets als begründet, wenn der Richter dem Vorstand einer Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts angehört, deren Interessen durch das Verfahren unmittelbar berührt werden.⁶²

§ 61

(1) Für die Öffentlichkeit, Sitzungspolizei und Gerichtssprache gelten die §§ 169, 171b bis 191a des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend.

(2) Für die Beratung und Abstimmung gelten die §§ 192 bis 197 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend.⁶³

62 ÄNDERUNGEN

01.01.2005.—Artikel 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Abs. 4 eingefügt.

01.01.2009.—Artikel 3 Nr. 8 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Abs. 4 aufgehoben. Abs. 4 lautete:

„(4) Für das Verfahren vor den besonderen Spruchkörpern der Verwaltungsgerichte und der Oberverwaltungsgerichte gilt § 54 der Verwaltungsgerichtsordnung.“

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat in Abs. 1 Satz 1 „bis 44, 45 Abs. 2 Satz 2, §§ 47“ nach „§§ 41“ gestrichen.

Artikel 8 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Über die Ablehnung entscheidet außer im Falle des § 171 das Landessozialgericht durch Beschluß.“

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 6 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat in Abs. 1 „bis 46 Absatz 1 und die §§ 47“ nach „§§ 41“ eingefügt.

63 ÄNDERUNGEN

01.04.1987.—Artikel 9 Nr. 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2496) hat in Abs. 1 Satz 1 „§§ 169, 172“ durch „§§ 169, 171b“ ersetzt.

Artikel 9 Nr. 2 desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Die Öffentlichkeit kann auch ausgeschlossen werden, wenn die Offenlegung der gesundheitlichen oder Familienverhältnisse für einen Beteiligten von erheblichem Nachteil sein könnte.“

01.09.2004.—Artikel 8 Nr. 0 lit. a des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBl. I S. 2198) hat in Abs. 1 „bis 191“ durch „bis 191a“ ersetzt.

Artikel 8 Nr. 0 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „bis 198“ durch „bis 197“ ersetzt.

§ 62

Vor jeder Entscheidung ist den Beteiligten rechtliches Gehör zu gewähren; die Anhörung kann schriftlich oder elektronisch geschehen.⁶⁴

§ 63

(1) Anordnungen und Entscheidungen, durch die eine Frist in Lauf gesetzt wird, sind den Beteiligten zuzustellen, bei Verkündung jedoch nur, wenn es ausdrücklich vorgeschrieben ist. Terminbestimmungen und Ladungen sind bekannt zu geben.

(2) Zugestellt wird von Amts wegen nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung. Die §§ 174, 178 Abs. 1 Nr. 2 der Zivilprozessordnung sind entsprechend anzuwenden auf die nach § 73 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 9 zur Prozessvertretung zugelassenen Personen.

(3) Wer nicht im Inland wohnt, hat auf Verlangen einen Zustellungsbevollmächtigten zu bestellen.⁶⁵

§ 64

(1) Der Lauf einer Frist beginnt, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit dem Tag nach der Zustellung oder, wenn diese nicht vorgeschrieben ist, mit dem Tag nach der Eröffnung oder Verkündung.

(2) Eine nach Tagen bestimmte Frist endet mit dem Ablauf ihres letzten Tages, eine nach Wochen oder Monaten bestimmte Frist mit dem Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, welcher nach Benennung oder Zahl dem Tag entspricht, in den das Ereignis oder der Zeitpunkt fällt. Fehlt dem letzten Monat der entsprechende Tag, so endet die Frist mit dem Monat.

(3) Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonntag, einen gesetzlichen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktags.⁶⁶

§ 65

Auf Antrag kann der Vorsitzende richterliche Fristen abkürzen oder verlängern. Im Falle der Verlängerung wird die Frist von dem Ablauf der vorigen Frist an berechnet.

§ 65a

64 ÄNDERUNGEN

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat „oder elektronisch“ nach „schriftlich“ eingefügt.

65 ÄNDERUNGEN

01.07.1994.—Artikel 8 Abs. 9 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1325) hat in Abs. 1 „den Beteiligten“ nach „sind“ eingefügt.

01.07.2002.—Artikel 2 Abs. 17 Nr. 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2001 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Zugestellt wird von Amts wegen nach den §§ 2 bis 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes.“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 26 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 „sowie Terminbestimmungen und Ladungen“ nach „wird,“ gestrichen.

Artikel 1 Nr. 26 desselben Gesetzes hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.02.2006.—Artikel 2 Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354) hat in Abs. 2 Satz 2 „und 4“ nach „Satz 3“ und „und 2“ nach „Satz 1“ eingefügt.

01.07.2008.—Artikel 12 Nr. 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) in der Fassung des Artikels 6 Nr. 3 des Gesetzes vom 12. Juni 2008 (BGBl. I S. 1000) hat in Abs. 2 Satz 2 „Abs. 6 Satz 3 und 4 und § 166 Abs. 2 Satz 1 und 2“ durch „Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 9“ ersetzt.

66 ÄNDERUNGEN

01.10.1965.—Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 10. August 1965 (BGBl. I S. 753) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonntag oder gesetzlichen Feiertag, so endet die Frist mit Ablauf des nächstfolgenden Werktags.“

(1) Vorbereitende Schriftsätze und deren Anlagen, schriftlich einzureichende Anträge und Erklärungen der Beteiligten sowie schriftlich einzureichende Auskünfte, Aussagen, Gutachten, Übersetzungen und Erklärungen Dritter können nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6 als elektronisches Dokument bei Gericht eingereicht werden.

(2) Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen.

(3) Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden.

(4) Sichere Übermittlungswege sind

1. der Postfach- und Versanddienst eines De-Mail-Kontos, wenn der Absender bei Versand der Nachricht sicher im Sinne des § 4 Absatz 1 Satz 2 des De-Mail-Gesetzes angemeldet ist und er sich die sichere Anmeldung gemäß § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes bestätigen lässt,
2. der Übermittlungsweg zwischen dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach nach § 31a der Bundesrechtsanwaltsordnung oder einem entsprechenden, auf gesetzlicher Grundlage errichteten elektronischen Postfach und der elektronischen Poststelle des Gerichts,
3. der Übermittlungsweg zwischen einem nach Durchführung eines Identifizierungsverfahrens eingerichteten Postfach einer Behörde oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts und der elektronischen Poststelle des Gerichts; das Nähere regelt die Verordnung nach Absatz 2 Satz 2,
4. sonstige bundeseinheitliche Übermittlungswege, die durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates festgelegt werden, bei denen die Authentizität und Integrität der Daten sowie die Barrierefreiheit gewährleistet sind.

(5) Ein elektronisches Dokument ist eingegangen, sobald es auf der für den Empfang bestimmten Einrichtung des Gerichts gespeichert ist. Dem Absender ist eine automatisierte Bestätigung über den Zeitpunkt des Eingangs zu erteilen. Die Vorschriften dieses Gesetzes über die Beifügung von Abschriften für die übrigen Beteiligten finden keine Anwendung.

(6) Ist ein elektronisches Dokument für das Gericht zur Bearbeitung nicht geeignet, ist dies dem Absender unter Hinweis auf die Unwirksamkeit des Eingangs und die geltenden technischen Rahmenbedingungen unverzüglich mitzuteilen. Das Dokument gilt als zum Zeitpunkt der früheren Einreichung eingegangen, sofern der Absender es unverzüglich in einer für das Gericht zur Bearbeitung geeigneten Form nachreicht und glaubhaft macht, dass es mit dem zuerst eingereichten Dokument inhaltlich übereinstimmt.

(7) Soweit eine handschriftliche Unterzeichnung durch den Richter oder den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle vorgeschrieben ist, genügt dieser Form die Aufzeichnung als elektronisches Dokument, wenn die verantwortenden Personen am Ende des Dokuments ihren Namen hinzufügen und das Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen. Der in Satz 1 genannten Form genügt auch ein elektronisches Dokument, in welches das handschriftlich unterzeichnete Schriftstück gemäß § 65b Absatz 6 Satz 4 übertragen worden ist.⁶⁷

67 QUELLE

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

29.07.2017.—Artikel 11 Abs. 23 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745) hat in Abs. 1 Satz 3 „nach § 2 Nr. 3 des Signaturgesetzes“ nach „Signatur“ gestrichen.

Artikel 11 Abs. 23 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 „nach § 2 Nr. 3 des Signaturgesetzes“ nach „Signatur“ gestrichen.

01.01.2018.—Artikel 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat Abs. 3 in Abs. 7 unnummeriert und Abs. 1 und 2 durch Abs. 1 bis 6 ersetzt. Abs. 1 und 2 lauteten:

§ 65b

(1) Die Prozessakten können elektronisch geführt werden. Die Bundesregierung und die Landesregierungen bestimmen jeweils für ihren Bereich durch Rechtsverordnung den Zeitpunkt, von dem an die Prozessakten elektronisch geführt werden. In der Rechtsverordnung sind die organisatorisch-technischen Rahmenbedingungen für die Bildung, Führung und Verwahrung der elektronischen Akten festzulegen. Die Landesregierungen können die Ermächtigung auf die für die Sozialgerichtsbarkeit zuständigen obersten Landesbehörden übertragen. Die Zulassung der elektronischen Akte kann auf einzelne Gerichte oder Verfahren beschränkt werden; wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, kann in der Rechtsverordnung bestimmt werden, dass durch Verwaltungsvorschrift, die öffentlich bekanntzumachen ist, geregelt wird, in welchen Verfahren die Prozessakten elektronisch zu führen sind. Die Rechtsverordnung der Bundesregierung bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.

(1a) Die Prozessakten werden ab dem 1. Januar 2026 elektronisch geführt. Die Bundesregierung und die Landesregierungen bestimmen jeweils für ihren Bereich durch Rechtsverordnung die organisatorischen und dem Stand der Technik entsprechenden technischen Rahmenbedingungen für die Bildung, Führung und Verwahrung der elektronischen Akten einschließlich der einzuhaltenden Anforderungen der Barrierefreiheit. Die Bundesregierung und die Landesregierungen können jeweils für ihren Bereich durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Akten, die in Papierform angelegt wurden, in Papierform weitergeführt werden. Die Landesregierungen können die Ermächtigungen nach den Sätzen 2 und 3 auf die für die Sozialgerichtsbarkeit zuständigen obersten Landesbehörden übertragen. Die Rechtsverordnungen der Bundesregierung bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrates.

(2) Werden die Akten in Papierform geführt, ist von einem elektronischen Dokument ein Ausdruck für die Akten zu fertigen. Kann dies bei Anlagen zu vorbereitenden Schriftsätzen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erfolgen, so kann ein Ausdruck unterbleiben. Die Daten sind in diesem Fall dauerhaft zu speichern; der Speicherort ist aktenkundig zu machen.

(3) Wird das elektronische Dokument auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht, so ist dies aktenkundig zu machen.

(4) Ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen und nicht auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht, muss der Ausdruck einen Vermerk darüber enthalten,

1. welches Ergebnis die Integritätsprüfung des Dokumentes ausweist,

„(1) Die Beteiligten können dem Gericht elektronische Dokumente übermitteln, soweit dies für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich durch Rechtsverordnung der Bundesregierung oder der Landesregierungen zugelassen worden ist. Die Rechtsverordnung bestimmt den Zeitpunkt, von dem an Dokumente an ein Gericht elektronisch übermittelt werden können, sowie die Art und Weise, in der elektronische Dokumente einzureichen sind. Für Dokumente, die einem schriftlich zu unterzeichnenden Schriftstück gleichstehen, ist eine qualifizierte elektronische Signatur vorzuschreiben. Neben der qualifizierten elektronischen Signatur kann auch ein anderes sicheres Verfahren zugelassen werden, das die Authentizität und die Integrität des übermittelten elektronischen Dokuments sicherstellt. Die Landesregierungen können die Ermächtigung auf die für die Sozialgerichtsbarkeit zuständigen obersten Landesbehörden übertragen. Die Zulassung der elektronischen Übermittlung kann auf einzelne Gerichte oder Verfahren beschränkt werden. Die Rechtsverordnung der Bundesregierung bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.

(2) Ein elektronisches Dokument ist dem Gericht zugegangen, wenn es in der nach Absatz 1 Satz 1 bestimmten Art und Weise übermittelt worden ist und wenn die für den Empfang bestimmte Einrichtung es aufgezeichnet hat. Die Vorschriften dieses Gesetzes über die Beifügung von Abschriften für die übrigen Beteiligten finden keine Anwendung. Genügt das Dokument nicht den Anforderungen, ist dies dem Absender unter Angabe der für das Gericht geltenden technischen Rahmenbedingungen unverzüglich mitzuteilen.“

Artikel 18 Nr. 1 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat Abs. 7 Satz 2 eingefügt.

2. wen die Signaturprüfung als Inhaber der Signatur ausweist,
3. welchen Zeitpunkt die Signaturprüfung für die Anbringung der Signatur ausweist.

(5) Ein eingereichtes elektronisches Dokument kann im Falle von Absatz 2 nach Ablauf von sechs Monaten gelöscht werden.

(6) Werden die Prozessakten elektronisch geführt, sind in Papierform vorliegende Schriftstücke und sonstige Unterlagen nach dem Stand der Technik zur Ersetzung der Urschrift in ein elektronisches Dokument zu übertragen. Es ist sicherzustellen, dass das elektronische Dokument mit den vorliegenden Schriftstücken und sonstigen Unterlagen bildlich und inhaltlich übereinstimmt. Das elektronische Dokument ist mit einem Übertragungsnachweis zu versehen, der das bei der Übertragung angewandte Verfahren und die bildliche und inhaltliche Übereinstimmung dokumentiert. Wird ein von den verantwortenden Personen handschriftlich unterzeichnetes gerichtliches Schriftstück übertragen, ist der Übertragungsnachweis mit einer qualifizierten elektronischen Signatur des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu versehen. Die in Papierform vorliegenden Schriftstücke und sonstigen Unterlagen können sechs Monate nach der Übertragung vernichtet werden, sofern sie nicht rückgabepflichtig sind.⁶⁸

§ 65c Formulare; Verordnungsermächtigung

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates elektronische Formulare einführen. Die Rechtsverordnung kann bestimmen, dass die in den Formularen enthaltenen Angaben ganz oder teilweise in strukturierter maschinenlesbarer Form zu übermitteln sind. Die Formulare sind auf einer in der Rechtsverordnung zu bestimmenden Kommunikationsplattform im Internet zur Nutzung bereitzustellen. Die Rechtsverordnung kann bestimmen, dass eine Identifikation des Formularverwenders abweichend von § 65a Absatz 3

68 QUELLE

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

13.07.2017.—Artikel 18 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 1 Satz 5 „; wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, kann in der Rechtsverordnung bestimmt werden, dass durch Verwaltungsvorschrift, die öffentlich bekanntzumachen ist, geregelt wird, in welchen Verfahren die Prozessakten elektronisch zu führen sind“ am Ende eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) und Artikel 18 Nr. 2 lit. c des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) haben Abs. 2 bis 5 durch Abs. 2 bis 6 ersetzt. Abs. 2 bis 5 lauteten:

„(2) Dokumente, die nicht der Form entsprechen, in der die Akte geführt wird, sind in die entsprechende Form zu übertragen und in dieser Form zur Akte zu nehmen, soweit die Rechtsverordnung nach Absatz 1 nichts anderes bestimmt.

(3) Die Originaldokumente sind mindestens bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens aufzubewahren.

(4) Ist ein in Papierform eingereichtes Dokument in ein elektronisches Dokument übertragen worden, muss dieses den Vermerk enthalten, wann und durch wen die Übertragung vorgenommen worden ist. Ist ein elektronisches Dokument in die Papierform überführt worden, muss der Ausdruck den Vermerk enthalten, welches Ergebnis die Integritätsprüfung des Dokuments ausweist, wen die Signaturprüfung als Inhaber der Signatur ausweist und welchen Zeitpunkt die Signaturprüfung für die Anbringung der Signatur ausweist.

(5) Dokumente, die nach Absatz 2 hergestellt sind, sind für das Verfahren zugrunde zu legen, soweit kein Anlass besteht, an der Übereinstimmung mit dem eingereichten Dokument zu zweifeln.“

Artikel 18 Nr. 2 lit. b des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat Abs. 1a eingefügt.

01.01.2026.—Artikel 19 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat Abs. 1 aufgehoben und Abs. 1a in Abs. 1 unnummeriert.

Artikel 19 Nr. 2 desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 1 Satz 1 „ab dem 1. Januar 2026“ nach „werden“ gestrichen.

auch durch Nutzung des elektronischen Identitätsnachweises nach § 18 des Personalausweisgesetzes oder § 78 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes erfolgen kann.⁶⁹

§ 65d⁷⁰

§ 66

(1) Die Frist für ein Rechtsmittel oder einen anderen Rechtsbehelf beginnt nur dann zu laufen, wenn der Beteiligte über den Rechtsbehelf, die Verwaltungsstelle oder das Gericht, bei denen der Rechtsbehelf anzubringen ist, den Sitz und die einzuhaltende Frist schriftlich oder elektronisch belehrt worden ist.

(2) Ist die Belehrung unterblieben oder unrichtig erteilt, so ist die Einlegung des Rechtsbehelfs nur innerhalb eines Jahres seit Zustellung, Eröffnung oder Verkündung zulässig, außer wenn die Einlegung vor Ablauf der Jahresfrist infolge höherer Gewalt unmöglich war oder eine schriftliche oder elektronische Belehrung dahin erfolgt ist, daß ein Rechtsbehelf nicht gegeben sei. § 67 Abs. 2 gilt für den Fall höherer Gewalt entsprechend.⁷¹

§ 67

(1) Wenn jemand ohne Verschulden verhindert war, eine gesetzliche Verfahrensfrist einzuhalten, so ist ihm auf Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren.

(2) Der Antrag ist binnen eines Monats nach Wegfall des Hindernisses zu stellen. Die Tatsachen zur Begründung des Antrags sollen glaubhaft gemacht werden. Innerhalb der Antragsfrist ist die versäumte Rechtshandlung nachzuholen. Ist dies geschehen, so kann die Wiedereinsetzung auch ohne Antrag gewährt werden.

(3) Nach einem Jahr seit dem Ende der versäumten Frist ist der Antrag unzulässig, außer wenn der Antrag vor Ablauf der Jahresfrist infolge höherer Gewalt unmöglich war.

(4) Über den Wiedereinsetzungsantrag entscheidet das Gericht, das über die versäumte Rechtshandlung zu befinden hat. Der Beschluß, der die Wiedereinsetzung bewilligt, ist unanfechtbar.

§ 68⁷²

69 QUELLE

01.07.2014.—Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat die Vorschrift eingefügt.

70 QUELLE

01.01.2022.—Artikel 4 Nr. 4 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat die Vorschrift eingefügt. Die Vorschrift wird lauten:

„§ 65d Nutzungspflicht für Rechtsanwälte, Behörden und vertretungsberechtigte Personen

Vorbereitende Schriftsätze und deren Anlagen sowie schriftlich einzureichende Anträge und Erklärungen, die durch einen Rechtsanwalt, durch eine Behörde oder durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse eingereicht werden, sind als elektronisches Dokument zu übermitteln. Gleiches gilt für die nach diesem Gesetz vertretungsberechtigten Personen, für die ein sicherer Übermittlungsweg nach § 65a Absatz 4 Nummer 2 zur Verfügung steht. Ist eine Übermittlung aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt die Übermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.“

71 ÄNDERUNGEN

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Abs. 1 „oder elektronisch“ nach „schriftlich“ eingefügt.

Artikel 4 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „oder elektronische“ nach „schriftliche“ eingefügt.

72 AUFHEBUNG

§ 69

Beteiligte am Verfahren sind

1. der Kläger,
2. der Beklagte,
3. der Beigeladene.

§ 70

Fähig, am Verfahren beteiligt zu sein, sind

1. natürliche und juristische Personen,
2. nichtrechtsfähige Personenvereinigungen,
3. Behörden, sofern das Landesrecht dies bestimmt,
4. gemeinsame Entscheidungsgremien von Leistungserbringern und Krankenkassen oder Pflegekassen.⁷³

§ 71

(1) Ein Beteiligter ist prozeßfähig, soweit er sich durch Verträge verpflichten kann.

(2) Minderjährige sind in eigener Sache prozeßfähig, soweit sie durch Vorschriften des bürgerlichen oder öffentlichen Rechts für den Gegenstand des Verfahrens als geschäftsfähig anerkannt sind. Zur Zurücknahme eines Rechtsbehelfs bedürfen sie der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.

(3) Für rechtsfähige und nichtrechtsfähige Personenvereinigungen sowie für Behörden handeln ihre gesetzlichen Vertreter und Vorstände.

(4) Für Entscheidungsgremien im Sinne von § 70 Nr. 4 handelt der Vorsitzende.

(5) In Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts wird das Land durch das Landesversorgungsamt oder nach Maßgabe des Landesrechts durch die Stelle vertreten, der dessen Aufgaben übertragen worden sind oder die für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes oder des Rechts der Teilhabe behinderter Menschen zuständig ist.

(6) Die §§ 53 bis 56 der Zivilprozeßordnung gelten entsprechend.⁷⁴

01.01.1975.—Artikel I Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Für die Unterbrechung und Aussetzung des Verfahrens gelten § 239 Abs. 1, 2 und 5 und §§ 240 bis 245, 247 bis 249 der Zivilprozeßordnung entsprechend.“

73 ÄNDERUNGEN

20.08.1955.—Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 17. August 1955 (BGBl. I S. 513) hat Nr. 4 eingefügt.

01.01.1989.—Artikel 32 Nr. 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 1988) hat Nr. 4 neu gefasst. Nr. 4 lautete:

„4. der Berufungsausschuß (§ 368b Abs. 6 Reichsversicherungsordnung) und das Schiedsamt (§ 368i Abs. 1 Reichsversicherungsordnung).“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 27 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Nr. 4 neu gefasst. Nr. 4 lautete:

„4. die in § 51 Abs. 2 Satz 1 genannten Entscheidungsgremien.“

74 ÄNDERUNGEN

20.08.1955.—Artikel 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 17. August 1955 (BGBl. I S. 513) hat Abs. 4 und 5 in Abs. 5 und 6 unnummeriert und Abs. 4 eingefügt.

01.01.1976.—Artikel II § 16 des Gesetzes vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015) hat Satz 1 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Minderjährige, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, sind in eigenen Sachen prozeßfähig.“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 28 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 4 und 5 neu gefasst. Abs. 4 und 5 lauteten:

„(4) Für den Berufungsausschuß und das Schiedsamt (§ 70 Nr. 4) handelt der Vorsitzende.

(5) In Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung wird das Land durch das Landesversorgungsamt vertreten.“

§ 72

(1) Für einen nicht prozeßfähigen Beteiligten ohne gesetzlichen Vertreter kann der Vorsitzende bis zum Eintritt eines Vormunds, Betreuers oder Pflegers für das Verfahren einen besonderen Vertreter bestellen, dem alle Rechte, außer dem Empfang von Zahlungen, zustehen.

(2) Die Bestellung eines besonderen Vertreters ist mit Zustimmung des Beteiligten oder seines gesetzlichen Vertreters auch zulässig, wenn der Aufenthaltsort eines Beteiligten oder seines gesetzlichen Vertreters vom Sitz des Gerichts weit entfernt ist.⁷⁵

§ 73

(1) Die Beteiligten können vor dem Sozialgericht und dem Landessozialgericht den Rechtsstreit selbst führen.

(2) Die Beteiligten können sich durch einen Rechtsanwalt oder einen Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, der die Befähigung zum Richteramt besitzt, als Bevollmächtigten vertreten lassen. Darüber hinaus sind als Bevollmächtigte vor dem Sozialgericht und dem Landessozialgericht vertretungsbefugt nur

1. Beschäftigte des Beteiligten oder eines mit ihm verbundenen Unternehmens (§ 15 des Aktiengesetzes); Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich auch durch Beschäftigte anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts

01.07.2008.—Artikel 12 Nr. 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat in Abs. 3 „ , Vorstände oder besonders Beauftragte“ durch „und Vorstände“ ersetzt.

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 4a des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat in Abs. 5 „durch die Stelle, der dessen Aufgaben übertragen worden sind, vertreten“ durch „nach Maßgabe des Landesrechts durch die Stelle vertreten, der dessen Aufgaben übertragen worden sind oder die für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes oder des Rechts der Teilhabe behinderter Menschen zuständig ist“ ersetzt.

75 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Bestellung eines besonderen Vertreters ist auch zulässig, wenn der Aufenthaltsort eines Beteiligten oder seines gesetzlichen Vertreters vom Sitz des Gerichts weit entfernt ist und der Beteiligte oder gesetzliche Vertreter zustimmt.“

Artikel I Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 5 eingefügt.

01.01.1981.—Artikel 4 Nr. 12 lit. a litt. aa des Gesetzes vom 13. Juni 1980 (BGBl. I S. 677) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Der nicht prozeßfähige Beteiligte kann auf sein Verlangen selbst gehört werden.“

Artikel 4 Nr. 12 lit. a litt. bb desselben Gesetzes hat Abs. 3 bis 5 aufgehoben. Abs. 3 bis 5 lauteten:

„(3) Die Bestellung eines besonderen Vertreters ist mit Zustimmung des Beteiligten auch zulässig, wenn sein Aufenthaltsort vom Sitz des Gerichts weit entfernt ist oder wenn er nicht in der Lage ist, sich über die rechtserheblichen Tatsachen allgemeinverständlich auszudrücken. Ist der Beteiligte gesetzlich vertreten, ist die Bestellung eines besonderen Vertreters mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters zulässig, wenn die in Satz 1 genannten Voraussetzungen in der Person des gesetzlichen Vertreters vorliegen.

(4) Die Kosten des besonderen Vertreters gelten als Kosten des Beteiligten.

(5) Dem Beteiligten kann für die Kosten des besonderen Vertreters das Armenrecht bewilligt werden. Auf die Bewilligung des Armenrechts sind die Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechend anzuwenden.“

01.01.1992.—Artikel 7 § 22 des Gesetzes vom 12. September 1990 (BGBl. I S. 2002) hat in Abs. 1 „ , Betreuers“ nach „Vormundes“ eingefügt.

- einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen,
2. volljährige Familienangehörige (§ 15 der Abgabenordnung, § 11 des Lebenspartnerschaftsgesetzes), Personen mit Befähigung zum Richteramt und Streitgenossen, wenn die Vertretung nicht im Zusammenhang mit einer entgeltlichen Tätigkeit steht,
 3. Rentenberater im Umfang ihrer Befugnisse nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, auch in Verbindung mit Satz 2, des Rechtsdienstleistungsgesetzes,
 4. Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer, Personen und Vereinigungen im Sinn des § 3a des Steuerberatungsgesetzes sowie Gesellschaften im Sinn des § 3 Nr. 2 und 3 des Steuerberatungsgesetzes, die durch Personen im Sinn des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes handeln, in Angelegenheiten nach den §§ 28h und 28p des Vierten Buches Sozialgesetzbuch,
 5. selbständige Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung für ihre Mitglieder,
 6. berufsständische Vereinigungen der Landwirtschaft für ihre Mitglieder,
 7. Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände für ihre Mitglieder oder für andere Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder,
 8. Vereinigungen, deren satzungsgemäße Aufgaben die gemeinschaftliche Interessenvertretung, die Beratung und Vertretung der Leistungsempfänger nach dem sozialen Entschädigungsrecht oder der behinderten Menschen wesentlich umfassen und die unter Berücksichtigung von Art und Umfang ihrer Tätigkeit sowie ihres Mitgliederkreises die Gewähr für eine sachkundige Prozessvertretung bieten, für ihre Mitglieder,
 9. juristische Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer der in den Nummern 5 bis 8 bezeichneten Organisationen stehen, wenn die juristische Person ausschließlich die Rechtsberatung und Prozessvertretung dieser Organisation und ihrer Mitglieder oder anderer Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder entsprechend deren Satzung durchführt, und wenn die Organisation für die Tätigkeit der Bevollmächtigten haftet.

Bevollmächtigte, die keine natürlichen Personen sind, handeln durch ihre Organe und mit der Prozessvertretung beauftragten Vertreter. § 157 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.

(3) Das Gericht weist Bevollmächtigte, die nicht nach Maßgabe des Absatzes 2 vertretungsbefugt sind, durch unanfechtbaren Beschluss zurück. Prozesshandlungen eines nicht vertretungsbefugten Bevollmächtigten und Zustellungen oder Mitteilungen an diesen Bevollmächtigten sind bis zu seiner Zurückweisung wirksam. Das Gericht kann den in Absatz 2 Satz 2 Nr. 1 und 2 bezeichneten Bevollmächtigten durch unanfechtbaren Beschluss die weitere Vertretung untersagen, wenn sie nicht in der Lage sind, das Sach- und Streitverhältnis sachgerecht darzustellen. Satz 3 gilt nicht für Beschäftigte eines Sozialleistungsträgers oder eines Spitzenverbandes der Sozialversicherung.

(4) Vor dem Bundessozialgericht müssen sich die Beteiligten, außer im Prozesskostenhilfefahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Als Bevollmächtigte sind außer den in Absatz 2 Satz 1 bezeichneten Personen nur die in Absatz 2 Satz 2 Nr. 5 bis 9 bezeichneten Organisationen zugelassen. Diese müssen durch Personen mit Befähigung zum Richteramt handeln. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse sowie private Pflegeversicherungsunternehmen können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen. Ein Beteiligter, der nach Maßgabe des Satzes 2 zur Vertretung berechtigt ist, kann sich selbst vertreten; Satz 3 bleibt unberührt.

(5) Richter dürfen nicht als Bevollmächtigte vor dem Gericht auftreten, dem sie angehören. Ehrenamtliche Richter dürfen, außer in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 Nr. 1, nicht vor einem Spruchkörper auftreten, dem sie angehören. Absatz 3 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

(6) Die Vollmacht ist schriftlich zu den Gerichtsakten einzureichen. Sie kann nachgereicht werden; hierfür kann das Gericht eine Frist bestimmen. Bei Ehegatten oder Lebenspartnern und Verwandten in gerader Linie kann unterstellt werden, dass sie bevollmächtigt sind. Der Mangel der Vollmacht kann in jeder Lage des Verfahrens geltend gemacht werden. Das Gericht hat den Mangel der Vollmacht von Amts wegen zu berücksichtigen, wenn nicht als Bevollmächtigter ein Rechtsanwalt auftritt. Ist ein Bevollmächtigter bestellt, sind die Zustellungen oder Mitteilungen des Gerichts an ihn zu richten. Im Übrigen gelten die §§ 81, 83 bis 86 der Zivilprozessordnung entsprechend.

(7) In der Verhandlung können die Beteiligten mit Beiständen erscheinen. Beistand kann sein, wer in Verfahren, in denen die Beteiligten den Rechtsstreit selbst führen können, als Bevollmächtigter zur Vertretung in der Verhandlung befugt ist. Das Gericht kann andere Personen als Beistand zulassen, wenn dies sachdienlich ist und hierfür nach den Umständen des Einzelfalls ein Bedürfnis besteht. Absatz 3 Satz 1 und 3 und Absatz 5 gelten entsprechend. Das von dem Beistand Vorgetragene gilt als von dem Beteiligten vorgebracht, soweit es nicht von diesem sofort widerrufen oder berichtigt wird.⁷⁶

76 ÄNDERUNGEN

01.01.1954.—Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 10. August 1954 (BGBl. I S. 239) hat Abs. 3 Satz 2 eingefügt.

01.01.1975.—Artikel I Nr. 5 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat in Abs. 6 Satz 3 „ , von berufsständischen Vereinigungen der Landwirtschaft“ nach „Arbeitgebern“ eingefügt.

08.09.1998.—Artikel 12 Nr. 1 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2600) hat Abs. 6 Satz 4 eingefügt.

01.08.2001.—Artikel 3 § 21 des Gesetzes vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266) hat in Abs. 2 Satz 2 „oder Lebenspartnern“ nach „Ehegatten“ eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 29 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Satz 3 in Abs. 6 neu gefasst. Satz 3 lautete: „§ 157 Abs. 1 der Zivilprozessordnung gilt nicht für Bevollmächtigte, die Mitglieder und Angestellte von Gewerkschaften, von selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung, von Vereinigungen von Arbeitgebern, von berufsständischen Vereinigungen der Landwirtschaft und von Vereinigungen der Kriegsoffer sind, sofern sie kraft Satzung oder Vollmacht zur Prozeßvertretung befugt sind.“

18.08.2006.—Artikel 3 Abs. 13 des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897) hat Abs. 6 Satz 5 und 6 eingefügt.

12.12.2006.—Artikel 8 Abs. 4 des Gesetzes vom 2. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2742) hat die Sätze 5 und 6 in Abs. 6 aufgehoben. Die Sätze 5 und 6 lauteten: „§ 157 Abs. 1 der Zivilprozessordnung gilt auch nicht für Mitglieder und Angestellte der in § 23 Abs. 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes genannten Vereinigungen, die im Rahmen des Satzungszwecks der Vereinigung als Bevollmächtigte von Beteiligten tätig werden. Den in Satz 5 genannten Vereinigungen ist im Rahmen ihres Satzungszwecks die Besorgung von Rechtsangelegenheiten Beteiligten gestattet.“

01.07.2008.—Artikel 12 Nr. 3 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Beteiligten können sich in jeder Lage des Verfahrens durch prozeßfähige Bevollmächtigte vertreten lassen. Personen, die als ärztliche Gutachter für Beteiligte tätig gewesen sind, können in diesem Verfahren nicht als Bevollmächtigte auftreten.

(2) Die Vollmacht ist schriftlich zu erteilen und zu den Akten bis zur Verkündung der Entscheidung einzureichen; sie kann auch zur Niederschrift des Gerichts erteilt werden. Bei Ehegatten oder Lebenspartnern und Verwandten in gerader Linie kann die Bevollmächtigung unterstellt werden.

(3) Ist ein Bevollmächtigter bestellt, so sind die Mitteilungen des Gerichts an ihn zu richten. Der Beteiligte muß die Prozeßführung gegen sich gelten lassen, auch wenn er nur mündlich Vollmacht erteilt oder die Prozeßführung ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt hat.

§ 73a

(1) Die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Prozeßkostenhilfe mit Ausnahme des § 127 Absatz 2 Satz 2 der Zivilprozeßordnung gelten entsprechend. Macht der Beteiligte, dem Prozeßkostenhilfe bewilligt ist, von seinem Recht, einen Rechtsanwalt zu wählen, nicht Gebrauch, wird auf Antrag des Beteiligten der beizuordnende Rechtsanwalt vom Gericht ausgewählt. Einem Beteiligten, dem Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist, kann auch ein Steuerberater, Steuerbevollmächtigter, Wirtschaftsprüfer, vereidigter Buchprüfer oder Rentenberater beigeordnet werden. Die Vergütung richtet sich nach den für den beigeordneten Rechtsanwalt geltenden Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes.

(2) Prozeßkostenhilfe wird nicht bewilligt, wenn der Beteiligte durch einen Bevollmächtigten im Sinne des § 73 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 bis 9 vertreten ist.

(3) § 109 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

(4) Die Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach den §§ 114 bis 116 der Zivilprozessordnung einschließlich der in § 118 Absatz 2 der Zivilprozessordnung bezeichneten Maßnahmen, der Beurkundung von Vergleichen nach § 118 Absatz 1 Satz 3 der Zivilprozessordnung und der Entscheidungen nach § 118 Absatz 2 Satz 4 der Zivilprozessordnung obliegt dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des jeweiligen Rechtszugs, wenn der Vorsitzende ihm das Verfahren nach Maßgabe des Landesrechts insoweit überträgt. Liegen die Voraussetzungen für die Bewilligung der Prozesskostenhilfe hiernach nicht vor, erlässt der Urkundsbeamte die den Antrag ablehnende Entscheidung; anderenfalls vermerkt der Urkundsbeamte in den Prozessakten, dass dem Antragsteller nach seinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen Prozesskostenhilfe gewährt werden kann und in welcher Höhe gegebenenfalls Monatsraten oder Beträge aus dem Vermögen zu zahlen sind.

(4) Für den Umfang und die Wirkungen der Vollmacht gelten im übrigen die §§ 81, 84 bis 86 der Zivilprozeßordnung entsprechend. Eine Vollmacht kann auch für einzelne Prozeßhandlungen erteilt werden.

(5) In der mündlichen Verhandlung können die Beteiligten mit Beiständen erscheinen. Für Beistände gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend. Das von dem Beistand Vorgetragene gilt als von der Partei vorgebracht, soweit es nicht von dieser sofort widerrufen oder berichtigt wird.

(6) Für die Zurückweisung von Bevollmächtigten und Beiständen gilt § 157 der Zivilprozeßordnung entsprechend. Ist die Zurückweisung dem Beteiligten nicht rechtzeitig vorher angekündigt worden, so ist, falls der Beteiligte nicht erschienen ist oder falls er es beim Erscheinen auf Befragen beantragt, die Verhandlung zu vertagen. § 157 Abs. 1 der Zivilprozessordnung gilt nicht für Bevollmächtigte, die Mitglieder und Angestellte von Gewerkschaften, von selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung, von Vereinigungen von Arbeitgebern, von berufsständischen Vereinigungen der Landwirtschaft und von den in § 14 Abs. 3 Satz 2 genannten Vereinigungen sind, sofern sie kraft Satzung oder Vollmacht zur Prozessvertretung befugt sind. Gleiches gilt für Bevollmächtigte, die als Angestellte juristischer Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer der in Satz 3 genannten Organisationen stehen, handeln, wenn die juristische Person ausschließlich die Rechtsberatung und Prozeßvertretung der Mitglieder der Organisation entsprechend deren Satzung durchführt und wenn die Organisation für die Tätigkeit der Bevollmächtigten haftet.“

05.08.2009.—Artikel 9 Abs. 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat in Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 „§ 3 Nr. 4“ durch „§ 3a“ ersetzt.

28.12.2010.—Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2248) hat Satz 1 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Die Beteiligten können sich durch einen Rechtsanwalt oder Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule im Sinn des Hochschulrahmengesetzes mit Befähigung zum Richteramt als Bevollmächtigten vertreten lassen.“

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat Abs. 6 Satz 3 eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 12 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 „Abs. 1 Satz 1 Nr. 2“ durch „Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, auch in Verbindung mit Satz 2,“ ersetzt.

(5) Dem Urkundsbeamten obliegen im Verfahren über die Prozesskostenhilfe ferner die Bestimmung des Zeitpunkts für die Einstellung und eine Wiederaufnahme der Zahlungen nach § 120 Absatz 3 der Zivilprozessordnung sowie die Änderung und die Aufhebung der Bewilligung der Prozesskostenhilfe nach den §§ 120a und 124 Absatz 1 Nummer 2 bis 5 der Zivilprozessordnung.

(6) Der Vorsitzende kann Aufgaben nach den Absätzen 4 und 5 zu jedem Zeitpunkt an sich ziehen. § 5 Absatz 1 Nummer 1, die §§ 6, 7, 8 Absatz 1 bis 4 und § 9 des Rechtspflegergesetzes gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Rechtspflegers der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle tritt.

(7) § 155 Absatz 4 gilt entsprechend.

(8) Gegen Entscheidungen des Urkundsbeamten nach den Absätzen 4 und 5 kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe das Gericht angerufen werden, das endgültig entscheidet.

(9) Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, dass die Absätze 4 bis 8 für die Gerichte des jeweiligen Landes nicht anzuwenden sind.⁷⁷

§ 74

Die §§ 59 bis 65 der Zivilprozessordnung über die Streitgenossenschaft und die Hauptintervention gelten entsprechend.

§ 75

(1) Das Gericht kann von Amts wegen oder auf Antrag andere, deren berechtigte Interessen durch die Entscheidung berührt werden, beiladen. In Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts ist die Bundesrepublik Deutschland auf Antrag beizuladen.

(2) Sind an dem streitigen Rechtsverhältnis Dritte derart beteiligt, daß die Entscheidung auch ihnen gegenüber nur einheitlich ergehen kann oder ergibt sich im Verfahren, daß bei der Ablehnung des Anspruchs ein anderer Versicherungsträger, ein Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ein Träger der Sozialhilfe, ein Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder in Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts ein Land als leistungspflichtig in Betracht kommt, so sind sie beizuladen.

77 QUELLE

01.01.1981.—Artikel 4 Nr. 12 lit. b des Gesetzes vom 13. Juni 1980 (BGBl. I S. 677) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.07.2008.—Artikel 12 Nr. 4 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat in Abs. 2 „Abs. 6 Satz 3“ durch „Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 bis 9“ ersetzt.

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 7 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat in Abs. 1 Satz 1 „mit Ausnahme des § 127 Absatz 2 Satz 2 der Zivilprozessordnung“ nach „Prozeßkostenhilfe“ eingefügt.

01.01.2014.—Artikel 11 Nr. 1 des Gesetzes vom 31. August 2013 (BGBl. I S. 3533) hat Abs. 1 Satz 3 und 4 eingefügt.

Artikel 11 Nr. 2 desselben Gesetzes hat Abs. 4 bis 9 eingefügt.

16.07.2014.—Artikel 12 des Gesetzes vom 8. Juli 2014 (BGBl. I S. 890) hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Die Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach den §§ 114 und 115 der Zivilprozessordnung einschließlich der in § 118 Absatz 2 und 4 der Zivilprozessordnung bezeichneten Maßnahmen, der Beurkundung von Vergleichen nach § 118 Absatz 1 Satz 3 der Zivilprozessordnung und der Entscheidungen nach § 118 Absatz 3 der Zivilprozessordnung obliegt dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des jeweiligen Rechtszugs, wenn der Vorsitzende ihm das Verfahren nach Maßgabe des Landesrechts insoweit überträgt; liegen die Voraussetzungen für die Bewilligung der Prozesskostenhilfe hiernach nicht vor, erlässt der Urkundsbeamte die den Antrag ablehnende Entscheidung; andernfalls vermerkt der Urkundsbeamte in den Prozessakten, dass dem Antragsteller nach seinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen Prozesskostenhilfe gewährt werden kann und in welcher Höhe gegebenenfalls Monatsraten oder Beträge aus dem Vermögen zu zahlen sind.“

(2a) Kommt nach Absatz 2 erste Alternative die Beiladung von mehr als 20 Personen in Betracht, kann das Gericht durch Beschluss anordnen, dass nur solche Personen beigeladen werden, die dies innerhalb einer bestimmten Frist beantragen. Der Beschluss ist unanfechtbar. Er ist im Bundesanzeiger bekannt zu machen. Er muss außerdem in im gesamten Bundesgebiet verbreiteten Tageszeitungen veröffentlicht werden. Die Bekanntmachung kann zusätzlich in einem von dem Gericht für Bekanntmachungen bestimmten Informations- und Kommunikationssystem erfolgen. Die Frist muss mindestens drei Monate seit der Bekanntgabe betragen. Es ist jeweils anzugeben, an welchem Tag die Antragsfrist abläuft. Für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Fristversäumnis gilt § 67 entsprechend. Das Gericht soll Personen, die von der Entscheidung erkennbar in besonderem Maße betroffen werden, auch ohne Antrag beiladen.

(3) Der Beiladungsbeschluss ist allen Beteiligten zuzustellen. Dabei sollen der Stand der Sache und der Grund der Beiladung angegeben werden. Der Beschluss, den Dritten beizuladen, ist unanfechtbar.

(4) Der Beigeladene kann innerhalb der Anträge der anderen Beteiligten selbständig Angriffs- und Verteidigungsmittel geltend machen und alle Verfahrenshandlungen wirksam vornehmen. Abweichende Sachanträge kann er nur dann stellen, wenn eine Beiladung nach Absatz 2 vorliegt.

(5) Ein Versicherungsträger, ein Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ein Träger der Sozialhilfe, ein Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder in Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts ein Land kann nach Beiladung verurteilt werden.⁷⁸

Zweiter Unterabschnitt Beweissicherungsverfahren

§ 76

(1) Auf Gesuch eines Beteiligten kann die Einnahme des Augenscheins und die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zur Sicherung des Beweises angeordnet werden, wenn zu besorgen ist, daß das Beweismittel verlorengelange oder seine Benutzung erschwert werde, oder wenn der gegenwärtige Zustand einer Person oder einer Sache festgestellt werden soll und der Antragsteller ein berechtigtes Interesse an dieser Feststellung hat.

(2) Das Gesuch ist bei dem für die Hauptsache zuständigen Sozialgericht anzubringen. In Fällen dringender Gefahr kann das Gesuch bei einem anderen Sozialgericht oder einem Amtsgericht ange-

78 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 30 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 Satz 2 „der Kriegsopferversorgung“ durch „des sozialen Entschädigungsrechts“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 30 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „der Kriegsopferversorgung“ durch „des sozialen Entschädigungsrechts“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 30 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 2a eingefügt.

Artikel 1 Nr. 30 lit. d desselben Gesetzes hat in Abs. 5 „der Kriegsopferversorgung“ durch „des sozialen Entschädigungsrechts“ ersetzt.

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 5 lit. a des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Abs. 2a Satz 3 „elektronischen“ nach „im“ eingefügt.

Artikel 4 Nr. 5 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2a Satz 5 eingefügt.

01.08.2006.—Artikel 9 des Gesetzes vom 20. Juli 2006 (BGBl. I S. 1706) hat in Abs. 2 und 5 jeweils „ , ein Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ein Träger der Sozialhilfe“ nach „Versicherungsträger“ eingefügt.

01.04.2012.—Artikel 2 Abs. 33 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) hat in Abs. 2a Satz 3 „elektronischen“ nach „im“ gestrichen.

19.12.2014.—Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2187) hat in Abs. 2 und 5 jeweils „ , ein Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ nach „Sozialhilfe“ eingefügt.

01.01.2020.—Artikel 20 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 2 und 5 jeweils „einschließlich der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ nach „Sozialhilfe“ eingefügt.

bracht werden, in dessen Bezirk sich die zu vernehmenden Personen aufhalten oder sich der in Augenschein zu nehmende Gegenstand befindet.

(3) Für das Verfahren gelten die §§ 487, 490 bis 494 der Zivilprozeßordnung entsprechend.⁷⁹

Dritter Unterabschnitt Vorverfahren und einstweiliger Rechtsschutz⁸⁰

§ 77

Wird der gegen einen Verwaltungsakt gegebene Rechtsbehelf nicht oder erfolglos eingelegt, so ist der Verwaltungsakt für die Beteiligten in der Sache bindend, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

§ 78

(1) Vor Erhebung der Anfechtungsklage sind Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungsakts in einem Vorverfahren nachzuprüfen. Eines Vorverfahrens bedarf es nicht, wenn

1. ein Gesetz dies für besondere Fälle bestimmt oder
2. der Verwaltungsakt von einer obersten Bundesbehörde, einer obersten Landesbehörde oder von dem Vorstand der Bundesagentur für Arbeit erlassen worden ist, außer wenn ein Gesetz die Nachprüfung vorschreibt, oder
3. ein Land, ein Versicherungsträger oder einer seiner Verbände klagen will.

(2) (weggefallen)

(3) Für die Verpflichtungsklage gilt Absatz 1 entsprechend, wenn der Antrag auf Vornahme des Verwaltungsakts abgelehnt worden ist.⁸¹

79 ÄNDERUNGEN

01.01.1992.—Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat in Abs. 1 „einer Person oder“ nach „Zustand“ eingefügt.

80 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 31 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Überschrift des Unterabschnitts neu gefasst. Die Überschrift lautete: „Vorverfahren“.

81 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 6 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Vor Erhebung der Klage sind Verwaltungsakte in den gesetzlich vorgesehenen Fällen in einem Vorverfahren nachzuprüfen.“

29.09.1990.—Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 885) in Verbindung mit Anlage I Kapitel VIII Sachgebiet D Abschnitt II Satz 1 lit. a des Vertrages vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 889) hat Abs. 2 aufgehoben. Abs. 2 lautete:

„(2) In Angelegenheiten der Unfallversicherung, der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten und der Kriegsopferversorgung ist die Anfechtungsklage auch ohne Vorverfahren zulässig, wenn die Aufhebung oder Abänderung eines Verwaltungsakts begehrt wird, der eine Leistung betrifft, auf die ein Rechtsanspruch besteht; ist zweifelhaft, ob es sich bei einem Rechtsbehelf um einen Widerspruch oder eine Klage handelt, so ist er als Widerspruch zu behandeln, wenn er bei der Stelle eingeht, die den Verwaltungsakt erlassen hat. Hat von mehreren Berechtigten einer Widerspruch eingelegt, ein anderer unmittelbar Klage erhoben, so ist zunächst über den Widerspruch zu entscheiden.“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 32 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 „oder ein Versicherungsträger“ durch „, ein Versicherungsträger oder einer seiner Verbände“ ersetzt.

27.03.2002.—Artikel 7 des Gesetzes vom 23. März 2002 (BGBl. I S. 1130) hat in Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 „Präsidenten“ durch „Vorstand“ ersetzt.

01.01.2004.—Artikel 42 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) hat in Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 „Bundesanstalt“ durch „Bundesagentur“ ersetzt.

§ 79⁸²

§ 80⁸³

§ 81⁸⁴

§ 82⁸⁵

§ 83

Das Vorverfahren beginnt mit der Erhebung des Widerspruchs.

§ 84

(1) Der Widerspruch ist binnen eines Monats, nachdem der Verwaltungsakt dem Beschwerden bekanntgegeben worden ist, schriftlich, in elektronischer Form nach § 36a Absatz 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch oder zur Niederschrift bei der Stelle einzureichen, die den Verwaltungsakt erlassen hat. Die Frist beträgt bei Bekanntgabe im Ausland drei Monate.

(2) Die Frist zur Erhebung des Widerspruchs gilt auch dann als gewahrt, wenn die Widerspruchsschrift bei einer anderen inländischen Behörde oder bei einem Versicherungsträger oder bei

82 AUFHEBUNG

01.01.1975.—Artikel I Nr. 7 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Ein Vorverfahren findet statt, wenn mit der Klage

1. die Aufhebung eines Verwaltungsakts begehrt wird, der nicht eine Leistung betrifft, auf die ein Rechtsanspruch besteht,
2. die Verurteilung zum Erlaß eines abgelehnten Verwaltungsakts begehrt wird.“

83 ÄNDERUNGEN

01.01.1970.—Artikel 3 § 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1969 (BGBl. I S. 946) hat Nr. 3 eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.1975.—Artikel I Nr. 7 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Ein Vorverfahren findet ferner statt

1. in allen übrigen Angelegenheiten der Kranken- und Knappschaftsversicherung, der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der Kriegsopferversorgung,
2. bei Beitragsstreitigkeiten in der Unfallversicherung und in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten,
3. bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten auf Grund des Lohnfortzahlungsgesetzes (§ 51 Abs. 3).“

84 ÄNDERUNGEN

20.08.1955.—Artikel 2 Nr. 5 des Gesetzes vom 17. August 1955 (BGBl. I S. 513) hat Nr. 3 in Nr. 3 unnummeriert und Nr. 2 eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.1975.—Artikel I Nr. 7 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Ein Vorverfahren findet in den Fällen der §§ 79 und 80 nicht statt,

1. wenn ein Verwaltungsakt von einer obersten Bundesbehörde oder einer obersten Landesbehörde erlassen worden ist,
2. wenn in Angelegenheiten des Kassenarztrechts gegen Entscheidungen der Kassenärztlichen Vereinigung nach § 368m Abs. 4 der Reichsversicherungsordnung Klage erhoben werden soll,
3. wenn ein Land oder ein Versicherungsträger klagen will.“

85 AUFHEBUNG

01.01.1975.—Artikel I Nr. 7 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„In den Fällen der §§ 1107 bis 1109 der Reichsversicherungsordnung gilt das Verfahren vor dem Seemannsamt als Vorverfahren.“

einer deutschen Konsularbehörde oder, soweit es sich um die Versicherung von Seeleuten handelt, auch bei einem deutschen Seemannsamt eingegangen ist. Die Widerspruchsschrift ist unverzüglich der zuständigen Behörde oder dem zuständigen Versicherungsträger zuzuleiten, der sie der für die Entscheidung zuständigen Stelle vorzulegen hat. Im übrigen gelten die §§ 66 und 67 entsprechend.⁸⁶

§ 84a

Für das Vorverfahren gilt § 25 Abs. 4 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch nicht.⁸⁷

§ 85

(1) Wird der Widerspruch für begründet erachtet, so ist ihm abzuhelpfen.

(2) Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen, so erläßt den Widerspruchsbescheid

1. die nächsthöhere Behörde oder, wenn diese eine oberste Bundes- oder eine oberste Landesbehörde ist, die Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat,
2. in Angelegenheiten der Sozialversicherung die von der Vertreterversammlung bestimmte Stelle,
3. in Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit mit Ausnahme der Angelegenheiten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch die von dem Vorstand bestimmte Stelle,
4. in Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung die Selbstverwaltungsbehörde, soweit nicht durch Gesetz anderes bestimmt wird.

Abweichend von Satz 1 Nr. 1 ist in Angelegenheiten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und, soweit Landesrecht nichts Abweichendes vorsieht, in Angelegenheiten nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch der zuständige Träger, der den dem Widerspruch zugrunde liegenden Verwaltungsakt erlassen hat, auch für die Entscheidung über den Widerspruch zuständig; § 44b Absatz 1 Satz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt. Vorschriften, nach denen im Vorverfahren Ausschüsse oder Beiräte an die Stelle einer Behörde treten, bleiben unberührt. Die Ausschüsse oder Beiräte können abweichend von Satz 1 Nr. 1 auch bei der Behörde gebildet werden, die den Verwaltungsakt erlassen hat.

(3) Der Widerspruchsbescheid ist schriftlich zu erlassen, zu begründen und den Beteiligten bekanntzugeben. Nimmt die Behörde eine Zustellung vor, gelten die §§ 2 bis 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes. § 5 Abs. 4 des Verwaltungszustellungsgesetzes und § 178 Abs. 1 Nr. 2 der Zivilprozessordnung sind auf die nach § 73 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 9 als Bevollmächtigte zugelassenen Personen entsprechend anzuwenden. Die Beteiligten sind hierbei über die Zulässigkeit der Klage, die einzuhaltende Frist und den Sitz des zuständigen Gerichts zu belehren.

(4) Über ruhend gestellte Widersprüche kann durch eine öffentlich bekannt gegebene Allgemeinverfügung entschieden werden, wenn die den angefochtenen Verwaltungsakten zugrunde liegende Gesetzeslage durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt wurde, Widerspruchsbescheide gegenüber einer Vielzahl von Widerspruchsführern zur gleichen Zeit ergehen müssen und durch sie die Rechtsstellung der Betroffenen ausschließlich nach einem für alle identischen Maßstab verändert wird. Die öffentliche Bekanntgabe erfolgt durch Veröffentlichung der Entscheidung über den Internetauftritt der Behörde, im Bundesanzeiger und in mindestens drei über-

86 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 33 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 3 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 1 Satz 1 „ , in elektronischer Form nach § 36a Absatz 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch“ nach „schriftlich“ eingefügt.

87 QUELLE

29.09.1990.—Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 885) in Verbindung mit Anlage I Kapitel VIII Sachgebiet D Abschnitt II Satz 1 lit. b des Vertrages vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 889) hat die Vorschrift eingefügt.

regional erscheinenden Tageszeitungen. Auf die öffentliche Bekanntgabe, den Ort ihrer Bekanntgabe sowie die Klagefrist des § 87 Abs. 1 Satz 3 ist bereits in der Ruhensmitteilung hinzuweisen.⁸⁸

§ 86

Wird während des Vorverfahrens der Verwaltungsakt abgeändert, so wird auch der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Vorverfahrens; er ist der Stelle, die über den Widerspruch entscheidet, unverzüglich mitzuteilen.⁸⁹

88 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 8 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat Abs. 4 eingefügt.

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 2 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat Abs. 4 aufgehoben. Abs. 4 lautete:

„(4) Will in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2 die von der Vertreterversammlung bestimmte Stelle dem Widerspruch nicht stattgeben, so kann sie den Widerspruch dem zuständigen Sozialgericht als Klage zuleiten, wenn der Widerspruchsführer vorher schriftlich zustimmt.“

01.06.1998.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. März 1998 (BGBl. I S. 638) hat in Abs. 3 Satz 1 „zuzustellen“ durch „bekanntzustellen“ ersetzt.

01.07.2002.—Artikel 2 Abs. 17 Nr. 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2001 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 3 Satz 2 eingefügt.

01.01.2004.—Artikel 42 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) hat in Abs. 2 Nr. 3 „Bundesanstalt“ durch „Bundesagentur“ ersetzt.

01.01.2005.—Artikel 1 Nr. 14 lit. a des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat in Abs. 2 Nr. 3 „mit Ausnahme der Angelegenheiten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch“ nach „Arbeit“ eingefügt und den Punkt durch ein Komma ersetzt.

Artikel 1 Nr. 14 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 Nr. 4 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 14 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 2 bis 4 eingefügt.

31.12.2005.—Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3676) hat in Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 „Verwaltungsrat“ durch „Vorstand“ ersetzt.

01.02.2006.—Artikel 2 Abs. 4 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354) hat in Abs. 3 Satz 2 „bis 5“ durch „bis 10“ ersetzt.

Artikel 2 Abs. 4 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 Satz 3 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 4 eingefügt.

01.07.2008.—Artikel 12 Nr. 5 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat in Abs. 3 Satz 3 „Abs. 6 Satz 3 und 4“ durch „Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 9“ ersetzt.

01.01.2011.—Artikel 2 Abs. 4 des Gesetzes vom 3. August 2010 (BGBl. I S. 1112) hat in Abs. 2 Satz 2 „Abs. 3“ durch „Absatz 1“ ersetzt.

01.04.2012.—Artikel 2 Abs. 33 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) hat in Abs. 4 Satz 2 „elektronischen“ nach „im“ gestrichen.

01.01.2013.—Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2783) hat in Abs. 2 Satz 2 „und, soweit Landesrecht nichts Abweichendes vorsieht, in Angelegenheiten nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ nach „dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch“ eingefügt.

89 ÄNDERUNGEN

01.01.1954.—Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 10. August 1954 (BGBl. I S. 239) hat in Abs. 2 „in der Sozialversicherung“ nach „betreffen oder“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 6 desselben Gesetzes hat Abs. 3 eingefügt.

11.10.1972.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1393) hat Abs. 4 eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 34 lit. b des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 2 bis 4 aufgehoben. Abs. 2 bis 4 lauteten:

„(2) Der Widerspruch gegen Verwaltungsakte, welche die Kapitalabfindung von Versicherungsansprüchen oder die Rückforderung von Beiträgen oder sonstigen Leistungen betreffen oder in der Sozialversicherung eine laufende Leistung entziehen, hat aufschiebende Wirkung.

(3) Wird in Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung oder der Bundesanstalt für Arbeit gegen einen Verwaltungsakt, der eine laufende Leistung entzieht, Widerspruch erhoben, so können die in § 85 Abs. 2 Nr. 1 und 3 genannten Verwaltungsbehörden und Stellen auf Antrag des Beschwerdeführers den Voll-

§ 86a

(1) Widerspruch und Anfechtungsklage haben aufschiebende Wirkung. Das gilt auch bei rechts-gestaltenden und feststellenden Verwaltungsakten sowie bei Verwaltungsakten mit Drittwirkung.

(2) Die aufschiebende Wirkung entfällt

1. bei der Entscheidung über Versicherungs-, Beitrags- und Umlagepflichten sowie der Anforderung von Beiträgen, Umlagen und sonstigen öffentlichen Abgaben einschließlich der darauf entfallenden Nebenkosten,
2. in Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts und der Bundesagentur für Arbeit bei Verwaltungsakten, die eine laufende Leistung entziehen oder herabsetzen,
3. für die Anfechtungsklage in Angelegenheiten der Sozialversicherung bei Verwaltungsakten, die eine laufende Leistung herabsetzen oder entziehen,
4. in anderen durch Bundesgesetz vorgeschriebenen Fällen,
5. in Fällen, in denen die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten ist und die Stelle, die den Verwaltungsakt erlassen oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, die sofortige Vollziehung mit schriftlicher Begründung des besonderen Interesses an der sofortigen Vollziehung anordnet.

(3) In den Fällen des Absatzes 2 kann die Stelle, die den Verwaltungsakt erlassen oder die über den Widerspruch zu entscheiden hat, die sofortige Vollziehung ganz oder teilweise aussetzen. In den Fällen des Absatzes 2 Nr. 1 soll die Aussetzung der Vollziehung erfolgen, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des angegriffenen Verwaltungsaktes bestehen oder wenn die Vollziehung für den Abgaben- oder Kostenpflichtigen eine unbillige, nicht durch überwiegende öffentliche Interessen gebotene Härte zur Folge hätte. In den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2 ist in Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts die nächsthöhere Behörde zuständig, es sei denn, diese ist eine oberste Bundes- oder eine oberste Landesbehörde. Die Entscheidung kann mit Auflagen versehen oder befristet werden. Die Stelle kann die Entscheidung jederzeit ändern oder aufheben.

(4) Die aufschiebende Wirkung entfällt, wenn eine Erlaubnis nach Artikel 1 § 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2001 (BGBl. I S. 1852) geändert worden ist, aufgehoben oder nicht verlängert wird. Absatz 3 gilt entsprechend.⁹⁰

§ 86b

(1) Das Gericht der Hauptsache kann auf Antrag

1. in den Fällen, in denen Widerspruch oder Anfechtungsklage aufschiebende Wirkung haben, die sofortige Vollziehung ganz oder teilweise anordnen,
2. in den Fällen, in denen Widerspruch oder Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung haben, die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen,
3. in den Fällen des § 86a Abs. 3 die sofortige Vollziehung ganz oder teilweise wiederherstellen.

Ist der Verwaltungsakt im Zeitpunkt der Entscheidung schon vollzogen oder befolgt worden, kann das Gericht die Aufhebung der Vollziehung anordnen. Die Wiederherstellung der aufschiebenden

zug einstweilen ganz oder teilweise aussetzen. Wird die Aussetzung abgelehnt, so wird dieser Verwaltungsakt Gegenstand des Vorverfahrens.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend, wenn eine Erlaubnis nach Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung zurückgenommen, widerrufen oder nicht verlängert wird.“

90 QUELLE

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 35 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2004.—Artikel 42 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) hat in Abs. 2 Nr. 2 „Bundesanstalt“ durch „Bundesagentur“ ersetzt.

Wirkung oder die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann mit Auflagen versehen oder befristet werden. Das Gericht der Hauptsache kann auf Antrag die Maßnahmen jederzeit ändern oder aufheben.

(2) Soweit ein Fall des Absatzes 1 nicht vorliegt, kann das Gericht der Hauptsache auf Antrag eine einstweilige Anordnung in Bezug auf den Streitgegenstand treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine Veränderung des bestehenden Zustands die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte. Einstweilige Anordnungen sind auch zur Regelung eines vorläufigen Zustands in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis zulässig, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nötig erscheint. Das Gericht der Hauptsache ist das Gericht des ersten Rechtszugs und, wenn die Hauptsache im Berufungsverfahren anhängig ist, das Berufungsgericht. Die §§ 920, 921, 923, 926, 928, 929 Absatz 1 und 3, die §§ 930 bis 932, 938, 939 und 945 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.

(3) Die Anträge nach den Absätzen 1 und 2 sind schon vor Klageerhebung zulässig.

(4) Das Gericht entscheidet durch Beschluss.⁹¹

Vierter Unterabschnitt Verfahren im ersten Rechtszug

§ 87

(1) Die Klage ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zu erheben. Die Frist beträgt bei Bekanntgabe im Ausland drei Monate. Bei einer öffentlichen Bekanntgabe nach § 85 Abs. 4 beträgt die Frist ein Jahr. Die Frist beginnt mit dem Tag zu laufen, an dem seit dem Tag der letzten Veröffentlichung zwei Wochen verstrichen sind.

(2) Hat ein Vorverfahren stattgefunden, so beginnt die Frist mit der Bekanntgabe des Widerspruchsbescheids.⁹²

§ 88

(1) Ist ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsakts ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht beschieden worden, so ist die Klage nicht vor Ablauf von sechs Monaten seit dem Antrag auf Vornahme des Verwaltungsakts zulässig. Liegt ein zureichender Grund dafür vor, daß der beantragte Verwaltungsakt noch nicht erlassen ist, so setzt das Gericht das Verfahren bis zum Ablauf einer von ihm bestimmten Frist aus, die verlängert werden kann. Wird innerhalb dieser Frist dem Antrag stattgegeben, so ist die Hauptsache für erledigt zu erklären.

(2) Das gleiche gilt, wenn über einen Widerspruch nicht entschieden worden ist, mit der Maßgabe, daß als angemessene Frist eine solche von drei Monaten gilt.⁹³

91 QUELLE

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 35 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 8 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat in Abs. 2 Satz 4 „§§ 920, 921, 923, 926, 928“ durch „§§ 920, 921, 923, 926, 928, 929 Absatz 1 und 3, die §§ 930“ ersetzt.

92 ÄNDERUNGEN

01.01.2000.—Artikel 8 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2626) hat in Abs. 2 „Zustellung“ durch „Bekanntgabe“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 36 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Klage ist binnen eines Monats nach Zustellung oder, wenn nicht zugestellt wird, nach Bekanntgabe des Verwaltungsakts zu erheben. Die Frist beträgt bei Zustellung oder Bekanntgabe außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes drei Monate.“

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 14 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 1 Satz 3 und 4 eingefügt.

§ 89

Die Klage ist an keine Frist gebunden, wenn die Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsakts oder die Feststellung des zuständigen Versicherungsträgers oder die Vornahme eines unterlassenen Verwaltungsakts begehrt wird.

§ 90

Die Klage ist bei dem zuständigen Gericht der Sozialgerichtsbarkeit schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erheben.⁹⁴

§ 91

(1) Die Frist für die Erhebung der Klage gilt auch dann als gewahrt, wenn die Klageschrift innerhalb der Frist statt bei dem zuständigen Gericht der Sozialgerichtsbarkeit bei einer anderen inländischen Behörde oder bei einem Versicherungsträger oder bei einer deutschen Konsularbehörde oder, soweit es sich um die Versicherung von Seeleuten handelt, auch bei einem deutschen Seemannsamt im Ausland eingegangen ist.

(2) Die Klageschrift ist unverzüglich an das zuständige Gericht der Sozialgerichtsbarkeit abzugeben.

§ 92

(1) Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Zur Bezeichnung des Beklagten genügt die Angabe der Behörde. Die Klage soll einen bestimmten Antrag enthalten und von dem Kläger oder einer zu seiner Vertretung befugten Person mit Orts- und Zeitangabe unterzeichnet sein. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Verfügung und der Widerspruchsbescheid sollen in Abschrift beigefügt werden.

(2) Entspricht die Klage diesen Anforderungen nicht, hat der Vorsitzende den Kläger zu der erforderlichen Ergänzung innerhalb einer bestimmten Frist aufzufordern. Er kann dem Kläger für die Ergänzung eine Frist mit ausschließender Wirkung setzen, wenn es an einem der in Absatz 1 Satz 1 genannten Erfordernisse fehlt. Für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt § 67 entsprechend.⁹⁵

93 ÄNDERUNGEN

01.01.1977.—Artikel 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2437) hat Satz 2 in Abs. 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Die Klage kann nur bis zum Ablauf eines Jahres seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, es sei denn, daß die Einlegung des Rechtsbehelfs vor Ablauf der Jahresfrist infolge höherer Gewalt unmöglich war oder unter den besonderen Verhältnissen des einzelnen Falles unterblieben ist.“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 37 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 2 „in Angelegenheiten der Krankenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit eine Frist von einem Monat, im übrigen“ nach „Frist“ gestrichen.

94 ÄNDERUNGEN

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

95 ÄNDERUNGEN

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Die Klage soll die Beteiligten und den Streitgegenstand bezeichnen und einen bestimmten Antrag enthalten. Sie soll den angefochtenen Verwaltungsakt oder den Widerspruchsbescheid bezeichnen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben und von dem Kläger oder einer zu seiner Vertretung befugten Person mit Orts- und Tagesangabe unterzeichnet sein.“

01.07.2014.—Artikel 4 Nr. 5 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat in Abs. 1 Satz 4 „in Urschrift oder“ nach „sollen“ gestrichen.

§ 93

Der Klageschrift, den sonstigen Schriftsätzen und nach Möglichkeit den Unterlagen sind vorbehaltlich des § 65a Absatz 5 Satz 3 Abschriften für die Beteiligten beizufügen. Sind die erforderlichen Abschriften nicht eingereicht, so fordert das Gericht sie nachträglich an oder fertigt sie selbst an. Die Kosten für die Anfertigung können von dem Kläger eingezogen werden.⁹⁶

§ 94

Durch die Erhebung der Klage wird die Streitsache rechtshängig. In Verfahren nach dem Siebzehnten Titel des Gerichtsverfassungsgesetzes wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens wird die Streitsache erst mit Zustellung der Klage rechtshängig.⁹⁷

§ 95

Hat ein Vorverfahren stattgefunden, so ist Gegenstand der Klage der ursprüngliche Verwaltungsakt in der Gestalt, die er durch den Widerspruchsbescheid gefunden hat.

§ 96

(1) Nach Klageerhebung wird ein neuer Verwaltungsakt nur dann Gegenstand des Klageverfahrens, wenn er nach Erlass des Widerspruchsbescheides ergangen ist und den angefochtenen Verwaltungsakt abändert oder ersetzt.

(2) Eine Abschrift des neuen Verwaltungsakts ist dem Gericht mitzuteilen, bei dem das Verfahren anhängig ist.⁹⁸

§ 97⁹⁹

96 ÄNDERUNGEN

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 6 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Satz 1 „vorbehaltlich des § 65a Abs. 2 Satz 2“ nach „sind“ eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 4 Nr. 6 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat in Satz 1 „Abs. 2 Satz 2“ durch „Absatz 5 Satz 3“ ersetzt.

97 ÄNDERUNGEN

01.01.1991.—Artikel 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat Abs. 2 und 3 aufgehoben. Abs. 2 und 3 lauteten:

„(2) Wenn die Streitsache schon bei einem Gericht der Sozialgerichtsbarkeit rechtshängig ist, so ist eine neue Klage während der Rechtshängigkeit unzulässig.

(3) Die Zuständigkeit des Gerichts wird durch eine Veränderung der sie begründenden Umstände nach Eintritt der Rechtshängigkeit nicht berührt.“

15.10.2016.—Artikel 6 Nr. 1 lit. b des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222) hat Satz 2 eingefügt.

98 ÄNDERUNGEN

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Wird nach Klageerhebung der Verwaltungsakt durch einen neuen abgeändert oder ersetzt, so wird auch der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Verfahrens.“

99 ÄNDERUNGEN

20.08.1955.—Artikel 2 Nr. 6 des Gesetzes vom 17. August 1955 (BGBl. I S. 513) hat Abs. 1 Nr. 4 eingefügt.

Artikel 2 Nr. 7 desselben Gesetzes hat Abs. 3 eingefügt.

10.08.1967.—Artikel 2 § 4 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 3. August 1967 (BGBl. I S. 845) hat in Abs. 1 Nr. 4 den Punkt durch ein Komma ersetzt und Abs. 1 Nr. 5 eingefügt.

Artikel 2 § 4 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 4 eingefügt.

11.10.1972.—Artikel 2 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1393) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

Artikel 2 Nr. 3 desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 3 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.“

01.01.1975.—Artikel I Nr. 9 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat Satz 2 in Abs. 4 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.“

01.07.1977.—Artikel II § 12 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3845) hat in Abs. 1 Nr. 5 den Punkt durch ein Komma ersetzt und Abs. 1 Nr. 6 eingefügt.

Artikel II § 12 Nr. 2 desselben Gesetzes hat Satz 1 in Abs. 3 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Im Falle des Absatzes 1 Nr. 4 kann das Gericht auf Antrag nach Anhörung der übrigen Beteiligten die Vollziehung der angefochtenen Entscheidung anordnen oder eine angeordnete Vollziehung aussetzen.“

01.01.1989.—Artikel 32 Nr. 7 lit. a des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 1988) hat in Abs. 1 Nr. 4 „(§ 368b Abs. 4 Reichsversicherungsordnung)“ durch „(§ 96 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch)“ ersetzt.

Artikel 32 Nr. 7 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Nr. 5 „(§ 6 Abs. 4, § 15 Abs. 3 Satz 2 Selbstverwaltungsgesetz, § 414d Reichsversicherungsordnung)“ vor „begehrt“ gestrichen.

01.01.1993.—Artikel 15 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2266) hat in Abs. 1 Nr. 6 „; die aufschiebende Wirkung entfällt in den Fällen, in denen die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten von der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, besonders angeordnet wird“ am Ende eingefügt.

Artikel 15 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 1 „In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 4 und 6“ durch „Im Falle des Absatzes 1 Nr. 4“ ersetzt.

Artikel 15 Nr. 1 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 5 eingefügt.

AUFHEBUNG

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 38 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Klage hat aufschiebende Wirkung

1. bei Kapitalabfindungen von Versicherungsansprüchen,
2. bei der Rückforderung von Leistungen,
3. wenn die Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsakts begehrt wird,
4. wenn die Aufhebung einer Entscheidung in Zulassungssachen (§ 96 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) begehrt wird und die sofortige Vollziehung von dem Berufungsausschuß nicht angeordnet worden ist,
5. wenn die Aufhebung eines Beschlusses über die Entbindung vom Amt oder die Amtsenthebung des Mitglieds eines Organs, eines Stellvertreters eines Organmitglieds, eines Geschäftsführers oder des Stellvertreters eines Geschäftsführers begehrt wird; eine von dem zuständigen Organ angeordnete sofortige Vollziehung wird von der aufschiebenden Wirkung nicht berührt,
6. wenn die Aufhebung einer Entscheidung der Aufsichtsbehörde begehrt wird, durch die der Versicherungsträger verpflichtet worden ist, eine Rechtsverletzung zu beheben (§ 89 Abs. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch); die aufschiebende Wirkung entfällt in den Fällen, in denen die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten von der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, besonders angeordnet wird.

(2) Wird ein Verwaltungsakt angefochten, der eine laufende Leistung herabsetzt oder entzieht, so kann das Gericht auf Antrag des Klägers nach Anhörung des Beklagten anordnen, daß der Vollzug des Verwaltungsakts einstweilen ganz oder teilweise ausgesetzt wird. Dasselbe gilt, wenn ein Verwaltungsakt angefochten wird, mit dem eine Erlaubnis nach Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung zurückgenommen, widerrufen oder nicht verlängert wird. Die Anordnung kann von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht und jederzeit aufgehoben werden. Sie kann nur mit der Entscheidung in der Hauptsache angefochten werden.

(3) Im Falle des Absatzes 1 Nr. 4 kann das Gericht auf Antrag nach Anhörung der übrigen Beteiligten die Vollziehung der angefochtenen Entscheidung anordnen oder eine angeordnete Vollziehung aussetzen. Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend.

(4) Im Falle des Absatzes 1 Nr. 5 kann das Gericht auf Antrag nach Anhörung der Beteiligten eine angeordnete Vollziehung aussetzen. Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend.

§ 98

Für die sachliche und örtliche Zuständigkeit gelten die §§ 17, 17a und 17b Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend. Beschlüsse entsprechend § 17a Abs. 2 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes sind unanfechtbar.¹⁰⁰

§ 99

(1) Eine Änderung der Klage ist nur zulässig, wenn die übrigen Beteiligten einwilligen oder das Gericht die Änderung für sachdienlich hält.

(2) Die Einwilligung der Beteiligten in die Änderung der Klage ist anzunehmen, wenn sie sich, ohne der Änderung zu widersprechen, in einem Schriftsatz oder in einer mündlichen Verhandlung auf die abgeänderte Klage eingelassen haben.

(3) Als eine Änderung der Klage ist es nicht anzusehen, wenn ohne Änderung des Klagegrunds

1. die tatsächlichen oder rechtlichen Ausführungen ergänzt oder berichtigt werden,
2. der Klageantrag in der Hauptsache oder in bezug auf Nebenforderungen erweitert oder beschränkt wird,
3. statt der ursprünglich geforderten Leistung wegen einer später eingetretenen Veränderung eine andere Leistung verlangt wird.

(4) Die Entscheidung, daß eine Änderung der Klage nicht vorliege oder zuzulassen sei, ist unanfechtbar.

§ 100

Bei dem Gericht der Klage kann eine Widerklage erhoben werden, wenn der Gegenanspruch mit dem in der Klage geltend gemachten Anspruch oder mit den gegen ihn vorgebrachten Verteidigungsmitteln zusammenhängt.

§ 101

(1) Um den geltend gemachten Anspruch vollständig oder zum Teil zu erledigen, können die Beteiligten zu Protokoll des Gerichts oder des Vorsitzenden oder des beauftragten oder ersuchten Richters einen Vergleich schließen, soweit sie über den Gegenstand der Klage verfügen können. Ein gerichtlicher Vergleich kann auch dadurch geschlossen werden, dass die Beteiligten einen in der Form eines Beschlusses ergangenen Vorschlag des Gerichts, des Vorsitzenden oder des Berichterstatters schriftlich gegenüber dem Gericht annehmen.

(5) Im Falle des Absatzes 1 Nr. 6 ist das besondere Interesse an der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts schriftlich zu begründen. Auf Antrag kann das Gericht der Hauptsache die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise wiederherstellen. Der Antrag ist schon vor Erhebung der Anfechtungsklage zulässig. Ist der Verwaltungsakt im Zeitpunkt der Entscheidung schon vollzogen, so kann das Gericht die Aufhebung der Vollziehung anordnen. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung kann von der Leistung einer Sicherheit oder von anderen Auflagen abhängig gemacht werden. Beschlüsse über solche Anträge können jederzeit geändert oder aufgehoben werden.“

100 ÄNDERUNGEN

01.01.1991.—Artikel 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Hält sich das angerufene Gericht für örtlich oder sachlich unzuständig, so hat es sich auf Antrag des Klägers, sofern das zuständige Gericht der Sozialgerichtsbarkeit bestimmt werden kann, durch Beschluß für unzuständig zu erklären und den Rechtsstreit an das zuständige Gericht der Sozialgerichtsbarkeit zu verweisen.

(2) Der Beschluß ist unanfechtbar. Er ist für das im Beschluß bezeichnete Gericht bindend. Die Wirkungen der Rechtshängigkeit bleiben bestehen.

(3) Soweit im Verfahren vor dem angegangenen Gericht Kosten entstanden sind, werden sie als Teil der Kosten behandelt, die bei dem im Beschluß bezeichneten Gericht entstehen.“

(2) Das angenommene Anerkenntnis des geltend gemachten Anspruchs erledigt insoweit den Rechtsstreit in der Hauptsache.¹⁰¹

§ 102

(1) Der Kläger kann die Klage bis zur Rechtskraft des Urteils zurücknehmen. Die Klagerücknahme erledigt den Rechtsstreit in der Hauptsache.

(2) Die Klage gilt als zurückgenommen, wenn der Kläger das Verfahren trotz Aufforderung des Gerichts länger als drei Monate nicht betreibt. Absatz 1 gilt entsprechend. Der Kläger ist in der Aufforderung auf die sich aus Satz 1 und gegebenenfalls aus § 197a Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 155 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung ergebenden Rechtsfolgen hinzuweisen.

(3) Ist die Klage zurückgenommen oder gilt sie als zurückgenommen, so stellt das Gericht das Verfahren auf Antrag durch Beschluss ein und entscheidet über Kosten, soweit diese entstanden sind. Der Beschluss ist unanfechtbar.¹⁰²

§ 103

Das Gericht erforscht den Sachverhalt von Amts wegen; die Beteiligten sind dabei heranzuziehen. Es ist an das Vorbringen und die Beweisanträge der Beteiligten nicht gebunden.¹⁰³

§ 104

Der Vorsitzende übermittelt eine Abschrift der Klage an die übrigen Beteiligten; in Verfahren nach dem Siebzehnten Teil des Gerichtsverfassungsgesetzes wegen eines überlangten Gerichtsverfahrens ist die Klage zuzustellen. Zugleich mit der Zustellung oder Mitteilung ergeht die Aufforderung, sich schriftlich zu äußern; § 90 gilt entsprechend. Für die Äußerung kann eine Frist gesetzt werden, die nicht kürzer als ein Monat sein soll. Die Aufforderung muß den Hinweis enthalten, daß auch verhandelt und entschieden werden kann, wenn die Äußerung nicht innerhalb der Frist eingeht. Soweit das Gericht die Übersendung von Verwaltungsakten anfordert, soll diese binnen eines Monats nach Eingang der Aufforderung bei dem zuständigen Verwaltungsträger erfolgen. Die Übersendung einer beglaubigten Abschrift oder einer beglaubigten elektronischen Abschrift, die mit einer qualifizierten elektronischen Signatur des zuständigen Verwaltungsträgers versehen ist, steht der Übersendung der Originalverwaltungsakten gleich, sofern nicht das Gericht die Übersendung der Originalverwaltungsakten wünscht.¹⁰⁴

101 ÄNDERUNGEN

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 9 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 1 Satz 1 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

102 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 39 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Der Kläger kann die Klage bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung zurücknehmen.“

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 17 lit. b des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Satz 3 aufgehoben. Satz 3 lautete: „Auf Antrag ist diese Wirkung durch Beschluß auszusprechen und, soweit Kosten entstanden sind, über diese zu entscheiden.“

Artikel 1 Nr. 17 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 2 und 3 eingefügt.

103 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 10 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Das Gericht erforscht den Sachverhalt von Amts wegen. Es ist an das Vorbringen und die Beweisanträge der Beteiligten nicht gebunden.“

104 ÄNDERUNGEN

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 7 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Satz 1 „übersendet“ durch „übermittelt“ ersetzt.

§ 105

(1) Das Gericht kann ohne mündliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid entscheiden, wenn die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist und der Sachverhalt geklärt ist. Die Beteiligten sind vorher zu hören. Die Vorschriften über Urteile gelten entsprechend.

(2) Die Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Zustellung des Gerichtsbescheids das Rechtsmittel einlegen, das zulässig wäre, wenn das Gericht durch Urteil entschieden hätte. Ist die Berufung nicht gegeben, kann mündliche Verhandlung beantragt werden. Wird sowohl ein Rechtsmittel eingelegt als auch mündliche Verhandlung beantragt, findet mündliche Verhandlung statt.

(3) Der Gerichtsbescheid wirkt als Urteil; wird rechtzeitig mündliche Verhandlung beantragt, gilt er als nicht ergangen.

(4) Wird mündliche Verhandlung beantragt, kann das Gericht in dem Urteil von einer weiteren Darstellung des Tatbestandes und der Entscheidungsgründe absehen, soweit es der Begründung des Gerichtsbescheids folgt und dies in seiner Entscheidung feststellt.¹⁰⁵

§ 106

(1) Der Vorsitzende hat darauf hinzuwirken, daß Formfehler beseitigt, unklare Anträge erläutert, sachdienliche Anträge gestellt, ungenügende Angaben tatsächlicher Art ergänzt sowie alle für die Feststellung und Beurteilung des Sachverhalts wesentlichen Erklärungen abgegeben werden.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 18 lit. a des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Satz 2 „; § 90 gilt entsprechend“ am Ende eingefügt.

Artikel 1 Nr. 18 lit. b desselben Gesetzes hat die Sätze 5 und 6 eingefügt.

15.10.2016.—Artikel 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222) hat in Satz 1 „; in Verfahren nach dem Siebzehnten Titel des Gerichtsverfassungsgesetzes wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens ist die Klage zuzustellen“ am Ende eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 6 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Satz 6 „oder einer beglaubigten elektronischen Abschrift, die mit einer qualifizierten elektronischen Signatur des zuständigen Verwaltungsträgers versehen ist,“ nach „Abschrift“ eingefügt.

105 ÄNDERUNGEN

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 3 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Erweist sich die Klage als unzulässig oder als offenbar unbegründet, so kann sie der Vorsitzende bis zur Anberaumung der mündlichen Verhandlung durch einen Vorbescheid mit Gründen abweisen.“

(2) Die Beteiligten können binnen eines Monats nach Zustellung des Vorbescheids mündliche Verhandlung beantragen. Wird der Antrag rechtzeitig gestellt, so gilt der Vorbescheid als nicht ergangen; andernfalls steht er einem rechtskräftigen Urteil gleich.“

01.03.1998.—Artikel 15 Abs. 3 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) und Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. März 1998 (BGBl. I S. 638) haben die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Das Gericht kann ohne mündliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid entscheiden, wenn die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist und der Sachverhalt geklärt ist. Die Beteiligten sind vorher zu hören. Die Vorschriften über Urteile gelten entsprechend.“

(2) Die Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Zustellung des Gerichtsbescheides das Rechtsmittel einlegen, das zulässig wäre, wenn das Gericht durch Urteil entschieden hätte. Ist die Berufung nicht gegeben, kann mündliche Verhandlung beantragt werden. Wird sowohl ein Rechtsmittel eingelegt als auch mündliche Verhandlung beantragt, findet mündliche Verhandlung statt.

(3) Der Gerichtsbescheid wirkt als Urteil; wird rechtzeitig mündliche Verhandlung beantragt, gilt er als nicht ergangen.

(4) Wird mündliche Verhandlung beantragt, kann das Gericht in dem Urteil von einer weiteren Darstellung des Tatbestandes und der Entscheidungsgründe absehen, soweit es der Begründung des Gerichtsbescheides folgt und dies in seiner Entscheidung feststellt.“

(2) Der Vorsitzende hat bereits vor der mündlichen Verhandlung alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um den Rechtsstreit möglichst in einer mündlichen Verhandlung zu erledigen.

(3) Zu diesem Zweck kann er insbesondere

1. um Mitteilung von Urkunden sowie um Übermittlung elektronischer Dokumente ersuchen,
2. Krankenpapiere, Aufzeichnungen, Krankengeschichten, Sektions- und Untersuchungsbefunde sowie Röntgenbilder beziehen,
3. Auskünfte jeder Art einholen,
4. Zeugen und Sachverständige in geeigneten Fällen vernehmen oder, auch eidlich, durch den ersuchten Richter vernehmen lassen,
5. die Einnahme des Augenscheins sowie die Begutachtung durch Sachverständige anordnen und ausführen,
6. andere beiladen,
7. einen Termin anberaumen, das persönliche Erscheinen der Beteiligten hierzu anordnen und den Sachverhalt mit diesen erörtern.

(4) Für die Beweisaufnahme gelten die §§ 116, 118 und 119 entsprechend.¹⁰⁶

§ 106a

(1) Der Vorsitzende kann dem Kläger eine Frist setzen zur Angabe der Tatsachen, durch deren Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung im Verwaltungsverfahren er sich beschwert fühlt.

(2) Der Vorsitzende kann einem Beteiligten unter Fristsetzung aufgeben, zu bestimmten Vorgängen

1. Tatsachen anzugeben oder Beweismittel zu bezeichnen,
2. Urkunden oder andere bewegliche Sachen vorzulegen sowie elektronische Dokumente zu übermitteln, soweit der Beteiligte dazu verpflichtet ist.

(3) Das Gericht kann Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf einer nach den Absätzen 1 und 2 gesetzten Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn

1. ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde und
2. der Beteiligte die Verspätung nicht genügend entschuldigt und
3. der Beteiligte über die Folgen einer Fristversäumung belehrt worden ist.

Der Entschuldigungsgrund ist auf Verlangen des Gerichts glaubhaft zu machen. Satz 1 gilt nicht, wenn es mit geringem Aufwand möglich ist, den Sachverhalt auch ohne Mitwirkung des Beteiligten zu ermitteln.¹⁰⁷

§ 107

Den Beteiligten ist nach Anordnung des Vorsitzenden entweder eine Abschrift des Protokolls der Beweisaufnahme oder deren Inhalt mitzuteilen.¹⁰⁸

106 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat Abs. 3 Nr. 7 eingefügt.

01.01.1975.—Artikel I Nr. 11 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat Nr. 4 in Abs. 3 neu gefasst. Nr. 4 lautete:

„4. Zeugen und Sachverständige, auch eidlich, durch den ersuchten Richter vernehmen lassen,“.

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 8 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Abs. 3 Nr. 1 „sowie um Übermittlung elektronischer Dokumente“ nach „Urkunden“ eingefügt.

107 QUELLE

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 19 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat die Vorschrift eingefügt.

108 ÄNDERUNGEN

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 7 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat „der Niederschrift“ durch „des Protokolls“ ersetzt.

§ 108

Die Beteiligten können zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlung Schriftsätze einreichen. Die Schriftsätze sind den übrigen Beteiligten von Amts wegen mitzuteilen.

§ 108a¹⁰⁹

§ 109

(1) Auf Antrag des Versicherten, des behinderten Menschen, des Versorgungsberechtigten oder Hinterbliebenen muß ein bestimmter Arzt gutachtlich gehört werden. Die Anhörung kann davon abhängig gemacht werden, daß der Antragsteller die Kosten vorschießt und vorbehaltlich einer anderen Entscheidung des Gerichts endgültig trägt.

(2) Das Gericht kann einen Antrag ablehnen, wenn durch die Zulassung die Erledigung des Rechtsstreits verzögert werden würde und der Antrag nach der freien Überzeugung des Gerichts in der Absicht, das Verfahren zu verschleppen, oder aus grober Nachlässigkeit nicht früher vorgebracht worden ist.¹¹⁰

§ 110

(1) Der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit der mündlichen Verhandlung und teilt sie den Beteiligten in der Regel zwei Wochen vorher mit. Die Beteiligten sind darauf hinzuweisen, daß im Falle ihres Ausbleibens nach Lage der Akten entschieden werden kann.

(2) Das Gericht kann Sitzungen auch außerhalb des Gerichtssitzes abhalten, wenn dies zur sachdienlichen Erledigung notwendig ist.

(3) § 227 Abs. 3 Satz 1 der Zivilprozeßordnung ist nicht anzuwenden.¹¹¹

109 QUELLE

01.08.2001.—Artikel 7 Nr. 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2001 (BGBl. I S. 1542) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 9 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Soweit für vorbereitende Schriftsätze und deren Anlagen, für Anträge und Erklärungen der Parteien sowie für Auskünfte, Aussagen, Gutachten und Erklärungen Dritter die Schriftform vorgesehen ist, genügt dieser Form die Aufzeichnung als elektronisches Dokument, wenn dieses für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet ist. Die verantwortende Person soll das Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen.

(2) Die Bundesregierung und die Landesregierungen bestimmen für ihren Bereich durch Rechtsverordnung den Zeitpunkt, von dem an elektronische Dokumente bei den Gerichten eingereicht werden können, sowie die für die Bearbeitung der Dokumente geeignete Form. Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die für die Sozialgerichtsbarkeit zuständigen obersten Landesbehörden übertragen. Die Zulassung der elektronischen Form kann auf einzelne Gerichte oder Verfahren beschränkt werden.

(3) Ein elektronisches Dokument ist eingereicht, sobald die für den Empfang bestimmte Einrichtung des Gerichts es aufgezeichnet hat.“

110 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 40 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 Satz 1 „des Behinderten,“ nach „des Versicherten,“ eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 20 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 1 Satz 1 „Behinderten“ durch „behinderten Menschen“ ersetzt.

111 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat Satz 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Die Beteiligten sind darauf hinzuweisen, daß auch im Falle ihres Ausbleibens verhandelt und entschieden werden kann.“

01.01.1977.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2437) hat Abs. 2 eingefügt.

§ 110a

(1) Das Gericht kann den Beteiligten, ihren Bevollmächtigten und Beiständen auf Antrag oder von Amts wegen gestatten, sich während einer mündlichen Verhandlung an einem anderen Ort aufzuhalten und dort Verfahrenshandlungen vorzunehmen. Die Verhandlung wird zeitgleich in Bild und Ton an diesen Ort und in das Sitzungszimmer übertragen.

(2) Das Gericht kann auf Antrag gestatten, dass sich ein Zeuge oder ein Sachverständiger während einer Vernehmung an einem anderen Ort aufhält. Die Vernehmung wird zeitgleich in Bild und Ton an diesen Ort und in das Sitzungszimmer übertragen. Ist Beteiligten, Bevollmächtigten und Beiständen nach Absatz 1 Satz 1 gestattet worden, sich an einem anderen Ort aufzuhalten, so wird die Vernehmung auch an diesen Ort übertragen.

(3) Die Übertragung wird nicht aufgezeichnet. Entscheidungen nach Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 sind unanfechtbar.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten entsprechend für Erörterungstermine (§ 106 Absatz 3 Nummer 7).¹¹²

§ 111

(1) Der Vorsitzende kann das persönliche Erscheinen eines Beteiligten zur mündlichen Verhandlung anordnen sowie Zeugen und Sachverständige laden. Auf die Folgen des Ausbleibens ist dabei hinzuweisen.

(2) Die Ladung von Zeugen und Sachverständigen ist den Beteiligten bei der Mitteilung des Termins zur mündlichen Verhandlung bekanntzugeben.

(3) Das Gericht kann einem Beteiligten, der keine natürliche Person ist, aufgeben, zur mündlichen Verhandlung oder zu einem Termin nach § 106 Absatz 3 Nummer 7 einen Beamten oder Angestellten zu entsenden, der mit einem schriftlichen Nachweis über die Vertretungsbefugnis versehen und über die Sach- und Rechtslage ausreichend unterrichtet ist.¹¹³

§ 112

(1) Der Vorsitzende eröffnet und leitet die mündliche Verhandlung. Sie beginnt nach Aufruf der Sache mit der Darstellung des Sachverhalts.

(2) Sodann erhalten die Beteiligten das Wort. Der Vorsitzende hat das Sach- und Streitverhältnis mit den Beteiligten zu erörtern und dahin zu wirken, daß sie sich über erhebliche Tatsachen vollständig erklären sowie angemessene und sachdienliche Anträge stellen.

(3) Die Anträge können ergänzt, berichtigt oder im Rahmen des § 99 geändert werden.

(4) Der Vorsitzende hat jedem Beisitzer auf Verlangen zu gestatten, sachdienliche Fragen zu stellen. Wird eine Frage von einem Beteiligten beanstandet, so entscheidet das Gericht endgültig.

§ 113

(1) Das Gericht kann durch Beschluß mehrere bei ihm anhängige Rechtsstreitigkeiten derselben Beteiligten oder verschiedener Beteiligter zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung ver-

112 27.06.1997.—Artikel 33 Abs. 4 des Gesetzes vom 18. Juni 1997 (BGBl. I S. 1430) hat Abs. 3 eingefügt.
QUELLE

01.11.2013.—Artikel 5 des Gesetzes vom 25. April 2013 (BGBl. I S. 935) hat die Vorschrift eingefügt.

113 ÄNDERUNGEN

01.07.2008.—Artikel 12 Nr. 6 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) Das Gericht kann einem Beteiligten, der keine natürliche Person ist, aufgeben, zur mündlichen Verhandlung einen nach § 81 der Zivilprozeßordnung schriftlich bevollmächtigten und über die Sach- und Rechtslage ausreichend unterrichteten Beamten oder Angestellten zu entsenden.“

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 6 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat Abs. 3 eingefügt.

binden, wenn die Ansprüche, die den Gegenstand dieser Rechtsstreitigkeiten bilden, in Zusammenhang stehen oder von vornherein in einer Klage hätten geltend gemacht werden können.

(2) Die Verbindung kann, wenn es zweckmäßig ist, auf Antrag oder von Amts wegen wieder aufgehoben werden.

§ 114

(1) Hängt die Entscheidung eines Rechtsstreits von einem familien- oder erbrechtlichen Verhältnis ab, so kann das Gericht das Verfahren solange aussetzen, bis dieses Verhältnis im Zivilprozeß festgestellt worden ist.

(2) Hängt die Entscheidung des Rechtsstreits ganz oder zum Teil vom Bestehen oder Nichtbestehen eines Rechtsverhältnisses ab, das den Gegenstand eines anderen anhängigen Rechtsstreits bildet oder von einer Verwaltungsstelle festzustellen ist, so kann das Gericht anordnen, daß die Verhandlung bis zur Erledigung des anderen Rechtsstreits oder bis zur Entscheidung der Verwaltungsstelle auszusetzen sei. Auf Antrag kann das Gericht die Verhandlung zur Heilung von Verfahrens- und Formfehlern aussetzen, soweit dies im Sinne der Verfahrenskonzentration sachdienlich ist.

(2a) Hängt die Entscheidung des Rechtsstreits ab von der Gültigkeit einer Satzung oder einer anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Vorschrift, die nach § 22a Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und dem dazu ergangenen Landesgesetz erlassen worden ist, so kann das Gericht anordnen, dass die Verhandlung bis zur Erledigung des Antragsverfahrens nach § 55a auszusetzen ist.

(3) Das Gericht kann, wenn sich im Laufe eines Rechtsstreits der Verdacht einer Straftat ergibt, deren Ermittlung auf die Entscheidung von Einfluß ist, die Aussetzung der Verhandlung bis zur Erledigung des Strafverfahrens anordnen.¹¹⁴

§ 114a

(1) Ist die Rechtmäßigkeit einer behördlichen Maßnahme Gegenstand von mehr als 20 Verfahren an einem Gericht, kann das Gericht eines oder mehrere geeignete Verfahren vorab durchführen (Musterverfahren) und die übrigen Verfahren aussetzen. Die Beteiligten sind vorher zu hören. Der Beschluss ist unanfechtbar.

(2) Ist über die durchgeführten Musterverfahren rechtskräftig entschieden worden, kann das Gericht nach Anhörung der Beteiligten über die ausgesetzten Verfahren durch Beschluss entscheiden, wenn es einstimmig der Auffassung ist, dass die Sachen gegenüber dem rechtskräftig entschiedenen Musterverfahren keine wesentlichen Besonderheiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweisen und der Sachverhalt geklärt ist. Das Gericht kann in einem Musterverfahren erhobene Beweise einführen; es kann nach seinem Ermessen die wiederholte Vernehmung eines Zeugen oder eine neue Begutachtung durch denselben oder andere Sachverständige anordnen. Beweisanträge zu Tatsachen, über die bereits im Musterverfahren Beweis erhoben wurde, kann das Gericht ablehnen, wenn ihre Zulassung nach seiner freien Überzeugung nicht zum Nachweis neuer entscheidungserheblicher Tatsachen beitragen und die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde. Die Ablehnung kann in der Entscheidung nach Satz 1 erfolgen. Den Beteiligten steht gegen den Beschluss nach Satz 1 das Rechtsmittel zu, das zulässig wäre, wenn das Gericht durch Urteil entschieden hätte. Die Beteiligten sind über das Rechtsmittel zu belehren.¹¹⁵

114 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel 113 Nr. 3 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat in Abs. 3 „strafbaren Handlung“ durch „Straftat“ ersetzt.

01.01.2001.—Artikel 21 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1983) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

01.04.2011.—Artikel 4 Nr. 6 des Gesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 453) hat Abs. 2a eingefügt.

115 QUELLE

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 21 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat die Vorschrift eingefügt.

§ 115

Ist ein bei der Verhandlung Beteiligter zur Aufrechterhaltung der Ordnung von dem Ort der Verhandlung entfernt worden, so kann gegen ihn in gleicher Weise verfahren werden, als wenn er sich freiwillig entfernt hätte. Das gleiche gilt im Falle des § 73 Abs. 3 Satz 1 und 3, sofern die Zurückweisung bereits in einer früheren Verhandlung geschehen war.¹¹⁶

§ 116

Die Beteiligten werden von allen Beweisaufnahmetermeninen benachrichtigt und können der Beweisaufnahme beiwohnen. Sie können an Zeugen und Sachverständige sachdienliche Fragen richten lassen. Wird eine Frage beanstandet, so entscheidet das Gericht.

§ 117

Das Gericht erhebt Beweis in der mündlichen Verhandlung, soweit die Beweiserhebung nicht einen besonderen Termin erfordert.

§ 118

(1) Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, sind auf die Beweisaufnahme die §§ 358 bis 363, 365 bis 378, 380 bis 386, 387 Abs. 1 und 2, §§ 388 bis 390, 392 bis 406 Absatz 1 bis 4, die §§ 407 bis 444, 478 bis 484 der Zivilprozeßordnung entsprechend anzuwenden. Die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Weigerung nach § 387 der Zivilprozeßordnung ergeht durch Beschluß.

(2) Zeugen und Sachverständige werden nur beeidigt, wenn das Gericht dies im Hinblick auf die Bedeutung des Zeugnisses oder Gutachtens für die Entscheidung des Rechtsstreits für notwendig erachtet.

(3) Der Vorsitzende kann das Auftreten eines Prozeßbevollmächtigten untersagen, solange die Partei trotz Anordnung ihres persönlichen Erscheinens unbegründet ausgeblieben ist und hierdurch der Zweck der Anordnung vereitelt wird.¹¹⁷

§ 119

(1) Eine Behörde ist zur Vorlage von Urkunden oder Akten, zur Übermittlung elektronischer Dokumente und zu Auskünften nicht verpflichtet, wenn die zuständige oberste Aufsichtsbehörde erklärt, dass das Bekanntwerden des Inhalts dieser Urkunden, Akten, elektronischer Dokumente oder Auskünfte dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes nachteilig sein würde oder dass die Vorgänge nach einem Gesetz oder ihrem Wesen nach geheim gehalten werden müssen.

(2) Handelt es sich um Urkunden, elektronische Dokumente oder Akten und um Auskünfte einer obersten Bundesbehörde, so darf die Vorlage der Urkunden oder Akten, die Übermittlung elektronischer Dokumente und die Erteilung der Auskunft nur unterbleiben, wenn die Erklärung nach Absatz 1 von der Bundesregierung abgegeben wird. Die Landesregierung hat die Erklärung abzugeben, wenn diese Voraussetzungen bei einer obersten Landesbehörde vorliegen.¹¹⁸

116 ÄNDERUNGEN

01.07.2008.—Artikel 12 Nr. 7 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat in Satz 2 „Abs. 6“ durch „Abs. 3 Satz 1 und 3“ ersetzt.

117 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3651) hat in Abs. 1 Satz 1 „§ 160 Abs. 2 Nr. 3,“ nach „Beweisaufnahme“ gestrichen.

01.01.1992.—Artikel 4 Nr. 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat in Abs. 1 Satz 1 „§§ 358 bis 363, 365 bis 377“ durch „§§ 358 bis 363, 365 bis 378“ ersetzt.

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 10 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat in Abs. 1 Satz 1 „§§ 388 bis 390, 392 bis 444“ durch „§§ 388 bis 390, 392 bis 406 Absatz 1 bis 4, die §§ 407 bis 444“ ersetzt.

118 ÄNDERUNGEN

§ 120

(1) Die Beteiligten haben das Recht der Einsicht in die Akten, soweit die übermittelnde Behörde dieses nicht ausschließt. Beteiligte können sich auf ihre Kosten durch die Geschäftsstelle Ausfertigungen, Auszüge, Ausdrucke und Abschriften erteilen lassen. Für die Versendung von Akten, die Übermittlung elektronischer Dokumente und die Gewährung des elektronischen Zugriffs auf Akten werden Kosten nicht erhoben, sofern nicht nach § 197a das Gerichtskostengesetz gilt.

(2) Werden die Prozessakten elektronisch geführt, wird Akteneinsicht durch Bereitstellung des Inhalts der Akten zum Abruf gewährt. Auf besonderen Antrag wird Akteneinsicht durch Einsichtnahme in die Akten in Diensträumen gewährt. Ein Aktendruck oder ein Datenträger mit dem Inhalt der Akten wird auf besonders zu begründenden Antrag nur übermittelt, wenn der Antragsteller hieran ein berechtigtes Interesse darlegt. Stehen der Akteneinsicht in der nach Satz 1 vorgesehenen Form wichtige Gründe entgegen, kann die Akteneinsicht in der nach den Sätzen 2 und 3 vorgesehenen Form auch ohne Antrag gewährt werden. Über einen Antrag nach Satz 3 entscheidet der Vorsitzende; die Entscheidung ist unanfechtbar. § 155 Absatz 4 gilt entsprechend.

(3) Werden die Prozessakten in Papierform geführt, wird Akteneinsicht durch Einsichtnahme in die Akten in Diensträumen gewährt. Die Akteneinsicht kann, soweit nicht wichtige Gründe entgegenstehen, auch durch Bereitstellung des Inhalts der Akten zum Abruf gewährt werden. Nach dem Ermessen des Vorsitzenden kann einem Bevollmächtigten, der zu den in § 73 Absatz 2 Satz 1 und 2 Nummer 3 bis 9 bezeichneten natürlichen Personen gehört, die Mitnahme der Akten in die Wohnung oder Geschäftsräume gestattet werden. § 155 Absatz 4 gilt entsprechend.

(4) Der Vorsitzende kann aus besonderen Gründen die Einsicht in die Akten oder in Aktenteile sowie die Fertigung oder Erteilung von Auszügen und Abschriften versagen oder beschränken. Gegen die Versagung oder die Beschränkung der Akteneinsicht kann das Gericht angerufen werden; es entscheidet endgültig.

(5) Die Entwürfe zu Urteilen, Beschlüssen und Verfügungen, die zu ihrer Vorbereitung angefertigten Arbeiten sowie die Dokumente, welche Abstimmungen betreffen, werden weder vorgelegt noch abschriftlich mitgeteilt.¹¹⁹

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 10 lit. a des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Eine Behörde ist zur Vorlage von Urkunden oder Akten und zu Auskünften nicht verpflichtet, wenn die zuständige oberste Aufsichtsbehörde erklärt, daß das Bekanntwerden des Inhalts dieser Urkunden, Akten oder Auskünfte dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes nachteilig sein würde oder daß die Vorgänge nach einem Gesetz oder ihrem Wesen nach geheimgehalten werden müssen.“ Artikel 4 Nr. 10 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „, elektronische Dokumente“ nach „um Urkunden“ und „, die Übermittlung elektronischer Dokumente“ vor „und die“ eingefügt.

119 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel 113 Nr. 4 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat in Abs. 4 „oder in dem anhängigen Verfahren Strafverfügungen“ nach „Abstimmungen“ gestrichen.

01.07.1977.—Artikel 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

01.08.2001.—Artikel 7 Nr. 2 des Gesetzes vom 13. Juli 2001 (BGBl. I S. 1542) hat in Abs. 2 Satz 2 „einem Bildträger verkleinert wiedergegeben“ durch „einen Bild- oder anderen Datenträger übertragen“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 41 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 2 Satz 3 eingefügt.

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 11 lit. a des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Abs. 1 „über-sendende“ durch „übermittelnde“ ersetzt.

Artikel 4 Nr. 11 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Beteiligten können sich durch die Geschäftsstelle auf ihre Kosten Abschriften erteilen lassen. Sind die Akten zur Ersetzung der Urschrift auf einen Bild- oder anderen Datenträger übertragen

§ 121

Nach genügender Erörterung der Streitsache erklärt der Vorsitzende die mündliche Verhandlung für geschlossen. Das Gericht kann die Wiedereröffnung beschließen.

§ 122

Für das Protokoll gelten die §§ 159 bis 165 der Zivilprozeßordnung entsprechend.¹²⁰

**Fünfter Unterabschnitt
Urteile und Beschlüsse**

§ 123

Das Gericht entscheidet über die vom Kläger erhobenen Ansprüche, ohne an die Fassung der Anträge gebunden zu sein.

§ 124

worden, gilt § 299a der Zivilprozeßordnung entsprechend. Für die Versendung von Akten werden Kosten nicht erhoben, sofern nicht nach § 197a das Gerichtskostengesetz gilt.“

Artikel 4 Nr. 11 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 4 „Schriftstücke“ durch „Dokumente“ ersetzt.

01.07.2008.—Artikel 12 Nr. 7a des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat in Abs. 2 Satz 2 „Abs. 6 Satz 3 und 4“ durch „Abs. 2 Satz 1 und 2 Nr. 3 bis 9“ ersetzt.

29.07.2017.—Artikel 11 Abs. 23 Nr. 2 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745) hat in Abs. 2 Satz 5 „nach § 2 Nr. 3 des Signaturgesetzes“ nach „Signatur“ gestrichen.

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 8 lit. a des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat Abs. 1 Satz 2 und 3 eingefügt.

Artikel 18 Nr. 8 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 3 und 4 in Abs. 4 und 5 unnummeriert und Abs. 2 durch Abs. 2 und 3 ersetzt. Abs. 2 lautet:

„(2) Beteiligte können sich auf ihre Kosten durch die Geschäftsstelle Ausfertigungen, Auszüge, Ausdrucke und Abschriften erteilen lassen. Nach dem Ermessen des Vorsitzenden kann einem Bevollmächtigten, der zu den in § 73 Abs. 2 Satz 1 und 2 Nr. 3 bis 9 bezeichneten natürlichen Personen gehört, die Mitnahme der Akte in die Wohnung oder Geschäftsräume, der elektronische Zugriff auf den Inhalt der Akten gestattet oder der Inhalt der Akten elektronisch übermittelt werden. § 155 Abs. 4 gilt entsprechend. Bei einem elektronischen Zugriff auf den Inhalt der Akten ist sicherzustellen, dass der Zugriff nur durch den Bevollmächtigten erfolgt. Für die Übermittlung von elektronischen Dokumenten ist die Gesamtheit der Dokumente mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen und gegen unbefugte Kenntnisnahme zu schützen. Für die Versendung von Akten, die Übermittlung elektronischer Dokumente und die Gewährung des elektronischen Zugriffs auf Akten werden Kosten nicht erhoben, sofern nicht nach § 197a das Gerichtskostengesetz gilt.“

120 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3651) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Zur mündlichen Verhandlung und zu jeder Beweisaufnahme wird ein vereidigter Schriftführer zugezogen. Die wesentlichen Vorgänge der Verhandlung, vor allem die endgültige Fassung der von den Beteiligten gestellten Anträge sind in eine Niederschrift aufzunehmen, die von dem Vorsitzenden oder dem vernehmenden Richter und von dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

(2) Die Niederschrift über die Aussage eines Zeugen, Sachverständigen oder Beteiligten ist diesem vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen. In der Niederschrift ist zu vermerken, daß dies geschehen und sie genehmigt ist oder welche Einwendungen erhoben sind. Bei Vernehmung außerhalb der mündlichen Verhandlung soll der Vernommene seine Aussage auch unterschreiben.

(3) Im übrigen gelten §§ 159 bis 165 der Zivilprozeßordnung entsprechend.“

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 9 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat „die Niederschrift“ durch „das Protokoll“ ersetzt.

(1) Das Gericht entscheidet, soweit nichts anderes bestimmt ist, auf Grund mündlicher Verhandlung.

(2) Mit Einverständnis der Beteiligten kann das Gericht ohne mündliche Verhandlung durch Urteil entscheiden.

(3) Entscheidungen des Gerichts, die nicht Urteile sind, können ohne mündliche Verhandlung ergehen, soweit nichts anderes bestimmt ist.

§ 125

Über die Klage wird, soweit nichts anderes bestimmt ist, durch Urteil entschieden.

§ 126

Das Gericht kann, sofern in der Ladung auf diese Möglichkeit hingewiesen worden ist, nach Lage der Akten entscheiden, wenn in einem Termin keiner der Beteiligten erscheint oder beim Ausbleiben von Beteiligten die erschienenen Beteiligten es beantragen.¹²¹

§ 127

Ist ein Beteiligter nicht benachrichtigt worden, daß in der mündlichen Verhandlung eine Beweiserhebung stattfindet, und ist er in der mündlichen Verhandlung nicht zugegen oder vertreten, so kann in diesem Termin ein ihm ungünstiges Urteil nicht erlassen werden.

§ 128

(1) Das Gericht entscheidet nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Überzeugung. In dem Urteil sind die Gründe anzugeben, die für die richterliche Überzeugung leitend gewesen sind.

(2) Das Urteil darf nur auf Tatsachen und Beweisergebnisse gestützt werden, zu denen sich die Beteiligten äußern konnten.

§ 129

Das Urteil kann nur von den Richtern gefällt werden, die an der dem Urteil zugrunde liegenden Verhandlung teilgenommen haben.

§ 130

(1) Wird gemäß § 54 Abs. 4 oder 5 eine Leistung in Geld begehrt, auf die ein Rechtsanspruch besteht, so kann auch zur Leistung nur dem Grunde nach verurteilt werden. Hierbei kann im Urteil eine einmalige oder laufende vorläufige Leistung angeordnet werden. Die Anordnung der vorläufigen Leistung ist nicht anfechtbar.

(2) Das Gericht kann durch Zwischenurteil über eine entscheidungserhebliche Sach- oder Rechtsfrage vorab entscheiden, wenn dies sachdienlich ist.¹²²

§ 131

121 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Das Gericht kann nach Lage der Akten auch entscheiden, wenn einer der Beteiligten in einem Termin nicht erscheint, sofern in der Ladung auf die Möglichkeit einer Entscheidung nach Lage der Akten hingewiesen worden ist und die übrigen Beteiligten es beantragen.“

122 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 42 lit. b des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 2 eingefügt.

(1) Wird ein Verwaltungsakt oder ein Widerspruchsbescheid, der bereits vollzogen ist, aufgehoben, so kann das Gericht aussprechen, daß und in welcher Weise die Vollziehung des Verwaltungsakts rückgängig zu machen ist. Im Übrigen gilt Absatz 3 entsprechend.

(2) Hält das Gericht die Verurteilung zum Erlaß eines abgelehnten Verwaltungsakts für begründet und diese Frage in jeder Beziehung für spruchreif, so ist im Urteil die Verpflichtung auszusprechen, den beantragten Verwaltungsakt zu erlassen. Dies gilt auch bei Klagen auf Verurteilung zum Erlass eines Verwaltungsaktes und bei Klagen nach § 54 Abs. 4. Absatz 3 gilt entsprechend.

(3) Hält das Gericht die Unterlassung eines Verwaltungsakts für rechtswidrig, so ist im Urteil die Verpflichtung auszusprechen, den Kläger unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts zu bescheiden.

(4) Hält das Gericht eine Wahl im Sinne des § 57b oder eine Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen der Kassenärztlichen Vereinigungen oder der Kassenärztlichen Bundesvereinigungen ganz oder teilweise oder eine Ergänzung der Selbstverwaltungsorgane für ungültig, so spricht es dies im Urteil aus und bestimmt die Folgerungen, die sich aus der Ungültigkeit ergeben.

(5) Hält das Gericht eine weitere Sachaufklärung für erforderlich, kann es, ohne in der Sache selbst zu entscheiden, den Verwaltungsakt und den Widerspruchsbescheid aufheben, soweit nach Art oder Umfang die noch erforderlichen Ermittlungen erheblich sind und die Aufhebung auch unter Berücksichtigung der Belange der Beteiligten sachdienlich ist. Satz 1 gilt auch bei Klagen auf Verurteilung zum Erlass eines Verwaltungsakts und bei Klagen nach § 54 Abs. 4; Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden. Auf Antrag kann das Gericht bis zum Erlass des neuen Verwaltungsakts eine einstweilige Regelung treffen, insbesondere bestimmen, dass Sicherheiten geleistet werden oder ganz oder zum Teil bestehen bleiben und Leistungen zunächst nicht zurückgewährt werden müssen. Der Beschluss kann jederzeit geändert oder aufgehoben werden. Eine Entscheidung nach Satz 1 kann nur binnen sechs Monaten seit Eingang der Akten der Behörde bei Gericht ergehen.¹²³

§ 132

(1) Das Urteil ergeht im Namen des Volkes. Es wird grundsätzlich in dem Termin verkündet, in dem die mündliche Verhandlung geschlossen wird. Ausnahmsweise kann das Urteil in einem sofort anzuberaumenden Termin, der nicht über zwei Wochen hinaus angesetzt werden soll, verkündet werden. Eine Ladung der Beteiligten ist nicht erforderlich.

(2) Das Urteil wird durch Verlesen der Urteilsformel verkündet. Bei der Verkündung soll der wesentliche Inhalt der Entscheidungsgründe mitgeteilt werden, wenn Beteiligte anwesend sind.¹²⁴

123 ÄNDERUNGEN

10.08.1967.—Artikel 2 § 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 3. August 1967 (BGBl. I S. 845) hat Abs. 4 eingefügt.

01.09.2004.—Artikel 8 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBl. I S. 2198) hat Abs. 5 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 22 lit. a des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 2 Satz 2 und 3 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 22 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 5 Satz 1 „in den Fällen des § 54 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4“ nach „Gericht“ eingefügt.

01.01.2009.—Artikel 8 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2933) hat die Sätze 2 und 3 in Abs. 2 durch Satz 2 ersetzt. Die Sätze 2 und 3 lauteten: „Dies ist nur zulässig, wenn die Verwaltungsstelle rechtlich dazu in der Lage und diese Frage ohne weiteres in jeder Beziehung spruchreif ist. Hat sich der Verwaltungsakt vorher durch Zurücknahme oder anders erledigt, so spricht das Gericht auf Antrag durch Urteil aus, daß der Verwaltungsakt rechtswidrig ist, wenn der Kläger ein berechtigtes Interesse an dieser Feststellung hat.“

Artikel 8 Nr. 2 lit. b litt. aa desselben Gesetzes hat in Abs. 5 Satz 1 „in den Fällen des § 54 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4“ nach „Gericht“ gestrichen.

Artikel 8 Nr. 2 lit. b litt. bb desselben Gesetzes hat Abs. 5 Satz 2 eingefügt.

124 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 12 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Sofern nicht alle Beteiligten abwesend sind, ist der wesentliche Inhalt der Entscheidungsgründe mitzuteilen.“

§ 133

Bei Urteilen, die nicht auf Grund mündlicher Verhandlung ergehen, wird die Verkündung durch Zustellung ersetzt. Dies gilt für die Verkündung von Beschlüssen entsprechend.

§ 134

(1) Das Urteil ist vom Vorsitzenden zu unterschreiben.

(2) Das Urteil soll vor Ablauf eines Monats, vom Tag der Verkündung an gerechnet, vollständig abgefasst der Geschäftsstelle übermittelt werden. Im Falle des § 170a verlängert sich die Frist um die zur Anhörung der ehrenamtlichen Richter benötigte Zeit.

(3) Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle hat auf dem Urteil den Tag der Verkündung oder Zustellung zu vermerken und diesen Vermerk zu unterschreiben. Werden die Akten elektronisch geführt, hat der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle den Vermerk in einem gesonderten Dokument festzuhalten. Das Dokument ist mit dem Urteil untrennbar zu verbinden.¹²⁵

§ 135

Das Urteil ist den Beteiligten unverzüglich zuzustellen.¹²⁶

§ 136

(1) Das Urteil enthält

1. die Bezeichnung der Beteiligten, ihrer gesetzlichen Vertreter und der Bevollmächtigten nach Namen, Wohnort und ihrer Stellung im Verfahren,
2. die Bezeichnung des Gerichts und die Namen der Mitglieder, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben,
3. den Ort und Tag der mündlichen Verhandlung,
4. die Urteilsformel,
5. die gedrängte Darstellung des Tatbestands,
6. die Entscheidungsgründe,
7. die Rechtsmittelbelehrung.

(2) Die Darstellung des Tatbestands kann durch eine Bezugnahme auf den Inhalt der vorbereitenden Schriftsätze und auf die zu Protokoll erfolgten Feststellungen ersetzt werden, soweit sich aus ihnen der Sach- und Streitstand richtig und vollständig ergibt. In jedem Fall sind jedoch die erhobenen Ansprüche genügend zu kennzeichnen und die dazu vorgebrachten Angriffs- und Verteidigungsmittel ihrem Wesen nach hervorzuheben.

(3) Das Gericht kann von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe absehen, soweit es der Begründung des Verwaltungsaktes oder des Widerspruchsbescheides folgt und dies in seiner Entscheidung feststellt.

125 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 43 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Das Urteil nebst Tatbestand und Entscheidungsgründen ist vom Vorsitzenden zu unterschreiben. War es bei der Verkündung noch nicht vollständig schriftlich niedergelegt, so soll es binnen drei Tagen nach der Verkündung in vollständiger Abfassung der Geschäftsstelle übergeben werden.“

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 12 lit. a des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Abs. 2 Satz 1 „übergeben“ durch „übermittelt“ ersetzt.

Artikel 4 Nr. 12 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 Satz 2 und 3 eingefügt.

126 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 44 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Das Urteil ist den Beteiligten zuzustellen; dies soll binnen zwei Wochen nach seiner Verkündung geschehen.“

(4) Wird das Urteil in dem Termin, in dem die mündliche Verhandlung geschlossen worden ist, verkündet, so bedarf es des Tatbestandes und der Entscheidungsgründe nicht, wenn Kläger, Beklagter und sonstige rechtsmittelberechtigte Beteiligte auf Rechtsmittel gegen das Urteil verzichten.¹²⁷

§ 137

Die Ausfertigungen des Urteils sind von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen. Ausfertigungen, Auszüge und Abschriften eines als elektronisches Dokument (§ 65a Absatz 7) vorliegenden Urteils können von einem Urteilsausdruck gemäß § 65b Absatz 6 erteilt werden. Auszüge und Abschriften eines in Papierform vorliegenden Urteils können durch Telekopie oder als elektronisches Dokument (§ 65a Absatz 7) erteilt werden. Die Telekopie hat eine Wiedergabe des Gerichtssiegels, die Telekopie zur Erteilung eines Auszugs zusätzlich die Unterschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu enthalten. Das elektronische Dokument ist mit einer qualifizierten elektronischen Signatur des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu versehen.¹²⁸

§ 138

Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten im Urteil sind jederzeit von Amts wegen zu berichtigen. Der Vorsitzende entscheidet hierüber durch Beschluß. Der Berichtigungsbeschluß wird auf dem Urteil und den Ausfertigungen vermerkt. Werden die Akten elektronisch geführt, hat der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle den Vermerk in einem gesonderten Dokument festzuhalten. Das Dokument ist mit dem Urteil untrennbar zu verbinden.¹²⁹

§ 139

(1) Enthält der Tatbestand des Urteils andere Unrichtigkeiten oder Unklarheiten, so kann die Berichtigung binnen zwei Wochen nach Zustellung des Urteils beantragt werden.

(2) Das Gericht entscheidet ohne Beweisaufnahme durch Beschluß. Der Beschluß ist unanfechtbar. Bei der Entscheidung wirken nur die Richter mit, die beim Urteil mitgewirkt haben. Ist ein Richter verhindert, so entscheidet bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden. Der Berichtigungsbeschluß wird auf dem Urteil und den Ausfertigungen vermerkt.

127 ÄNDERUNGEN

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 4 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat Abs. 3 eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 45 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 Nr. 1 „Stand oder Gewerbe,“ nach „Namen,“ gestrichen.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 23 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 4 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 10 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 2 Satz 1 „zur Sitzungsniederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

128 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 46 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat „in der Form des Prägesiegels“ nach „Gerichtssiegel“ gestrichen.

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 13 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat die Sätze 2 bis 5 eingefügt.

01.07.2014.—Artikel 4 Nr. 7 lit. c des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat in Satz 3 „Ausfertigungen,“ am Anfang gestrichen.

22.04.2015.—Artikel 8 Nr. 3 des Gesetzes vom 15. April 2015 (BGBl. I S. 583) hat Satz 4 neu gefasst. Satz 4 lautete: „Die Telekopie hat eine Wiedergabe der Unterschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle sowie des Gerichtssiegels zu enthalten.“

01.01.2018.—Artikel 4 Nr. 7 lit. a des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat in Satz 2 „(§ 65a Abs. 3)“ durch „(§ 65a Absatz 7)“ und „Abs. 4“ durch „Absatz 6“ ersetzt.

Artikel 4 Nr. 7 lit. b desselben Gesetzes hat in Satz 3 „(§ 65a Abs. 3)“ durch „(§ 65a Absatz 7)“ ersetzt.

129 ÄNDERUNGEN

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 14 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat die Sätze 4 und 5 eingefügt.

(3) Ist das Urteil elektronisch abgefasst, ist auch der Beschluss elektronisch abzufassen und mit dem Urteil untrennbar zu verbinden.¹³⁰

§ 140

(1) Hat das Urteil einen von einem Beteiligten erhobenen Anspruch oder den Kostenpunkt ganz oder teilweise übergangen, so wird es auf Antrag nachträglich ergänzt. Die Entscheidung muß binnen eines Monats nach Zustellung des Urteils beantragt werden.

(2) Über den Antrag wird in einem besonderen Verfahren entschieden. Die Entscheidung ergeht, wenn es sich nur um den Kostenpunkt handelt, durch Beschluß, der lediglich mit der Entscheidung in der Hauptsache angefochten werden kann, im übrigen durch Urteil, das mit dem bei dem übergangenen Anspruch zulässigen Rechtsmittel angefochten werden kann.

(3) Die mündliche Verhandlung hat nur den nicht erledigten Teil des Rechtsstreits zum Gegenstand.

(4) Die ergänzende Entscheidung wird auf der Urschrift des Urteils und den Ausfertigungen vermerkt. Liegt das Urteil als elektronisches Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur (§ 65a Absatz 3) vor, bedarf auch die ergänzende Entscheidung dieser Form und ist mit dem Urteil untrennbar zu verbinden.¹³¹

§ 141

(1) Rechtskräftige Urteile binden, soweit über den Streitgegenstand entschieden worden ist,

1. die Beteiligten und ihre Rechtsnachfolger,
2. im Falle des § 75 Abs. 2a die Personen, die einen Antrag auf Beiladung nicht oder nicht fristgemäß gestellt haben.

(2) Hat der Beklagte die Aufrechnung einer Gegenforderung geltend gemacht, so ist die Entscheidung, daß die Gegenforderung nicht besteht, bis zur Höhe des Betrags der Rechtskraft fähig, für den die Aufrechnung geltend gemacht worden ist.¹³²

§ 142

(1) Für Beschlüsse gelten § 128 Abs. 1 Satz 1, die §§ 134 und 138, nach mündlicher Verhandlung auch die §§ 129, 132, 135 und 136 entsprechend.

(2) Beschlüsse sind zu begründen, wenn sie durch Rechtsmittel angefochten werden können oder über einen Rechtsbehelf entscheiden. Beschlüsse über die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung und über einstweilige Anordnungen (§ 86b) sowie Beschlüsse nach Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache sind stets zu begründen. Beschlüsse, die über ein Rechtsmittel entscheiden, bedürfen keiner weiteren Begründung, soweit das Gericht das Rechtsmittel aus den Gründen der angefochtenen Entscheidung als unbegründet zurückweist.

(3) Ausfertigungen der Beschlüsse sind von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu unterschreiben.¹³³

130 ÄNDERUNGEN

01.07.1977.—Artikel 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat in Abs. 1 „die Darstellung des Sachverhalts im Urteil“ durch „der Tatbestand des Urteils“ ersetzt.

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 15 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat Abs. 3 eingefügt.

131 ÄNDERUNGEN

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 11 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat Abs. 4 Satz 2 eingefügt.

132 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 47 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Rechtskräftige Urteile binden die Beteiligten und ihre Rechtsnachfolger, soweit über den Streitgegenstand entschieden worden ist.“

133 ÄNDERUNGEN

Sechster Unterabschnitt¹³⁴

§ 142a¹³⁵

**Zweiter Abschnitt
Rechtsmittel**

**Erster Unterabschnitt
Berufung**

§ 143

Gegen die Urteile der Sozialgerichte findet die Berufung an das Landessozialgericht statt, soweit sich aus den Vorschriften dieses Unterabschnitts nichts anderes ergibt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 48 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Beschlüsse sind zu begründen, wenn sie durch Rechtsmittel angefochten werden können oder über ein Rechtsmittel entscheiden.“

134 QUELLE

18.12.2008.—Artikel 2b Nr. 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2426) hat die Überschrift des Unterabschnitts eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.2011.—Artikel 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2262) hat die Überschrift des Unterabschnitts aufgehoben. Die Überschrift lautete: „Verfahren in vergaberechtlichen Streitigkeiten“.

135 QUELLE

18.12.2008.—Artikel 2b Nr. 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2426) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

22.07.2009.—Artikel 6 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 15. Juli 2009 (BGBl. I S. 1939) hat in Abs. 1 „Abs. 2 Satz 2 bis 5“ durch „Absatz 2 Satz 5 bis 8, Absatz 4 Satz 2 und 3“ ersetzt.

Artikel 6 Nr. 2 lit. b litt. aa desselben Gesetzes hat Abs. 4 Satz 3 eingefügt.

Artikel 6 Nr. 2 lit. b litt. bb desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 4 Satz 4 „Satz 3“ durch „Satz 4“ ersetzt.

AUFHEBUNG

01.01.2011.—Artikel 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2262) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) In Streitigkeiten über Entscheidungen von Vergabekammern, die Rechtsbeziehungen nach § 69 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch betreffen, sind § 115 Absatz 2 Satz 5 bis 8, Absatz 4 Satz 2 und 3, § 116 Abs. 1 und 2, die §§ 117 bis 123 sowie 125 und 126 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entsprechend anzuwenden.

(2) Bei der Entscheidung des Beschwerdegerichts über die sofortige Beschwerde wirken die ehrenamtlichen Richter nicht mit.

(3) Wird wegen eines Verstoßes gegen Vergabevorschriften Schadensersatz begehrt und hat ein Verfahren vor der Vergabekammer stattgefunden, ist das zuständige Gericht an die bestandskräftige Entscheidung der Vergabekammer und die Entscheidung des Landessozialgerichts sowie gegebenenfalls des nach Absatz 4 angerufenen Bundessozialgerichts über die Beschwerde gebunden.

(4) Will ein Landessozialgericht von einer Entscheidung eines anderen Landessozialgerichts oder des Bundessozialgerichts abweichen oder hält es den Rechtsstreit wegen beabsichtigter Abweichung von Entscheidungen eines Oberlandesgerichts oder des Bundesgerichtshofs für grundsätzlich bedeutsam, so legt es die Sache dem Bundessozialgericht vor. Das Bundessozialgericht entscheidet anstelle des Landessozialgerichts. Das Bundessozialgericht kann sich auf die Entscheidung der Divergenzfrage beschränken und dem Beschwerdegericht die Entscheidung in der Hauptsache übertragen, wenn dies nach dem Sach- und Streitstand des Beschwerdeverfahrens angezeigt scheint. § 124 Abs. 2 Satz 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen gilt entsprechend.“

§ 144

(1) Die Berufung bedarf der Zulassung in dem Urteil des Sozialgerichts oder auf Beschwerde durch Beschluß des Landessozialgerichts, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes

1. bei einer Klage, die eine Geld-, Dienst- oder Sachleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt betrifft, 750 Euro oder
2. bei einer Erstattungsstreitigkeit zwischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder Behörden 10 000 Euro

nicht übersteigt. Das gilt nicht, wenn die Berufung wiederkehrende oder laufende Leistungen für mehr als ein Jahr betrifft.

(2) Die Berufung ist zuzulassen, wenn

1. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat,
2. das Urteil von einer Entscheidung des Landessozialgerichts, des Bundessozialgerichts, des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht oder
3. ein der Beurteilung des Berufungsgerichts unterliegender Verfahrensmangel geltend gemacht wird und vorliegt, auf dem die Entscheidung beruhen kann.

(3) Das Landessozialgericht ist an die Zulassung gebunden.

(4) Die Berufung ist ausgeschlossen, wenn es sich um die Kosten des Verfahrens handelt.¹³⁶

§ 145

(1) Die Nichtzulassung der Berufung durch das Sozialgericht kann durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist bei dem Landessozialgericht innerhalb eines Monats nach Zustellung des vollständigen Urteils schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten einzulegen.

(2) Die Beschwerde soll das angefochtene Urteil bezeichnen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben.

(3) Die Einlegung der Beschwerde hemmt die Rechtskraft des Urteils.

136 ÄNDERUNGEN

01.01.1970.—Artikel 3 § 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 27. Juli 1969 (BGBl. I S. 946) hat Abs. 2 in Abs. 3 unnummeriert und Abs. 2 eingefügt.

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 5 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Berufung ist nicht zulässig bei Ansprüchen

1. auf einmalige Leistungen,
2. auf wiederkehrende Leistungen für einen Zeitraum bis zu dreizehn Wochen (drei Monaten).

(2) Bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten auf Grund des Lohnfortzahlungsgesetzes ist die Berufung nicht zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes fünfhundert Deutsche Mark nicht übersteigt.

(3) Die Berufung ist ferner nicht zulässig, wenn es sich um Kosten des Verfahrens handelt.“

01.01.2002.—Artikel 22 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1983) hat in Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 „1 000 Deutsche Mark“ durch „500 Euro“ ersetzt.

Artikel 22 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 „10 000 Deutsche Mark“ durch „5 000 Euro“ ersetzt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 49 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 2 Nr. 2 „Bundessozialgerichts oder“ durch „Bundessozialgerichts,“ ersetzt und „oder des Bundesverfassungsgerichts“ nach „Bundes“ eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 24 lit. a des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 „ , Dienst-“ nach „Geld-“ eingefügt und „500 Euro“ durch „750 Euro“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 24 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 „5 000 Euro“ durch „10 000 Euro“ ersetzt.

(4) Das Landessozialgericht entscheidet durch Beschluss. Die Zulassung der Berufung bedarf keiner Begründung. Der Ablehnung der Beschwerde soll eine kurze Begründung beigefügt werden. Mit der Ablehnung der Beschwerde wird das Urteil rechtskräftig.

(5) Läßt das Landessozialgericht die Berufung zu, wird das Beschwerdeverfahren als Berufungsverfahren fortgesetzt; der Einlegung einer Berufung durch den Beschwerdeführer bedarf es nicht. Darauf ist in dem Beschluß hinzuweisen.¹³⁷

§ 146¹³⁸

137 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„In Angelegenheiten der Unfallversicherung können Urteile mit der Berufung nicht angefochten werden, wenn sie betreffen

1. Anträge, die wegen Versäumnis der Ausschlußfrist (§ 1546 der Reichsversicherungsordnung) abgelehnt wurden, es sei denn, daß die Ausnahmefälle des § 1547 der Reichsversicherungsordnung geltend gemacht werden,
2. Beginn oder Ende der Rente oder nur Rente für bereits abgelaufene Zeiträume,
3. vorläufige Renten (§ 1585 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung),
4. den Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder die Neufeststellung von Dauerrenten wegen Änderung der Verhältnisse, soweit nicht die Schwerbeschädigteneigenschaft oder die Gewährung der Rente davon abhängt oder die Änderung durch ein neu hinzugetretenes Leiden verursacht worden ist.“

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 5 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„In Angelegenheiten der Unfallversicherung ist die Berufung nicht zulässig, soweit sie betrifft

1. Anträge, die wegen Versäumnis der Ausschlußfrist (§ 1546 Reichsversicherungsordnung) abgelehnt wurden, es sei denn, daß die Ausnahmefälle des § 1547 der Reichsversicherungsordnung geltend gemacht werden,
2. Beginn oder Ende der Rente oder nur Rente für bereits abgelaufene Zeiträume,
3. vorläufige Renten (§ 1585 Abs. 1 Reichsversicherungsordnung),
4. den Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder die Neufeststellung von Dauerrenten wegen Änderung der Verhältnisse, es sei denn, daß die Schwerbeschädigteneigenschaft oder die Gewährung der Rente davon abhängt oder die Änderung durch ein neu hinzugetretenes Leiden verursacht worden ist.“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 50 lit. a litt. aa des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Die Beschwerde ist bei dem Gericht, gegen dessen Urteil Berufung eingelegt werden soll, innerhalb eines Monats nach Zustellung des vollständigen Urteils schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen.“

Artikel 1 Nr. 50 lit. a litt. bb desselben Gesetzes hat Satz 3 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 3 lautete: „Die Beschwerdefrist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Landessozialgericht schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eingelegt wird.“

Artikel 1 Nr. 50 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Wird der Beschwerde nicht abgeholfen, entscheidet das Landessozialgericht durch Beschluß. Die Zulassung der Berufung bedarf keiner Begründung. Der Ablehnung der Beschwerde soll eine kurze Begründung beigefügt werden. Mit der Ablehnung der Beschwerde durch das Landessozialgericht wird das Urteil rechtskräftig.“

Artikel 1 Nr. 50 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 5 Satz 1 „Wird der Beschwerde abgeholfen oder läßt“ durch „Läßt“ ersetzt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 25 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Satz 1 in Abs. 4 aufgehoben. Satz 1 lautete: „Das Sozialgericht kann der Beschwerde nicht abhelfen.“

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 12 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 1 Satz 2 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

138 ÄNDERUNGEN

§ 147¹³⁹

§ 148¹⁴⁰

§ 149¹⁴¹

01.07.1958.—§ 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„In Angelegenheiten der Rentenversicherungen können Urteile mit der Berufung nicht angefochten werden, die Beginn oder Ende der Rente oder nur die Rente für bereits abgelaufene Zeiträume betreffen.“

AUFHEBUNG

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 5 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„In Angelegenheiten der Rentenversicherungen ist die Berufung nicht zulässig, soweit sie Beginn oder Ende der Rente oder nur die Rente für bereits abgelaufene Zeiträume betrifft.“

139 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„In Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung können Urteile mit der Berufung nicht angefochten werden, die Beginn oder Höhe der Unterstützung betreffen.“

AUFHEBUNG

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 5 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„In Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe ist die Berufung nicht zulässig, soweit sie Beginn oder Höhe der Leistung betrifft.“

140 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„In Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung können Urteile mit der Berufung nicht angefochten werden, wenn sie betreffen

1. Anträge, die wegen Fristversäumnis abgelehnt worden sind, es sei denn, daß die Ausnahmefälle des § 57 des Bundesversorgungsgesetzes geltend gemacht werden,
2. Beginn oder Ende der Versorgung oder nur Versorgung für bereits abgelaufene Zeiträume,
3. den Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder die Neufeststellung der Versorgungsbezüge wegen Änderung der Verhältnisse, soweit nicht die Schwerbeschädigteneigenschaft oder die Gewährung der Grundrente davon abhängt,
4. Höhe der Ausgleichsrente.“

AUFHEBUNG

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 5 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„In Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung ist die Berufung nicht zulässig, soweit sie betrifft

1. Anträge, die wegen Fristversäumnis abgelehnt worden sind, es sei denn, daß die Ausnahmefälle des § 57 des Bundesversorgungsgesetzes geltend gemacht werden,
2. Beginn oder Ende der Versorgung oder nur Versorgung für bereits abgelaufene Zeiträume,
3. den Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder die Neufeststellung der Versorgungsbezüge wegen Änderung der Verhältnisse, es sei denn, daß die Schwerbeschädigteneigenschaft oder die Gewährung der Grundrente davon abhängt,
4. die Höhe der Ausgleichsrente.“

141 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Die Berufung ist ausgeschlossen bei Ersatz- oder Erstattungsstreitigkeiten zwischen Behörden oder Körperschaften des öffentlichen Rechtes oder Anstalten des öffentlichen Rechtes, wenn der Be-

§ 150¹⁴²

§ 151

(1) Die Berufung ist bei dem Landessozialgericht innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen.

(2) Die Berufungsfrist ist auch gewahrt, wenn die Berufung innerhalb der Frist bei dem Sozialgericht schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eingelegt wird. In diesem Fall legt das Sozialgericht die Berufungsschrift oder das Protokoll mit seinen Akten unverzüglich dem Landessozialgericht vor.

(3) Die Berufungsschrift soll das angefochtene Urteil bezeichnen, einen bestimmten Antrag enthalten und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben.¹⁴³

schwerdewert dreihundert Deutsche Mark nicht übersteigt. Dies gilt auch für Ansprüche der Versicherten auf Rückerstattung von Beiträgen, sofern der anerkannte Rückerstattungsbetrag nicht mehr als fünfzig Deutsche Mark beträgt.“

01.01.1975.—Artikel I Nr. 13 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat „fünfhundert Deutsche Mark“ durch „eintausend Deutsche Mark“ und „fünfzig Deutsche Mark“ durch „einhundertfünfzig Deutsche Mark“ ersetzt.

AUFHEBUNG

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 5 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Die Berufung ist nicht zulässig bei Ersatz- oder Erstattungsstreitigkeiten zwischen Behörden oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder Anstalten des öffentlichen Rechts sowie bei Streitigkeiten wegen Rückerstattung von Leistungen, wenn der Beschwerdewert eintausend Deutsche Mark nicht übersteigt, ferner bei Streitigkeiten wegen Rückerstattung von Beiträgen, wenn der Beschwerdewert einhundertfünfzig Deutsche Mark nicht übersteigt.“

142 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 14 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat Nr. 1 neu gefasst. Nr. 1 lautete:

„1. wenn das Sozialgericht sie im Urteil zugelassen hat; sie ist zuzulassen, wenn die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder wenn das Sozialgericht in der Auslegung einer Rechtsvorschrift von einem Urteil des im Rechtszug übergeordneten Landessozialgerichts abweicht;“

AUFHEBUNG

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 5 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Die Berufung ist ungeachtet der §§ 144 bis 149 zulässig,

1. wenn das Sozialgericht sie im Urteil zugelassen hat; sie ist zuzulassen, wenn die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder wenn das Urteil von einer Entscheidung eines Landessozialgerichts, des Bundessozialgerichts oder des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes abweicht und auf dieser Abweichung beruht;
2. wenn ein wesentlicher Mangel des Verfahrens gerügt wird;
3. wenn der ursächliche Zusammenhang einer Gesundheitsstörung oder des Todes mit einem Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit oder einer Schädigung im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes streitig ist oder das Sozialgericht eine Gesundheitsstörung nicht als feststellbar erachtet hat.“

143 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 15 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Berufungsfrist ist auch gewahrt, wenn die Einlegung der Berufung innerhalb der Frist zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Sozialgerichts erklärt wird. In diesem Fall legt das Sozialgericht die Niederschrift mit seinen Akten unverzüglich dem Landessozialgericht vor.“

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 13 lit. a des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 1 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

§ 152

(1) Die Geschäftsstelle des Landessozialgerichts hat unverzüglich, nachdem die Berufungsschrift eingereicht ist, von der Geschäftsstelle des Sozialgerichts die Prozeßakten anzufordern.

(2) Nach Erledigung der Berufung sind die Akten der Geschäftsstelle des Sozialgerichts nebst einer beglaubigten Abschrift oder einer beglaubigten elektronischen Abschrift, die mit einer qualifizierten elektronischen Signatur des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle versehen ist, des in der Berufungsinstanz erlassenen Urteils zurückzusenden.¹⁴⁴

§ 153

(1) Für das Verfahren vor den Landessozialgerichten gelten die Vorschriften über das Verfahren im ersten Rechtszug mit Ausnahme der §§ 91, 105 entsprechend, soweit sich aus diesem Unterabschnitt nichts anderes ergibt.

(2) Das Landessozialgericht kann in dem Urteil über die Berufung von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe absehen, soweit es die Berufung aus den Gründen der angefochtenen Entscheidung als unbegründet zurückweist.

(3) Das Urteil ist von den Mitgliedern des Senats zu unterschreiben. Ist ein Mitglied verhindert, so vermerkt der Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der dienstälteste beisitzende Berufsrichter, dies unter dem Urteil mit Angabe des Hinderungsgrunds.

(4) Das Landessozialgericht kann, außer in den Fällen des § 105 Abs. 2 Satz 1, die Berufung durch Beschluß zurückweisen, wenn es sie einstimmig für unbegründet und eine mündliche Verhandlung nicht für erforderlich hält. Die Beteiligten sind vorher zu hören. § 158 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

(5) Der Senat kann in den Fällen des § 105 Abs. 2 Satz 1 durch Beschluß die Berufung dem Richterstatler übertragen, der zusammen mit den ehrenamtlichen Richtern entscheidet.¹⁴⁵

§ 154

(1) Die Berufung und die Beschwerde nach § 144 Abs. 1 haben aufschiebende Wirkung, soweit die Klage nach § 86a Aufschub bewirkt.

(2) Die Berufung und die Beschwerde nach § 144 Abs. 1 eines Versicherungsträgers oder in der Kriegsopferversorgung eines Landes bewirken Aufschub, soweit es sich um Beträge handelt, die für die Zeit vor Erlaß des angefochtenen Urteils nachgezahlt werden sollen.¹⁴⁶

Artikel 18 Nr. 13 lit. b litt. aa desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

Artikel 18 Nr. 13 lit. b litt. bb desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 2 „die Niederschrift“ durch „das Protokoll“ ersetzt.

144 ÄNDERUNGEN

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 14 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 2 „oder einer beglaubigten elektronischen Abschrift, die mit einer qualifizierten elektronischen Signatur des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle versehen ist,“ nach „Abschrift“ eingefügt.

145 ÄNDERUNGEN

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 6 lit. a des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat in Abs. 1 „des § 91“ durch „der §§ 91, 105“ ersetzt.

Artikel 8 Nr. 6 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 2 in Abs. 3 unnummeriert und Abs. 2 eingefügt.

Artikel 8 Nr. 6 lit. d desselben Gesetzes hat Abs. 4 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 26 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 5 eingefügt.

146 ÄNDERUNGEN

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 7 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Berufung hat in den Fällen des § 97 Abs. 1 und bei der Rückforderung von Beiträgen aufschiebende Wirkung.“

§ 155

(1) Der Vorsitzende kann seine Aufgaben nach den §§ 104, 106 bis 108 und 120 einem Berufsrichter des Senats übertragen.

(2) Der Vorsitzende entscheidet, wenn die Entscheidung im vorbereitenden Verfahren ergeht,

1. über die Aussetzung und das Ruhen des Verfahrens;
2. bei Zurücknahme der Klage oder der Berufung, Verzicht auf den geltend gemachten Anspruch oder Anerkenntnis des Anspruchs, auch über einen Antrag auf Prozesskostenhilfe;
3. bei Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache, auch über einen Antrag auf Prozesskostenhilfe;
4. über den Streitwert;
5. über Kosten.

In dringenden Fällen entscheidet der Vorsitzende auch über den Antrag nach § 86b Abs. 1 oder 2.

(3) Im Einverständnis der Beteiligten kann der Vorsitzende auch sonst anstelle des Senats entscheiden.

(4) Ist ein Berichterstatter bestellt, so entscheidet dieser anstelle des Vorsitzenden.¹⁴⁷

§ 156

(1) Die Berufung kann bis zur Rechtskraft des Urteils oder des nach § 153 Abs. 4 oder § 158 Satz 2 ergangenen Beschlusses zurückgenommen werden. Die Zurücknahme nach Schluss der mündlichen Verhandlung setzt die Einwilligung des Berufungsbeklagten voraus.

(2) Die Berufung gilt als zurückgenommen, wenn der Berufungskläger das Verfahren trotz Aufforderung des Gerichts länger als drei Monate nicht betreibt. Der Berufungskläger ist in der Aufforderung auf die Rechtsfolgen hinzuweisen, die sich aus Satz 1 und gegebenenfalls aus § 197a Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 155 Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung ergeben. Das Gericht stellt durch Beschluss fest, dass die Berufung als zurückgenommen gilt.

(3) Die Zurücknahme bewirkt den Verlust des Rechtsmittels. Über die Kosten entscheidet das Gericht auf Antrag durch Beschluß.¹⁴⁸

(2) Die Berufung eines Versicherungsträgers oder in der Kriegsopferversorgung eines Landes bewirkt Aufschub, soweit es sich um Beträge handelt, die für die Zeit vor Erlaß des angefochtenen Urteils nachgezahlt werden sollen.“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 51 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Berufung und die Beschwerde nach § 144 Abs. 1 haben in den Fällen des § 97 Abs. 1 und bei der Rückforderung von Beiträgen aufschiebende Wirkung.“

147 ÄNDERUNGEN

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 8 lit. a des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat in Satz 1 „und 120“ nach „bis 108“ eingefügt.

Artikel 8 Nr. 8 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 bis 4 eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 52 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Satz 2 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Er kann einen Berufsrichter zum Berichterstatter ernennen.“

Artikel 1 Nr. 52 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

01.09.2004.—Artikel 8 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBl. I S. 2198) hat in Abs. 2 Nr. 2 „ , auch über einen Antrag auf Prozesskostenhilfe“ am Ende eingefügt.

Artikel 8 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Nr. 3 „ , auch über einen Antrag auf Prozesskostenhilfe“ am Ende eingefügt.

148 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 53 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Berufung kann bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung zurückgenommen werden.“

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat Abs. 2 in Abs. 3 unnummeriert und Abs. 2 eingefügt.

§ 157

Das Landessozialgericht prüft den Streitfall im gleichen Umfang wie das Sozialgericht. Es hat auch neu vorgebrachte Tatsachen und Beweismittel zu berücksichtigen.

§ 157a

(1) Neue Erklärungen und Beweismittel, die im ersten Rechtszug entgegen einer hierfür gesetzten Frist (§ 106a Abs. 1 und 2) nicht vorgebracht worden sind, kann das Gericht unter den Voraussetzungen des § 106a Abs. 3 zurückweisen.

(2) Erklärungen und Beweismittel, die das Sozialgericht zu Recht zurückgewiesen hat, bleiben auch im Berufungsverfahren ausgeschlossen.¹⁴⁹

§ 158

Ist die Berufung nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Frist oder nicht schriftlich oder nicht in elektronischer Form oder nicht zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eingelegt, so ist sie als unzulässig zu verwerfen. Die Entscheidung kann durch Beschluß ergehen. Gegen den Beschluß steht den Beteiligten das Rechtsmittel zu, das zulässig wäre, wenn das Gericht durch Urteil entschieden hätte. Die Beteiligten sind über dieses Rechtsmittel zu belehren.¹⁵⁰

§ 159

(1) Das Landessozialgericht kann durch Urteil die angefochtene Entscheidung aufheben und die Sache an das Sozialgericht zurückverweisen, wenn

1. dieses die Klage abgewiesen hat, ohne in der Sache selbst zu entscheiden,
2. das Verfahren an einem wesentlichen Mangel leidet und auf Grund dieses Mangels eine umfangreiche und aufwändige Beweisaufnahme notwendig ist.

(2) Das Sozialgericht hat die rechtliche Beurteilung, die der Aufhebung zugrunde gelegt ist, seiner Entscheidung zugrunde zu legen.¹⁵¹

149 QUELLE

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 27 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat die Vorschrift eingefügt.

150 ÄNDERUNGEN

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 9 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Ist die Berufung nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Frist oder nicht schriftlich oder nicht zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eingelegt, so ist sie als unzulässig zu verwerfen.

(2) Der Vorsitzende des Senats kann die Berufung ohne mündliche Verhandlung durch Vorbescheid als unzulässig verwerfen, wenn er mit dem Berichterstatter darüber einig ist, daß die Berufung unzulässig oder verspätet eingelegt ist. Soll die Berufung als verspätet verworfen werden, so ist dem Berufungskläger vorher unter Mitteilung des Sachverhalts Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(3) Für den Vorbescheid gilt § 105 Abs. 2.“

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 16 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Satz 1 „oder nicht in elektronischer Form“ nach „schriftlich“ eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 15 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Satz 1 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

151 ÄNDERUNGEN

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 8 lit. a des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat in Abs. 1 Nr. 2 das Komma am Ende durch „und auf Grund dieses Mangels eine umfangreiche und aufwändige Beweisaufnahme notwendig ist.“ ersetzt.

Artikel 8 Nr. 8 lit. b desselben Gesetzes hat Nr. 3 in Abs. 1 aufgehoben. Nr. 3 lautete:

„3. nach dem Erlaß des angefochtenen Urteils neue Tatsachen oder Beweismittel bekannt werden, die für die Entscheidung wesentlich sind.“

Zweiter Unterabschnitt Revision

§ 160

(1) Gegen das Urteil eines Landessozialgerichts und gegen den Beschluss nach § 55a Absatz 5 Satz 1 steht den Beteiligten die Revision an das Bundessozialgericht nur zu, wenn sie in der Entscheidung des Landessozialgerichts oder in dem Beschluß des Bundessozialgerichts nach § 160a Abs. 4 Satz 1 zugelassen worden ist.

(2) Sie ist nur zuzulassen, wenn

1. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder
2. das Urteil von einer Entscheidung des Bundessozialgerichts, des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht oder
3. ein Verfahrensmangel geltend gemacht wird, auf dem die angefochtene Entscheidung beruhen kann; der geltend gemachte Verfahrensmangel kann nicht auf eine Verletzung der §§ 109 und 128 Abs. 1 Satz 1 und auf eine Verletzung des § 103 nur gestützt werden, wenn er sich auf einen Beweisantrag bezieht, dem das Landessozialgericht ohne hinreichende Begründung nicht gefolgt ist.

(3) Das Bundessozialgericht ist an die Zulassung gebunden.¹⁵²

§ 160a

(1) Die Nichtzulassung der Revision kann selbständig durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist bei dem Bundessozialgericht innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils einzulegen. Der Beschwerdeschrift soll eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des Urteils, gegen das die Revision eingelegt werden soll, beigelegt werden. Satz 3 gilt nicht, soweit nach § 65a elektronische Dokumente übermittelt werden.

(2) Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung des Urteils zu begründen. Die Begründungsfrist kann auf einen vor ihrem Ablauf gestellten Antrag von dem Vorsitzenden einmal bis zu einem Monat verlängert werden. In der Begründung muß die grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache dargelegt oder die Entscheidung, von der das Urteil des Landessozialgerichts abweicht, oder der Verfahrensmangel bezeichnet werden.

(3) Die Einlegung der Beschwerde hemmt die Rechtskraft des Urteils.

(4) Das Bundessozialgericht entscheidet unter Zuziehung der ehrenamtlichen Richter durch Beschluß; § 169 gilt entsprechend. Dem Beschluß soll eine kurze Begründung beigelegt werden; von einer Begründung kann abgesehen werden, wenn sie nicht geeignet ist, zur Klärung der Voraussetzungen der Revisionszulassung beizutragen. Mit der Ablehnung der Beschwerde durch das Bundes-

152 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 16 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Gegen die Urteile der Landessozialgerichte findet die Revision an das Bundessozialgericht statt, soweit sich aus den Vorschriften dieses Unterabschnitts nichts anderes ergibt.“

11.08.1993.—Artikel 4 des Gesetzes vom 2. August 1993 (BGBl. I S. 1442) hat in Abs. 2 Nr. 2 „Bundessozialgerichts oder“ durch „Bundessozialgerichts,“ ersetzt und „oder des Bundesverfassungsgerichts“ nach „Bundes“ eingefügt.

05.11.2008.—Artikel 10a Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2130) hat in Abs. 1 „Satz 2“ durch „Satz 1“ ersetzt.

01.04.2011.—Artikel 4 Nr. 7 des Gesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 453) hat in Abs. 1 „und gegen den Beschluss nach § 55a Absatz 5 Satz 1“ nach „Landessozialgerichts“ eingefügt und „dem Urteil“ durch „der Entscheidung“ ersetzt.

sozialgericht wird das Urteil rechtskräftig. Wird der Beschwerde stattgegeben, so beginnt mit der Zustellung dieser Entscheidung der Lauf der Revisionsfrist.

(5) Liegen die Voraussetzungen des § 160 Abs. 2 Nr. 3 vor, kann das Bundessozialgericht in dem Beschluss das angefochtene Urteil aufheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurückverweisen.¹⁵³

§ 161

(1) Gegen das Urteil eines Sozialgerichts steht den Beteiligten die Revision unter Übergehung der Berufungsinstanz zu, wenn der Gegner schriftlich zustimmt und wenn sie von dem Sozialgericht im Urteil oder auf Antrag durch Beschluß zugelassen wird. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils schriftlich zu stellen. Die Zustimmung des Gegners ist dem Antrag oder, wenn die Revision im Urteil zugelassen ist, der Revisionschrift beizufügen.

(2) Die Revision ist nur zuzulassen, wenn die Voraussetzungen des § 160 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 vorliegen. Das Bundessozialgericht ist an die Zulassung gebunden. Die Ablehnung der Zulassung ist unanfechtbar.

(3) Lehnt das Sozialgericht den Antrag auf Zulassung der Revision durch Beschluß ab, so beginnt mit der Zustellung dieser Entscheidung der Lauf der Berufungsfrist oder der Frist für die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung von neuem, sofern der Antrag in der gesetzlichen Form und Frist gestellt und die Zustimmungserklärung des Gegners beigelegt war. Läßt das Sozialgericht die Revision durch Beschluß zu, so beginnt mit der Zustellung dieser Entscheidung der Lauf der Revisionsfrist.

(4) Die Revision kann nicht auf Mängel des Verfahrens gestützt werden.

(5) Die Einlegung der Revision und die Zustimmung des Gegners gelten als Verzicht auf die Berufung, wenn das Sozialgericht die Revision zugelassen hat.¹⁵⁴

§ 162

Die Revision kann nur darauf gestützt werden, daß das angefochtene Urteil auf der Verletzung einer Vorschrift des Bundesrechts oder einer sonstigen im Bezirk des Berufungsgerichts geltenden

153 QUELLE

01.01.1975.—Artikel I Nr. 17 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 54 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 4 Satz 2 „; § 169 gilt entsprechend“ am Ende eingefügt.

Artikel 1 Nr. 54 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 5 eingefügt.

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 17 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat Abs. 1 Satz 4 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 28 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Satz 1 in Abs. 4 aufgehoben. Satz 1 lautete: „Das Landessozialgericht kann der Beschwerde nicht abhelfen.“

154 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 18 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Sind Urteile der Sozialgerichte nach § 150 mit der Berufung anfechtbar, so kann unter Übergehung des Berufungsverfahrens die Revision unmittelbar beim Bundessozialgericht (Sprungrevision) eingelegt werden, wenn der Rechtsmittelgegner einwilligt. Die schriftliche Erklärung der Einwilligung ist der Revisionschrift beizufügen.

(2) Die Einlegung der Revision und die Erklärung der Einwilligung gelten als Verzicht auf das Rechtsmittel der Berufung.“

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 10 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat in Abs. 3 Satz 1 „oder der Frist für die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung“ nach „Berufungsfrist“ eingefügt.

Vorschrift beruht, deren Geltungsbereich sich über den Bezirk des Berufungsgerichts hinaus erstreckt.¹⁵⁵

§ 163

Das Bundessozialgericht ist an die in dem angefochtenen Urteil getroffenen tatsächlichen Feststellungen gebunden, außer wenn in bezug auf diese Feststellungen zulässige und begründete Revisionsgründe vorgebracht sind.

§ 164

(1) Die Revision ist bei dem Bundessozialgericht innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils oder des Beschlusses über die Zulassung der Revision (§ 160a Absatz 4 Satz 1 oder § 161 Abs. 3 Satz 2) schriftlich einzulegen. Die Revision muß das angefochtene Urteil angeben; eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des angefochtenen Urteils soll beigelegt werden, sofern dies nicht schon nach § 160a Abs. 1 Satz 3 geschehen ist. Satz 2 zweiter Halbsatz gilt nicht, soweit nach § 65a elektronische Dokumente übermittelt werden.

(2) Die Revision ist innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung des Urteils oder des Beschlusses über die Zulassung der Revision zu begründen. Die Begründungsfrist kann auf einen vor ihrem Ablauf gestellten Antrag von dem Vorsitzenden verlängert werden. Die Begründung muß einen bestimmten Antrag enthalten, die verletzte Rechtsnorm und, soweit Verfahrensmängel gerügt werden, die Tatsachen bezeichnen, die den Mangel ergeben.¹⁵⁶

§ 165

155 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 19 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Revision findet nur statt,

1. wenn das Landessozialgericht sie zuläßt; sie ist zuzulassen, wenn über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden ist oder wenn das Landessozialgericht von einer Entscheidung des Bundessozialgerichts oder einer grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts, des Reichsversorgungsgeschäfts, des Bayerischen Landesversicherungsamts nach dem 8. Mai 1945 oder des Landesversicherungsamts Württemberg-Baden abweicht;
2. wenn ein wesentlicher Mangel des Verfahrens gerügt wird;
3. wenn bei der Beurteilung des ursächlichen Zusammenhangs einer Gesundheitsstörung oder des Todes mit einem Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit oder einer Schädigung im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes das Gesetz verletzt ist.

(2) Die Revision kann jedoch nur darauf gestützt werden, daß die Entscheidung auf der Nichtanwendung oder unrichtigen Anwendung einer Vorschrift des Bundesrechts oder einer sonstigen im Bezirk des Berufungsgerichts geltenden Vorschrift beruht, deren Geltungsbereich sich über den Bezirk des Berufungsgerichts hinaus erstreckt.“

156 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 20 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Revision ist binnen eines Monats nach Zustellung des Urteils schriftlich beim Bundessozialgericht einzulegen und binnen eines weiteren Monats zu begründen. Die Frist für die Revisionsbegründung kann auf einen vor ihrem Ablauf beim Bundessozialgericht eingegangenen Antrag durch den Vorsitzenden einmal bis zu einem weiteren Monat verlängert werden.

(2) Die Revision muß das angefochtene Urteil bezeichnen und einen bestimmten Antrag enthalten. Die Revisionsbegründung muß außerdem die verletzte Rechtsnorm und, soweit Verfahrensmängel gerügt werden, die Tatsachen und Beweismittel bezeichnen, die den Mangel ergeben.“

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 18 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat Abs. 1 Satz 3 eingefügt.

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 8a des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat in Abs. 1 „Abs. 4 Satz 2“ durch „Absatz 4 Satz 1“ ersetzt.

Für die Revision gelten die Vorschriften über die Berufung entsprechend, soweit sich aus diesem Unterabschnitt nichts anderes ergibt. § 153 Abs. 2 und 4 sowie § 155 Abs. 2 bis 4 finden keine Anwendung.¹⁵⁷

§ 166¹⁵⁸

§ 167¹⁵⁹

§ 168

157 ÄNDERUNGEN

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 11 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat Satz 2 eingefügt.

158 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 21 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat in Abs. 2 Satz 1 „ , von berufsständischen Vereinigungen der Landwirtschaft“ nach „Arbeitgebern“ eingefügt.

08.09.1998.—Artikel 12 Nr. 2 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2600) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 55 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Satz 1 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Als Prozeßbevollmächtigte sind die Mitglieder und Angestellten von Gewerkschaften, von selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung, von Vereinigungen von Arbeitgebern, von berufsständischen Vereinigungen der Landwirtschaft und von Vereinigungen der Kriegsoffer zugelassen, sofern sie kraft Satzung oder Vollmacht zur Prozeßvertretung befugt sind.“

01.08.2003.—Artikel 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. Juli 2003 (BGBl. I S. 1526) hat in Abs. 1 „oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder Anstalten des öffentlichen Rechts“ durch „ , Körperschaften des öffentlichen Rechts, Anstalten des öffentlichen Rechts oder private Pflegeversicherungsunternehmen“ ersetzt.

01.06.2007.—Artikel 7 Abs. 10 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) hat in Abs. 2 Satz 3 „bei einem deutschen Gericht zugelassene“ nach „Jeder“ gestrichen.

AUFHEBUNG

01.07.2008.—Artikel 12 Nr. 8 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Vor dem Bundessozialgericht müssen sich die Beteiligten, soweit es sich nicht um Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts, Anstalten des öffentlichen Rechts oder private Pflegeversicherungsunternehmen handelt, durch Prozeßbevollmächtigte vertreten lassen.

(2) Als Prozessbevollmächtigte sind die Mitglieder und Angestellten von Gewerkschaften, von selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung, von Vereinigungen von Arbeitgebern, von berufsständischen Vereinigungen der Landwirtschaft und von den in § 14 Abs. 3 Satz 2 genannten Vereinigungen zugelassen, sofern sie kraft Satzung oder Vollmacht zur Prozessvertretung befugt sind. Gleiches gilt für Bevollmächtigte, die als Angestellte juristischer Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer der in Satz 1 genannten Organisationen stehen, handeln, wenn die juristische Person ausschließlich die Rechtsberatung und Prozeßvertretung der Mitglieder der Organisation entsprechend deren Satzung durchführt und wenn die Vereinigung für die Tätigkeit der Bevollmächtigten haftet. Jeder Rechtsanwalt ist ebenfalls als Prozeßbevollmächtigter vor dem Bundessozialgericht zugelassen.“

159 AUFHEBUNG

01.01.1981.—Artikel 4 Nr. 12 lit. c des Gesetzes vom 13. Juni 1980 (BGBl. I S. 677) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Einem Beteiligten, der nicht nach § 166 Abs. 2 Satz 1 vertreten ist, kann für das Verfahren vor dem Bundessozialgericht das Armenrecht bewilligt und ein Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigter beigeordnet werden.

(2) Für das Verfahren gelten §§ 114, 115 Abs. 2, §§ 117 bis 118a, 121, 122 und 124 bis 127 der Zivilprozeßordnung entsprechend.“

Klageänderungen und Beiladungen sind im Revisionsverfahren unzulässig. Dies gilt nicht für die Beiladung der Bundesrepublik Deutschland in Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts nach § 75 Abs. 1 Satz 2 und, sofern der Beizuladende zustimmt, für Beiladungen nach § 75 Abs. 2.¹⁶⁰

§ 169

Das Bundessozialgericht hat zu prüfen, ob die Revision statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist eingelegt und begründet worden ist. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Revision als unzulässig zu verwerfen. Die Verwerfung ohne mündliche Verhandlung erfolgt durch Beschluß ohne Zuziehung der ehrenamtlichen Richter.¹⁶¹

§ 170

(1) Ist die Revision unbegründet, so weist das Bundessozialgericht die Revision zurück. Ergeben die Entscheidungsgründe zwar eine Gesetzesverletzung, stellt sich die Entscheidung selbst aber aus anderen Gründen als richtig dar, so ist die Revision ebenfalls zurückzuweisen.

(2) Ist die Revision begründet, so hat das Bundessozialgericht in der Sache selbst zu entscheiden. Sofern dies untunlich ist, kann es das angefochtene Urteil mit den ihm zugrunde liegenden Feststellungen aufheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Gericht zurückverweisen, welches das angefochtene Urteil erlassen hat.

(3) Die Entscheidung über die Revision braucht nicht begründet zu werden, soweit das Bundessozialgericht Rügen von Verfahrensmängeln nicht für durchgreifend erachtet. Dies gilt nicht für Rügen nach § 202 in Verbindung mit § 547 der Zivilprozeßordnung und, wenn mit der Revision ausschließlich Verfahrensmängel geltend gemacht werden, für Rügen, auf denen die Zulassung der Revision beruht.

(4) Verweist das Bundessozialgericht die Sache bei der Sprungrevision nach § 161 zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurück, so kann es nach seinem Ermessen auch an das Landessozialgericht zurückverweisen, das für die Berufung zuständig gewesen wäre. Für das Verfahren vor dem Landessozialgericht gelten dann die gleichen Grundsätze, wie wenn der Rechtsstreit auf eine ordnungsgemäß eingelegte Berufung beim Landessozialgericht anhängig geworden wäre.

(5) Das Gericht, an das die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen ist, hat seiner Entscheidung die rechtliche Beurteilung des Revisionsgerichts zugrunde zu legen.¹⁶²

§ 170a

160 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 22 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Klageänderungen und Beiladungen sind im Revisionsverfahren unzulässig.“

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 12 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Klageänderungen und Beiladungen sind im Revisionsverfahren unzulässig; das gilt nicht für die Beiladung der Bundesrepublik Deutschland in Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung (§ 75 Abs. 1).“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 56 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Satz 2 „der Kriegsopferversorgung“ durch „des sozialen Entschädigungsrechts“ ersetzt.

161 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VIII Nr. 21 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Satz 3 „Bundessozialrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

162 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 23 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat Abs. 3 und 4 in Abs. 4 und 5 unnummeriert und Abs. 3 eingefügt.

01.01.2002.—Artikel 31 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat in Abs. 3 Satz 2 „§ 551“ durch „§ 547“ ersetzt.

Eine Abschrift des Urteils ist den ehrenamtlichen Richtern, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, vor Übermittlung an die Geschäftsstelle zu übermitteln. Die ehrenamtlichen Richter können sich dazu innerhalb von zwei Wochen gegenüber dem Vorsitzenden des erkennenden Senats äußern.¹⁶³

§ 171

Wird während des Revisionsverfahrens der angefochtene Verwaltungsakt durch einen neuen abgeändert oder ersetzt, so gilt der neue Verwaltungsakt als mit der Klage beim Sozialgericht angefochten, es sei denn, daß der Kläger durch den neuen Verwaltungsakt klaglos gestellt oder dem Klagebegehren durch die Entscheidung des Revisionsgerichts zum ersten Verwaltungsakt in vollem Umfang genügt wird.¹⁶⁴

Dritter Unterabschnitt **Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge¹⁶⁵**

§ 172

(1) Gegen die Entscheidungen der Sozialgerichte mit Ausnahme der Urteile und gegen Entscheidungen der Vorsitzenden dieser Gerichte findet die Beschwerde an das Landessozialgericht statt, soweit nicht in diesem Gesetz anderes bestimmt ist.

(2) Prozeßleitende Verfügungen, Aufklärungsanordnungen, Vertagungsbeschlüsse, Fristbestimmungen, Beweisbeschlüsse, Beschlüsse über Ablehnung von Beweisanträgen, über Verbindung und Trennung von Verfahren und Ansprüchen und über die Ablehnung von Gerichtspersonen können nicht mit der Beschwerde angefochten werden.

(3) Die Beschwerde ist ausgeschlossen

1. in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, wenn in der Hauptsache die Berufung der Zulassung bedürfte,
2. gegen die Ablehnung von Prozesskostenhilfe, wenn
 - a) das Gericht die persönlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Prozesskostenhilfe verneint,
 - b) in der Hauptsache die Berufung der Zulassung bedürfte oder
 - c) das Gericht in der Sache durch Beschluss entscheidet, gegen den die Beschwerde ausgeschlossen ist,
3. gegen Kostengrundentscheidungen nach § 193,
4. gegen Entscheidungen nach § 192 Abs. 4, wenn in der Hauptsache kein Rechtsmittel gegeben ist und der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro nicht übersteigt.¹⁶⁶

163 QUELLE

01.01.1975.—Artikel I Nr. 24 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.04.2005.—Artikel 4 Nr. 19 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Satz 1 „Übergabe“ durch „Übermittlung“ und „zuzuleiten“ durch „zu übermitteln“ ersetzt.

164 ÄNDERUNGEN

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 9 lit. a des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat Abs. 1 aufgehoben. Abs. 1 lautete:

(1) Über die Ablehnung einer Gerichtsperson (§ 60) entscheidet der Senat.“

165 ÄNDERUNGEN

01.01.2005.—Artikel 9 Nr. 2 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat die Überschrift des Unterabschnitts neu gefasst. Die Überschrift lautete: „Beschwerde“.

166 ÄNDERUNGEN

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 13 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat in Abs. 1 „mit Ausnahme der Vorbescheide“ nach „Gerichte“ gestrichen.

§ 173

Die Beschwerde ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Sozialgericht schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen; § 181 des Gerichtsverfassungsgesetzes bleibt unberührt. Die Beschwerdefrist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist beim dem Landessozialgericht schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eingelegt wird. Die Belehrung über das Beschwerderecht ist auch mündlich möglich; sie ist dann aktenkundig zu machen.¹⁶⁷

§ 174¹⁶⁸

§ 175

Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung, wenn sie die Festsetzung eines Ordnungs- oder Zwangsmittels zum Gegenstand hat. Soweit dieses Gesetz auf Vorschriften der Zivilprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes verweist, regelt sich die aufschiebende Wirkung nach diesen Gesetzen. Das Gericht oder der Vorsitzende, dessen Entscheidung angefochten wird, kann bestimmen, daß der Vollzug der angefochtenen Entscheidung einstweilen auszusetzen ist.¹⁶⁹

§ 176

Über die Beschwerde entscheidet das Landessozialgericht durch Beschluß.

§ 177

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 29 lit. a des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 2 „und über die Ablehnung von Gerichtspersonen“ nach „Ansprüchen“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 29 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 eingefügt.

05.11.2008.—Artikel 10a Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2130) hat in Abs. 3 Nr. 4 „Abs. 2“ durch „Abs. 4“ ersetzt.

11.08.2010.—Artikel 6 des Gesetzes vom 5. August 2010 (BGBl. I S. 1127) hat in Abs. 3 Nr. 1 „; dies gilt auch für Entscheidungen über einen Prozesskostenhilfeantrag im Rahmen dieser Verfahren“ am Ende eingefügt.

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 11 lit. a des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat in Abs. 2 „und Sachverständigen“ nach „Gerichtspersonen“ eingefügt.

Artikel 7 Nr. 11 lit. b desselben Gesetzes hat Nr. 1 und 2 in Abs. 3 neu gefasst. Nr. 1 und 2 lauteten:

- „1. in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, wenn in der Hauptsache die Berufung nicht zulässig wäre; dies gilt auch für Entscheidungen über einen Prozesskostenhilfeantrag im Rahmen dieser Verfahren,“
2. gegen die Ablehnung von Prozesskostenhilfe, wenn das Gericht ausschließlich die persönlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Prozesskostenhilfe verneint,“.

167 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 57 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Satz 2 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 16 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in den Sätzen 1 und 2 jeweils „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

168 AUFHEBUNG

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 30 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Hält das Sozialgericht oder der Vorsitzende, dessen Entscheidung angefochten wird, die Beschwerde für begründet, so ist ihr abzuhelpfen; sonst ist sie unverzüglich unter Benachrichtigung der Beteiligten dem Landessozialgericht vorzulegen.“

169 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel 113 Nr. 5 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat in Satz 1 „einer Strafe“ durch „eines Ordnungs- oder Zwangsmittels“ ersetzt.

Entscheidungen des Landessozialgerichts, seines Vorsitzenden oder des Berichterstatters können vorbehaltlich des § 160a Abs. 1 dieses Gesetzes und des § 17a Abs. 4 Satz 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht mit der Beschwerde an das Bundessozialgericht angefochten werden.¹⁷⁰

§ 178

Gegen die Entscheidungen des ersuchten oder beauftragten Richters oder des Urkundsbeamten kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe das Gericht angerufen werden, das endgültig entscheidet. Die §§ 173 bis 175 gelten entsprechend.

§ 178a

(1) Auf die Rüge eines durch eine gerichtliche Entscheidung beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn

1. ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
2. das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt.

(2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntgabe der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. Die Rüge ist schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.

(3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Ist die Rüge nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Form oder Frist erhoben, so ist sie als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.

(5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist. Das Verfahren wird in die Lage zurückversetzt, in der es sich vor dem Schluss der mündlichen Verhandlung befand. In schriftlichen Verfahren tritt an die Stelle des Schlusses der mündlichen Verhandlung der Zeitpunkt, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können. Für den Ausspruch des Gerichts ist § 343 der Zivilprozessordnung entsprechend anzuwenden.

(6) § 175 Satz 3 ist entsprechend anzuwenden.¹⁷¹

170 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel I Nr. 25 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBl. I S. 1625) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Entscheidungen des Landessozialgerichts oder seines Vorsitzenden können mit der Beschwerde nicht angefochten werden.“

01.01.1991.—Artikel 5 Nr. 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Entscheidungen des Landessozialgerichts oder seines Vorsitzenden können vorbehaltlich des § 160a Abs. 1 mit der Beschwerde nicht angefochten werden.“

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 14 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat „oder seines Vorsitzenden“ durch „, seines Vorsitzenden oder des Berichterstatters“ ersetzt.

171 QUELLE

01.01.2005.—Artikel 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

Dritter Abschnitt **Wiederaufnahme des Verfahrens und besondere Verfahrensvorschriften**

§ 179

(1) Ein rechtskräftig beendetes Verfahren kann entsprechend den Vorschriften des Vierten Buches der Zivilprozeßordnung wieder aufgenommen werden.

(2) Die Wiederaufnahme des Verfahrens ist ferner zulässig, wenn ein Beteiligter strafgerichtlich verurteilt worden ist, weil er Tatsachen, die für die Entscheidung der Streitsache von wesentlicher Bedeutung waren, wissentlich falsch behauptet oder vorsätzlich verschwiegen hat.

(3) Auf Antrag kann das Gericht anordnen, daß die gewährten Leistungen zurückzuerstatten sind.

§ 180

(1) Eine Wiederaufnahme des Verfahrens ist auch zulässig, wenn

1. mehrere Versicherungsträger denselben Anspruch endgültig anerkannt haben oder wegen desselben Anspruchs rechtskräftig zur Leistung verurteilt worden sind,
2. ein oder mehrere Versicherungsträger denselben Anspruch endgültig abgelehnt haben oder wegen desselben Anspruchs rechtskräftig von der Leistungspflicht befreit worden sind, weil ein anderer Versicherungsträger leistungspflichtig sei, der seine Leistung bereits endgültig abgelehnt hat oder von ihr rechtskräftig befreit worden ist.

(2) Das gleiche gilt im Verhältnis zwischen Versicherungsträgern und einem Land, wenn streitig ist, ob eine Leistung aus der Sozialversicherung oder nach dem sozialen Entschädigungsrecht zu gewähren ist.

(3) Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ist bei einem der gemäß § 179 Abs. 1 für die Wiederaufnahme zuständigen Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit zu stellen. Dieses verständigt die an dem Wiederaufnahmeverfahren Beteiligten und die Gerichte, die über den Anspruch entschieden haben. Es gibt die Sache zur Entscheidung an das gemeinsam nächsthöhere Gericht ab.

(4) Das zur Entscheidung berufene Gericht bestimmt unter Aufhebung der entgegenstehenden Bescheide oder richterlichen Entscheidungen den Leistungspflichtigen.

(5) Für die Durchführung des Verfahrens nach Absatz 4 gelten im übrigen die Vorschriften über die Wiederaufnahme des Verfahrens entsprechend.¹⁷²

§ 181

Will das Gericht die Klage gegen einen Versicherungsträger ablehnen, weil es einen anderen Versicherungsträger für leistungspflichtig hält, obwohl dieser bereits den Anspruch endgültig abgelehnt hat oder in einem früheren Verfahren rechtskräftig befreit worden ist, so verständigt es den anderen Versicherungsträger und das Gericht, das über den Anspruch rechtskräftig entschieden hat,

01.07.2008.—Artikel 12 Nr. 8 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat Satz 5 in Abs. 2 aufgehoben. Satz 5 lautete: „§ 166 bleibt unberührt.“

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 17 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 2 Satz 4 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

172 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 58 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 2 „Kriegsopferversorgung“ durch „nach dem sozialen Entschädigungsrecht“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 58 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 6 aufgehoben. Abs. 6 lautete:

„(6) Der Vorsitzende des nach Absatz 3 zuerst angegangenen oder des für die Entscheidung zuständigen Gerichts kann durch einstweilige Anordnung einen Versicherungsträger oder in der Kriegsopferversorgung ein Land zur vorläufigen Leistung verpflichten. § 97 Abs. 2 gilt entsprechend.“

und gibt die Sache zur Entscheidung an das gemeinsam nächsthöhere Gericht ab. Im übrigen gilt § 180 Abs. 2 und Abs. 4 und 5.¹⁷³

§ 182

(1) Hat das Bundessozialgericht oder ein Landessozialgericht die Leistungspflicht eines Versicherungsträgers rechtskräftig verneint, weil ein anderer Versicherungsträger verpflichtet sei, so kann der Anspruch gegen den anderen Versicherungsträger nicht abgelehnt werden, weil der im früheren Verfahren befreite Versicherungsträger leistungspflichtig sei.

(2) Das gleiche gilt im Verhältnis zwischen einem Versicherungsträger und einem Land, wenn die Leistungspflicht nach dem sozialen Entschädigungsrecht streitig ist.¹⁷⁴

§ 182a

(1) Beitragsansprüche von Unternehmen der privaten Pflegeversicherung nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch können nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung im Mahnverfahren vor dem Amtsgericht geltend gemacht werden. In dem Antrag auf Erlaß des Mahnbescheids können mit dem Beitragsanspruch Ansprüche anderer Art nicht verbunden werden. Der Widerspruch gegen den Mahnbescheid kann zurückgenommen werden, solange die Abgabe an das Sozialgericht nicht verfügt ist.

(2) Mit Eingang der Akten beim Sozialgericht ist nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu verfahren. Für die Entscheidung des Sozialgerichts über den Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid gelten § 700 Abs. 1 und § 343 der Zivilprozeßordnung entsprechend.¹⁷⁵

Vierter Abschnitt Kosten und Vollstreckung

Erster Unterabschnitt Kosten

§ 183

Das Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit ist für Versicherte, Leistungsempfänger einschließlich Hinterbliebenenleistungsempfänger, behinderte Menschen oder deren Sonderrechtsnachfolger nach § 56 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch kostenfrei, soweit sie in dieser jeweiligen Eigenschaft als Kläger oder Beklagte beteiligt sind. Nimmt ein sonstiger Rechtsnachfolger das Verfahren auf, bleibt das Verfahren in dem Rechtszug kostenfrei. Den in Satz 1 und 2 genannten Personen steht gleich, wer im Falle des Obsiegens zu diesen Personen gehören würde. Leistungsempfängern nach Satz 1 stehen Antragsteller nach § 55a Absatz 2 Satz 1 zweite Alternative gleich. § 93 Satz 3, § 109 Abs. 1 Satz 2, § 120 Absatz 1 Satz 2 und § 192 bleiben unberührt. Die Kostenfreiheit nach dieser Vorschrift gilt nicht in einem Verfahren wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens (§ 202 Satz 2).¹⁷⁶

173 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 59 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Satz 2 „bis 6“ durch „und 5“ ersetzt.

174 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 60 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 2 „der Kriegsopferversorgung“ durch „nach dem sozialen Entschädigungsrecht“ ersetzt.

175 QUELLE

01.06.1998.—Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 30. März 1998 (BGBl. I S. 638) hat die Vorschrift eingefügt.

176 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 61 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

§ 184

(1) Kläger und Beklagte, die nicht zu den in § 183 genannten Personen gehören, haben für jede Streitsache eine Gebühr zu entrichten. Die Gebühr entsteht, sobald die Streitsache rechtshängig geworden ist; sie ist für jeden Rechtszug zu zahlen. Soweit wegen derselben Streitsache ein Mahnverfahren (§ 182a) vorausgegangen ist, wird die Gebühr für das Verfahren über den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids nach dem Gerichtskostengesetz angerechnet.

(2) Die Höhe der Gebühr wird für das Verfahren
 vor den Sozialgerichten auf 150 Euro,
 vor den Landessozialgerichten auf 225 Euro,
 vor dem Bundessozialgericht auf 300 Euro
 festgesetzt.

(3) § 2 des Gerichtskostengesetzes gilt entsprechend.¹⁷⁷

§ 185

Die Gebühr wird fällig, sobald die Streitsache durch Zurücknahme des Rechtsbehelfs, durch Vergleich, Anerkenntnis, Beschluß oder durch Urteil erledigt ist.¹⁷⁸

§ 186

Wird eine Sache nicht durch Urteil erledigt, so ermäßigt sich die Gebühr auf die Hälfte. Die Gebühr entfällt, wenn die Erledigung auf einer Rechtsänderung beruht.¹⁷⁹

„Das Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit ist kostenfrei, soweit nichts anderes bestimmt ist.“

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 31 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Satz 1 „Behinderte“ durch „behinderte Menschen“ ersetzt.

01.04.2011.—Artikel 4 Nr. 8 des Gesetzes vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 453) hat Satz 4 eingefügt.

03.12.2011.—Artikel 7 Nr. 4 des Gesetzes vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) hat Satz 6 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 18 Nr. 18 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Satz 5 „Abs. 2 Satz 1“ durch „Absatz 1 Satz 2“ ersetzt.

177 ÄNDERUNGEN

01.06.1998.—Artikel 1 Nr. 5 lit. a des Gesetzes vom 30. März 1998 (BGBl. I S. 638) hat in Abs. 1 Satz 1 „sowie Unternehmen der privaten Pflegeversicherung“ nach „Rechts“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 5 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 1 Satz 3 eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 62 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Unternehmen der privaten Pflegeversicherung haben für jede Streitsache, an der sie beteiligt sind, eine Gebühr zu entrichten. Die Gebühr entsteht, sobald die Streitsache rechtshängig geworden ist; sie ist für jeden Rechtszug zu zahlen. Soweit wegen derselben Streitsache ein Mahnverfahren (§ 182a) vorausgegangen ist, wird die Gebühr für das Verfahren über den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids nach dem Gerichtskostengesetz angerechnet.

(2) Die Bundesregierung setzt die Höhe der Gebühr durch Rechtsverordnung fest, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf.“

178 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 10 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Die Gebühr wird fällig, sobald die Streitsache durch Zurücknahme des Rechtsbehelfs, durch Vergleich, Anerkenntnis, Vorbescheid oder durch Urteil erledigt ist.“

01.03.1993.—Artikel 8 Nr. 13 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) hat „Vorbescheid,“ nach „Anerkenntnis,“ gestrichen.

179 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 11 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat Satz 2 eingefügt.

§ 187

Sind an einer Streitsache mehrere nach § 184 Abs. 1 Gebührenpflichtige beteiligt, so haben sie die Gebühr zu gleichen Teilen zu entrichten.¹⁸⁰

§ 188

Wird ein durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenes Verfahren wieder aufgenommen, so ist das neue Verfahren eine besondere Streitsache.

§ 189

(1) Die Gebühren für die Streitsachen werden in einem Verzeichnis zusammengestellt. Die Mitteilung eines Auszugs aus diesem Verzeichnis an die nach § 184 Abs. 1 Gebührenpflichtigen gilt als Feststellung der Gebührenschuld und als Aufforderung, den Gebührenbetrag binnen eines Monats an die in der Mitteilung angegebene Stelle zu zahlen.

(2) Die Feststellung erfolgt durch den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle. Gegen diese Feststellung kann binnen eines Monats nach Mitteilung das Gericht angerufen werden, das endgültig entscheidet.¹⁸¹

§ 190

Die Präsidenten und die aufsichtführenden Richter der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit sind befugt, eine Gebühr, die durch unrichtige Behandlung der Sache ohne Schuld der gebührenpflichtigen Beteiligten entstanden ist, niederzuschlagen. Sie können von der Einziehung absehen, wenn sie mit Kosten oder Verwaltungsaufwand verknüpft ist, die in keinem Verhältnis zu der Einnahme stehen.

§ 191

Ist das persönliche Erscheinen eines Beteiligten angeordnet worden, so werden ihm auf Antrag bare Auslagen und Zeitverlust wie einem Zeugen vergütet; sie können vergütet werden, wenn er ohne Anordnung erscheint und das Gericht das Erscheinen für geboten hält.

§ 192

(1) Das Gericht kann im Urteil oder, wenn das Verfahren anders beendet wird, durch Beschluss einem Beteiligten ganz oder teilweise die Kosten auferlegen, die dadurch verursacht werden, dass

1. durch Verschulden des Beteiligten die Vertagung einer mündlichen Verhandlung oder die Anberaumung eines neuen Termins zur mündlichen Verhandlung nötig geworden ist oder
2. der Beteiligte den Rechtsstreit fortführt, obwohl ihm vom Vorsitzenden die Missbräuchlichkeit der Rechtsverfolgung oder -verteidigung dargelegt worden und er auf die Möglichkeit der Kostenauflegung bei Fortführung des Rechtsstreites hingewiesen worden ist.

Dem Beteiligten steht gleich sein Vertreter oder Bevollmächtigter. Als verursachter Kostenbetrag gilt dabei mindestens der Betrag nach § 184 Abs. 2 für die jeweilige Instanz.

(2) (weggefallen)

(3) Die Entscheidung nach Absatz 1 wird in ihrem Bestand nicht durch die Rücknahme der Klage berührt. Sie kann nur durch eine zu begründende Kostenentscheidung im Rechtsmittelverfahren aufgehoben werden.

180 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 63 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat „Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts“ durch „nach § 184 Abs. 1 Gebührenpflichtige“ ersetzt.

181 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 64 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 Satz 2 „Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts“ durch „nach § 184 Abs. 1 Gebührenpflichtigen“ ersetzt.

(4) Das Gericht kann der Behörde ganz oder teilweise die Kosten auferlegen, die dadurch verursacht werden, dass die Behörde erkennbare und notwendige Ermittlungen im Verwaltungsverfahren unterlassen hat, die im gerichtlichen Verfahren nachgeholt wurden. Die Entscheidung ergeht durch gesonderten Beschluss.¹⁸²

§ 193

(1) Das Gericht hat im Urteil zu entscheiden, ob und in welchem Umfang die Beteiligten einander Kosten zu erstatten haben. Ist ein Mahnverfahren vorausgegangen (§ 182a), entscheidet das Gericht auch, welcher Beteiligte die Gerichtskosten zu tragen hat. Das Gericht entscheidet auf Antrag durch Beschluß, wenn das Verfahren anders beendet wird.

(2) Kosten sind die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendigen Aufwendungen der Beteiligten.

(3) Die gesetzliche Vergütung eines Rechtsanwalts oder Rechtsbeistands ist stets erstattungsfähig.

(4) Nicht erstattungsfähig sind die Aufwendungen der in § 184 Abs. 1 genannten Gebührenpflichtigen.¹⁸³

182 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 65 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Hat ein Beteiligter, dessen Vertreter oder Bevollmächtigter durch Mutwillen, Verschleppung oder Irreführung dem Gericht oder einem Beteiligten Kosten verursacht, so kann sie das Gericht dem Beteiligten im Urteil ganz oder teilweise auferlegen. § 193 Abs. 1 gilt entsprechend.“

01.01.2007.—Artikel 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3439) hat Abs. 1a eingefügt.

Artikel 4 Nr. 2 desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „und Absatz 1a“ nach „Absatz 1“ eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 32 lit. a des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 „in einem Termin“ nach „Vorsitzenden“ gestrichen.

Artikel 1 Nr. 32 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 1a und 2 in Abs. 2 und 3 unnummeriert.

Artikel 1 Nr. 32 lit. c desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 3 „Absatz 1a“ durch „Absatz 2“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 32 lit. d desselben Gesetzes hat Abs. 4 eingefügt.

01.01.2013.—Artikel 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2789) hat Abs. 2 aufgehoben. Abs. 2 lautete:

„(2) Betrifft das Verfahren die Anfechtung eines Bescheides der Kassenärztlichen Vereinigung oder Kassenzahnärztlichen Vereinigung auf Zahlung der nach § 28 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zu zahlenden Zuzahlung hat das Gericht dem Kläger einen Kostenbetrag mindestens in Höhe des Betrages nach § 184 Abs. 2 für die jeweilige Instanz aufzuerlegen, wenn

1. die Einlegung der Klage missbräuchlich war,
2. die Kassenärztliche Vereinigung oder Kassenzahnärztliche Vereinigung spätestens in dem Bescheid den Kläger darauf hingewiesen hat, dass den Kläger die Pflicht zur Zahlung eines Kostenbetrages treffen kann.

Die Gebührenpflicht der Kassenärztlichen Vereinigung oder Kassenzahnärztlichen Vereinigung nach § 184 entfällt in diesem Fall.“

Artikel 4 Nr. 2 desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 1 „und Absatz 2“ nach „Absatz 1“ gestrichen.

183 ÄNDERUNGEN

01.10.1957.—Artikel X § 11 Nr. 5 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Gebühren und die notwendigen Auslagen eines Rechtsanwalts (§§ 76 bis 83 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte) oder eines Rechtsbeistandes sind stets erstattungsfähig.“

01.01.1993.—Artikel 15 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2266) hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Nicht erstattungsfähig sind die Aufwendungen der Behörden, der Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts.“

§ 194

Sind mehrere Beteiligte kostenpflichtig, so gilt § 100 der Zivilprozeßordnung entsprechend. Die Kosten können ihnen als Gesamtschuldnern auferlegt werden, wenn das Streitverhältnis ihnen gegenüber nur einheitlich entschieden werden kann.

§ 195

Wird der Rechtsstreit durch gerichtlichen Vergleich erledigt und haben die Beteiligten keine Bestimmung über die Kosten getroffen, so trägt jeder Beteiligte seine Kosten.

§ 196¹⁸⁴

§ 197

(1) Auf Antrag der Beteiligten oder ihrer Bevollmächtigten setzt der Urkundsbeamte des Gerichts des ersten Rechtszugs den Betrag der zu erstattenden Kosten fest. § 104 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 der Zivilprozeßordnung findet entsprechende Anwendung.

(2) Gegen die Entscheidung des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe das Gericht angerufen werden, das endgültig entscheidet.¹⁸⁵

01.06.1998.—Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 30. März 1998 (BGBl. I S. 638) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Das Gericht hat im Urteil zu entscheiden, ob und in welchem Umfang die Beteiligten einander Kosten zu erstatten haben; es entscheidet auf Antrag durch Beschluß, wenn das Verfahren anders beendet wird.“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 66 lit. a des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 4 Satz 1 „Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts“ durch „in § 184 Abs. 1 genannten Gebührenpflichtigen“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 66 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 4 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Dies gilt nicht für als Kläger oder Beklagte Beteiligte in den in § 116 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 4 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte genannten Verfahren, soweit es sich um Streitigkeiten in Angelegenheiten nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch handelt.“

01.08.2003.—Artikel 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2003 (BGBl. I S. 1526) hat in Abs. 4 „der Behörden,“ nach „Aufwendungen“ gestrichen.

01.07.2004.—Artikel 4 Abs. 25 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die gesetzlichen Gebühren und die notwendigen Auslagen eines Rechtsanwalts (§§ 25 bis 30 Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte) oder eines Rechtsbeistands sind stets erstattungsfähig.“

184 AUFHEBUNG

01.10.1957.—Artikel X § 11 Nr. 6 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Gebühren für die Berufstätigkeit der Rechtsanwälte betragen im Verfahren

1. vor dem Sozialgericht 20 bis 100 Deutsche Mark,
2. vor dem Landessozialgericht 40 bis 150 Deutsche Mark,
3. vor dem Bundessozialgericht 80 bis 250 Deutsche Mark.

(2) Werden mehrere Streitfälle zu gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung verbunden, so wird die Gebühr für die erste Instanz nur einmal gewährt.

(3) Die Gebühren für die Berufstätigkeit der Rechtsbeistände betragen die Hälfte.

(4) Die Höhe der Gebühren der Rechtsanwälte und Rechtsbeistände setzt das Gericht fest. Erfolgt die Festsetzung nicht in der das Verfahren abschließenden Entscheidung, so trifft sie der Vorsitzende.

(5) Höhere Beträge, als festgesetzt werden, dürfen weder vereinbart noch gezahlt werden.

(6) Soweit dem Rechtsanwalt nach Landesgebührenrecht für eine einzelne Tätigkeit vor Übernahme der Vertretung im Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit eine besondere Gebühr erwachsen ist, wird diese auf die Gebühr des Absatzes 1 angerechnet.“

185 ÄNDERUNGEN

§ 197a

(1) Gehört in einem Rechtszug weder der Kläger noch der Beklagte zu den in § 183 genannten Personen oder handelt es sich um ein Verfahren wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens (§ 202 Satz 2), werden Kosten nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes erhoben; die §§ 184 bis 195 finden keine Anwendung; die §§ 154 bis 162 der Verwaltungsgerichtsordnung sind entsprechend anzuwenden. Wird die Klage zurückgenommen, findet § 161 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung keine Anwendung.

(2) Dem Beigeladenen werden die Kosten außer in den Fällen des § 154 Abs. 3 der Verwaltungsgerichtsordnung auch auferlegt, soweit er verurteilt wird (§ 75 Abs. 5). Ist eine der in § 183 genannten Personen beigeladen, können dieser Kosten nur unter den Voraussetzungen von § 192 auferlegt werden. Aufwendungen des Beigeladenen werden unter den Voraussetzungen des § 191 vergütet; sie gehören nicht zu den Gerichtskosten.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Träger der Sozialhilfe, soweit sie an Erstattungsstreitigkeiten mit anderen Trägern beteiligt sind.¹⁸⁶

§ 197b

Für Ansprüche, die beim Bundessozialgericht entstehen, gelten das Justizverwaltungskostengesetz und das Justizbeitreibungsgesetz entsprechend, soweit sie nicht unmittelbar Anwendung finden. Vollstreckungsbehörde ist die Justizbeitreibungsstelle des Bundessozialgerichts.¹⁸⁷

Zweiter Unterabschnitt Vollstreckung

§ 198

(1) Für die Vollstreckung gilt das Achte Buch der Zivilprozeßordnung entsprechend, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt.

01.10.1957.—Artikel X § 11 Nr. 6 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861) hat Satz 3 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 3 lautete: „Der Rechtsanwalt kann für den Antrag auf Festsetzung eine Gebühr nicht beanspruchen.“

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 67 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 1 Satz 2 „Abs. 1 Satz 2 und“ nach „§ 104“ eingefügt.

186 QUELLE

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 68 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2005.—Artikel 1 Nr. 14a des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat Abs. 3 eingefügt.

03.12.2011.—Artikel 7 Nr. 5 des Gesetzes vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) hat in Abs. 1 Satz 1 „oder handelt es sich um ein Verfahren wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens (§ 202 Satz 2)“ nach „Personen“ eingefügt.

01.01.2020.—Artikel 20 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 3 „einschließlich der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ nach „Sozialhilfe“ eingefügt.

187 QUELLE

01.04.2008.—Artikel 1 Nr. 33 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.08.2013.—Artikel 19 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) hat in Satz 1 „die Justizverwaltungskostenordnung“ durch „das Justizverwaltungskostengesetz“ ersetzt.

01.07.2017.—Artikel 15 Abs. 6 des Gesetzes vom 21. November 2016 (BGBl. I S. 2591) hat in Satz 1 „die Justizbeitreibungsordnung“ durch „das Justizbeitreibungsgesetz“ ersetzt.

- (2) Die Vorschriften über die vorläufige Vollstreckbarkeit sind nicht anzuwenden.
(3) An die Stelle der sofortigen Beschwerde tritt die Beschwerde (§§ 172 bis 177).¹⁸⁸

§ 199

(1) Vollstreckt wird

1. aus gerichtlichen Entscheidungen, soweit nach den Vorschriften dieses Gesetzes kein Aufschub eintritt,
2. aus einstweiligen Anordnungen,
3. aus Anerkenntnissen und gerichtlichen Vergleichen,
4. aus Kostenfestsetzungsbeschlüssen,
5. aus Vollstreckungsbescheiden.

(2) Hat ein Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung, so kann der Vorsitzende des Gerichts, das über das Rechtsmittel zu entscheiden hat, die Vollstreckung durch einstweilige Anordnung aussetzen. Er kann die Aussetzung und Vollstreckung von einer Sicherheitsleistung abhängig machen; die §§ 108, 109, 113 der Zivilprozeßordnung gelten entsprechend. Die Anordnung ist unanfechtbar; sie kann jederzeit aufgehoben werden.

(3) Absatz 2 Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Urteil nach § 131 Abs. 4 bestimmt hat, daß eine Wahl oder eine Ergänzung der Selbstverwaltungsorgane zu wiederholen ist. Die einstweilige Anordnung ergeht dahin, daß die Wiederholungswahl oder die Ergänzung der Selbstverwaltungsorgane für die Dauer des Rechtsmittelverfahrens unterbleibt.

(4) Für die Vollstreckung können den Beteiligten auf ihren Antrag Ausfertigungen des Urteils ohne Tatbestand und ohne Entscheidungsgründe erteilt werden, deren Zustellung in den Wirkungen der Zustellung eines vollständigen Urteils gleichsteht.¹⁸⁹

§ 200

(1) Soll zugunsten einer Bundesbehörde oder einer bundesunmittelbaren Körperschaft des öffentlichen Rechts oder einer bundesunmittelbaren Anstalt des öffentlichen Rechts vollstreckt werden, so richtet sich die Vollstreckung nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz.

(2) Bei der Vollstreckung zugunsten einer Behörde, die nicht Bundesbehörde ist, sowie zugunsten einer nicht bundesunmittelbaren Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts gelten die Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes entsprechend. In diesem Fall bestimmt das Land die Vollstreckungsbehörde.

§ 201

(1) Kommt die Behörde in den Fällen des § 131 der im Urteil auferlegten Verpflichtung nicht nach, so kann das Gericht des ersten Rechtszugs auf Antrag unter Fristsetzung ein Zwangsgeld bis zu tausend Euro durch Beschluß androhen und nach vergeblichem Fristablauf festsetzen. Das Zwangsgeld kann wiederholt festgesetzt werden.

(2) Für die Vollstreckung gilt § 200.¹⁹⁰

188 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 69 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat in Abs. 2 „ , den Arrest und die einstweilige Verfügung“ nach „Vollstreckbarkeit“ gestrichen.

189 QUELLE

10.08.1967.—Artikel 2 § 4 Nr. 4 des Gesetzes vom 3. August 1967 (BGBl. I S. 845) hat Abs. 3 in Abs. 4 unnummeriert und Abs. 3 eingefügt.

01.06.1998.—Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 30. März 1998 (BGBl. I S. 638) hat in Abs. 1 Nr. 3 den Punkt durch ein Komma ersetzt und Abs. 1 Nr. 4 eingefügt.

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 70 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat Nr. 2 bis 4 in Abs. 1 in Nr. 3 bis 5 unnummeriert und Abs. 1 Nr. 2 eingefügt.

190 ÄNDERUNGEN

Dritter Teil Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 202

Soweit dieses Gesetz keine Bestimmungen über das Verfahren enthält, sind das Gerichtsverfassungsgesetz und die Zivilprozeßordnung entsprechend anzuwenden, wenn die grundsätzlichen Unterschiede der beiden Verfahrensarten dies nicht ausschließen; Buch 6 der Zivilprozessordnung ist nicht anzuwenden. Die Vorschriften des Siebzehnten Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes sind mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass an die Stelle des Oberlandesgerichts das Landesozialgericht, an die Stelle des Bundesgerichtshofs das Bundessozialgericht und an die Stelle der Zivilprozessordnung das Sozialgerichtsgesetz tritt. In Streitigkeiten über Entscheidungen des Bundeskartellamts, die die freiwillige Vereinigung von Krankenkassen nach § 172a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch betreffen, sind die §§ 63 bis 78 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass an die Stelle des Oberlandesgerichts das Landesozialgericht, an die Stelle des Bundesgerichtshofs das Bundessozialgericht und an die Stelle der Zivilprozessordnung das Sozialgerichtsgesetz tritt.¹⁹¹

§ 203

Soweit in anderen Gesetzen auf Vorschriften oder Bezeichnungen verwiesen wird, die durch dieses Gesetz aufgehoben werden, treten an deren Stelle die entsprechenden Vorschriften oder die Bezeichnungen dieses Gesetzes.

§ 203a

Die Senate des Bundessozialgerichts können Sitzungen auch in Berlin abhalten.¹⁹²

§ 204

Vor die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit gehören auch Streitigkeiten, für welche durch Rechtsverordnung die Zuständigkeit der früheren Versicherungsbehörden oder Versorgungsgerichte begründet worden war.

§ 205

Erfolgt die Vernehmung oder die Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen nach dem Zehnten Buch Sozialgesetzbuch durch das Sozialgericht, findet sie vor dem dafür im Geschäftsvertei-

01.01.1975.—Artikel 113 Nr. 6 lit. a des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat in Abs. 1 Satz 1 „eine Erzwingungsstrafe“ durch „ein Zwangsgeld“ ersetzt.

Artikel 113 Nr. 6 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Die Erzwingungsstrafe kann wiederholt verhängt werden.“

01.01.2002.—Artikel 22 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1983) hat in Abs. 1 Satz 1 „zweitausend Deutsche Mark“ durch „tausend Euro“ ersetzt.

191 ÄNDERUNGEN

03.12.2011.—Artikel 7 Nr. 6 des Gesetzes vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) hat Satz 2 eingefügt.

30.06.2013.—Artikel 5 Abs. 8 Nr. 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1738) hat Satz 3 eingefügt.

09.06.2017.—Artikel 5 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1416) hat in Satz 3 „bis 78a“ durch „bis 78“ ersetzt.

01.11.2018.—Artikel 9 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) hat in Satz 1 „; Buch 6 der Zivilprozessordnung ist nicht anzuwenden“ am Ende eingefügt.

192 QUELLE

01.07.1958.—§ 1 Nr. 12 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat die Vorschrift eingefügt.

lungsplan bestimmten Richter statt. Über die Rechtmäßigkeit einer Verweigerung des Zeugnisses, des Gutachtens oder der Eidesleistung nach dem Zehnten Buch Sozialgesetzbuch entscheidet das Sozialgericht durch Beschluß.¹⁹³

§ 206

(1) Auf Verfahren in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes, die nicht auf die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit übergehen, ist § 188 der Verwaltungsgerichtsordnung in der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Fassung anzuwenden.

(2) Auf Verfahren, die am 1. Januar 2009 bei den besonderen Spruchkörpern der Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit anhängig sind, sind die §§ 1, 50a bis 50 c und 60 in der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Fassung anzuwenden. Für einen Rechtsbehelf gegen Entscheidungen eines besonderen Spruchkörpers des Verwaltungsgerichts, die nach dem 31. Dezember 2008 ergehen, ist das Landessozialgericht zuständig.¹⁹⁴

§ 207

Verfahren in Streitigkeiten über Entscheidungen von Vergabekammern, die Rechtsbeziehungen nach § 69 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch betreffen und die am 28. Dezember 2010 bei den Landessozialgerichten anhängig sind, gehen in dem Stadium, in dem sie sich befinden, auf das für den Sitz der Vergabekammer zuständige Oberlandesgericht über. Verfahren in Streitigkeiten über Entscheidungen von Vergabekammern, die Rechtsbeziehungen nach § 69 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch betreffen und die am 28. Dezember 2010 beim Bundessozialgericht anhängig sind, gehen auf den Bundesgerichtshof über. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Verfahren, die sich in der Hauptsache erledigt haben.¹⁹⁵

193 QUELLE

01.01.1981.—Artikel II § 30 des Gesetzes vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über Streitigkeiten aus dem Gesetz betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene vom 30. Juni 1900 (Reichsgesetzbl. S. 536), wobei die Beschwerde als Klage beim Sozialgericht gilt.“

194 ÄNDERUNGEN

01.07.2001.—Artikel 1 Nr. 71 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Bei Streit über Teuerungszulagen nach dem Teuerungszulagengesetz in der Fassung vom 25. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 354) ist die Berufung ausgeschlossen.“

AUFHEBUNG

02.01.2002.—Artikel 19 Satz 1 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Soweit dieses Gesetz besondere Vorschriften für die Kriegsopferversorgung enthält, gelten diese auch für die in § 51 Abs. 4 genannten Streitigkeiten.“

QUELLE

01.01.2005.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3302) hat die Vorschrift eingefügt.

195 ÄNDERUNGEN

18.12.2008.—Artikel 2b Nr. 4 des Gesetzes vom 15. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2426) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Durch Landesgesetz muß geregelt werden, unter welchen Voraussetzungen die bisher hauptamtlich bei den Versicherungsbehörden richterlich Tätigen zu den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit übernommen werden. Einer Mitwirkung des in § 11 vorgesehenen Ausschusses bedarf es nicht. Der Übernahme steht nicht entgegen, daß die Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 Satz 1 nicht erfüllt sind.

(2) Bei der ersten Ernennung von Berufsrichtern, die nicht dem in Absatz 1 bezeichneten Personenkreis angehören, treten in dem Ausschuß (§ 11) an die Stelle der Vertreter der Sozialgerichtsbarkeit Vertreter aus dem Kreis der im Hauptamt ernannten Mitglieder der Oerversicherungsämter des Landes.“

§ 208

(1) Ehrenamtliche Richter, die vor dem 1. Januar 2012 nach § 23 Absatz 1 Satz 2 als Mitglieder des Ausschusses der ehrenamtlichen Richter gewählt worden sind, bleiben bis zum Ende der für sie geltenden Wahlperiode im Amt. Dies gilt auch für ehrenamtliche Richter, die aus den Vorschlagslisten für den Kreis der Arbeitnehmer vor dem 25. Oktober 2013 in das Amt berufen worden sind.

(2) Ehrenamtliche Richter, die aus Vorschlagslisten für den Kreis der Arbeitnehmer vor dem 25. Oktober 2013 berufen worden sind, bleiben bis zum Ende der Zeit, für die sie berufen worden sind, im Amt und gehören so lange den für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende einschließlich der Streitigkeiten auf Grund des § 6a des Bundeskindergeldgesetzes und der Arbeitsförderung zuständigen Kammern an.¹⁹⁶

§ 209

§ 43 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz gilt entsprechend.¹⁹⁷

§ 210

(1) Bei Bedarf können bei den Sozialgerichten und den Landessozialgerichten Kammern und Senate auf Zeit gebildet werden. Die Zahl der Kammern auf Zeit darf die Hälfte der Zahl der ordentlichen Kammern, die Zahl der Senate auf Zeit drei Viertel der Zahl der ordentlichen Senate nicht überschreiten. Kammern und Senate auf Zeit dürfen nicht über den 31. Dezember 1960 hinaus tätig sein.

01.01.2011.—Artikel 2 Nr. 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2262) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Verfahren in Streitigkeiten über Entscheidungen von Vergabekammern, die Rechtsbeziehungen nach § 69 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch betreffen und die am 18. Dezember 2008 bei den Oberlandesgerichten anhängig sind, gehen in dem Stadium, in dem sie sich befinden, auf das für den Sitz der Vergabekammer zuständige Landessozialgericht und in den Fällen des § 124 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auf das Bundessozialgericht über. Dies gilt nicht für Verfahren, die sich in der Hauptsache erledigt haben. Soweit ein Oberlandesgericht an eine Frist nach § 121 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen gebunden ist, beginnt der Lauf dieser Frist mit dem Eingang der Akten bei dem zuständigen Landessozialgericht von neuem. Die Sätze 1 bis 3 gelten für Verfahren in Streitigkeiten über Entscheidungen von Vergabekammern, die Rechtsbeziehungen nach § 69 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch betreffen und die am 18. Dezember 2008 bei den Sozialgerichten anhängig sind, entsprechend.“

18.04.2016.—Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 203) hat Satz 4 aufgehoben. Satz 4 lautete: „Soweit ein Landessozialgericht an eine Frist nach § 121 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen gebunden ist, beginnt der Lauf dieser Frist mit dem Eingang der Akten bei dem zuständigen Oberlandesgericht von neuem.“

196 ÄNDERUNGEN

01.01.2012.—Artikel 8 Nr. 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Bis zum 31. Dezember 1958 gelten als Beratungs- und Vertretungstätigkeit im Sinne des § 9 Abs. 2 auch Zeiten einer entsprechenden Tätigkeit vor den Versicherungsbehörden oder Versorgungsgerichten.“

25.10.2013.—Artikel 7 Nr. 12 lit. b des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) hat Satz 2 eingefügt.

Artikel 7 Nr. 12 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 2 eingefügt.

197 ÄNDERUNGEN

19.10.2017.—Artikel 5 Abs. 5 des Gesetzes vom 8. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3546) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„In den Ländern Bayern und Hessen tritt § 32 erst drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in Kraft.“

(2) Den Vorsitz in den Kammern auf Zeit kann ein Hilfsrichter, in den Senaten auf Zeit an Stelle eines Senatspräsidenten ein anderer Berufsrichter des Landessozialgerichts führen.¹⁹⁸

§ 210a

Bis zum 31. Dezember 1960 kann in den Senaten der Landessozialgerichte ein Hilfsrichter an Stelle des einen der weiteren Berufsrichter mitwirken.¹⁹⁹

§ 211

Die Vorschriften des § 41 des Bundesbeamtengesetzes vom 14. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 551) gelten bis zum 31. Dezember 1956 nicht für die in § 38 Abs. 2 bezeichneten Bundesrichter. Die danach über das fünfundsechzigste Lebensjahr hinaus im Dienst verbliebenen oder nach Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres bestellten Bundesrichter treten mit Ablauf des 31. Dezember 1956 in den Ruhestand.

§ 212

Bei der ersten Berufung der Landessozialrichter und der Bundessozialrichter nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entfällt das Erfordernis einer vierjährigen Tätigkeit als Sozialrichter oder Landessozialrichter.

§ 213

(1) Das Spruch- und das Beschlußverfahren nach den sozialversicherungs- und den versorgungsrechtlichen Vorschriften nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung fallen weg. An die Stelle dieser Verfahren treten die in diesem Gesetz geregelten Verfahren.

(2) Soweit durch dieses Gesetz der Rechtsweg vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit eröffnet wird, fällt die bisherige rechtsprechende Tätigkeit der Versicherungsämter, der Oberversicherungsämter, der Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung und der Versorgungsgerichte weg.

(3) Soweit in den sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften und in dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in den Fällen der §§ 78 bis 80 die Verwaltungsbeschwerde oder der Einspruch vorgesehen ist, tritt an deren Stelle der Widerspruch (§§ 83 bis 86).

§ 214

(1) Die in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes ergangenen Entscheidungen der Oberversicherungsämter und der Versorgungsgerichte mit Ausnahme derjenigen im Land Bayern und dem früheren Land Württemberg-Baden können beim Landessozialgericht angefochten werden

1. in der Unfallversicherung und der Kriegsopferversorgung mit der Berufung, wenn der ursächliche Zusammenhang einer Gesundheitsstörung oder des Todes mit einem Unfall, einer Berufskrankheit oder mit einer Schädigung im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes streitig ist,
2. in den Rentenversicherungen mit der Revision entsprechend den früheren §§ 1696, 1697 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung.

198 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Bei Bedarf können bei den Sozialgerichten und den Landessozialgerichten Kammern und Senate auf Zeit gebildet werden; ihre Zahl darf die Hälfte der Zahl der ordentlichen Kammern und Senate nicht überschreiten. Kammern und Senate auf Zeit dürfen nicht über den 31. Dezember 1958 hinaus tätig sein.“

199 QUELLE

20.05.1960.—Artikel I des Gesetzes vom 16. Mai 1960 (BGBl. I S. 305) hat die Vorschrift eingefügt.

(2) Im Falle des Absatzes 1 Nummer 1 entscheidet das Landessozialgericht nur über den ursächlichen Zusammenhang. Soweit im übrigen über den Anspruch Streit besteht, ist die Sache an das Sozialgericht zurückzuverweisen, das endgültig entscheidet.

(3) Die Rechtsmittel sind binnen einer Ausschußfrist von sechs Monaten seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes einzulegen.

(4) Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes fristgerecht eingelegte Rekurse gelten als Berufungen im Sinne der §§ 143 bis 159. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes eingelegte Revisionen gelten als Revisionen im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2. Diese Rechtsmittel können nur dann verfolgt werden, wenn die Rechtsmittelkläger dies innerhalb von zwei Monaten, nachdem sie hierüber belehrt worden sind, beantragen.

(5) Vorbehaltlich des Absatzes 2 entscheidet das Landessozialgericht in den Fällen der Absätze 1 und 4 endgültig.

(6) Soweit das Landessozialgericht auf Grund der nach den Absätzen 1 und 4 eingelegten Rechtsmittel Entscheidungen der Oberversicherungsämter und der Versorgungsgerichte, durch die Leistungen gewährt werden, aufhebt, sind diese Leistungen mit Ablauf des auf die Verkündung der Entscheidung folgenden Monats einzustellen. Die Rückforderung der gewährten Leistungen ist ausgeschlossen.

§ 215

(1) Die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bei den Geschäftsausschüssen nach dem Reichsknappschaffengesetz, den Spruchausschüssen nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und den Beschwerdeausschüssen der Kriegsopferversorgung anhängigen Sachen gehen auf die für das Vorverfahren zuständigen Stellen über. Soweit ein Vorverfahren nicht stattfindet, werden sie bei dem zuständigen Sozialgericht rechtshängig.

(2) Die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bei den Versicherungsämtern, den Oberversicherungsämtern und den Versorgungsgerichten rechtshängigen Sachen gehen auf das zuständige Sozialgericht über.

(3) Die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bei den Landesversicherungsämtern Bayern und Württemberg-Baden rechtshängigen Sachen gehen auf das zuständige Landessozialgericht über.

(4) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gelten die bisherigen Berufungen und Beschwerden als Klage. Ein Vorverfahren findet nicht statt.

(5) Soweit in Angelegenheiten des § 51 rechtskräftige Urteile der allgemeinen Verwaltungsgerichte ergangen sind, hat es dabei sein Bewenden.

(6) Soweit beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in Angelegenheiten des § 51 Sachen bei den allgemeinen Verwaltungsgerichten des ersten Rechtszugs rechtshängig sind und eine Entscheidung des Oberversicherungsamts oder des Versorgungsgerichts nicht vorliegt, gehen sie auf die Sozialgerichte über.

(7) Soweit beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in Angelegenheiten des § 51 Sachen bei den allgemeinen Verwaltungsgerichten des ersten Rechtszugs rechtshängig sind und eine Entscheidung des Oberversicherungsamts oder des Versorgungsgerichts vorliegt, gehen sie als Berufung auf die Landessozialgerichte über; die Zulässigkeit der Berufung richtet sich nach diesem Gesetz.

(8) Soweit beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in Angelegenheiten des § 51 Sachen bei den allgemeinen Verwaltungsgerichten des zweiten Rechtszugs rechtshängig sind, gehen sie auf die Landessozialgerichte über; die Zulässigkeit der Berufung richtet sich nach diesem Gesetz.

(9) Soweit beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in Angelegenheiten des § 51 Sachen beim Bundesverwaltungsgericht rechtshängig sind, gehen sie auf das Bundessozialgericht über; die Zulässigkeit der Revision richtet sich nach diesem Gesetz.

§ 216

(1) Bis zum 31. Dezember 1960 kann

1. der Vorsitzende bei dem Sozialgericht Vorbescheide in allen Fällen erlassen, auch wenn eine Beweiserhebung stattgefunden hat;
2. der Vorsitzende bei dem Sozialgericht, das Landessozialgericht ohne Zuziehung der Landessozialrichter und das Bundessozialgericht ohne Zuziehung der Bundessozialrichter außerhalb der mündlichen Verhandlung Beschlüsse erlassen, die der Entscheidung in der Sache selbst vorausgehen;
3. das Landessozialgericht durch einstimmigen Beschluß ohne Zuziehung der Landessozialrichter
 - a) die Berufung ohne Vorbescheid (§ 158 Abs. 2 und 3) als unzulässig verwerfen, wenn die Voraussetzungen des § 158 Abs. 1 erfüllt sind,
 - b) eine Revision (§ 214) oder Berufung zurückweisen, wenn sie offenbar unbegründet ist,
 - c) über eine Revision (§ 214) oder Berufung entscheiden, wenn die Sach- und Rechtslage zweifelsfrei geklärt ist;
4. das Bundessozialgericht durch einstimmigen Beschluß ohne Zuziehung der Bundessozialrichter
 - a) eine Revision zurückweisen, wenn sie offenbar unbegründet ist,
 - b) über eine Revision entscheiden, wenn die Rechtslage zweifelsfrei geklärt ist.

(2) Soll über ein Rechtsmittel nach Absatz 1 Nr. 3 oder 4 entschieden werden, so ist dies in den Fällen der Nummer 3 Buchstaben a, b und der Nummer 4 Buchstabe a dem Rechtsmittelkläger, in den übrigen Fällen allen Beteiligten unter Angabe der Gründe vorher mitzuteilen. Diese können sich noch binnen eines Monats nach Zustellung der Mitteilung äußern.²⁰⁰

§ 217

(1) Bis zu einer einheitlichen Regelung durch die Bundesrechtsanwaltsordnung sind Verwaltungsrechtsräte als Prozeßbevollmächtigte vor dem Bundessozialgericht zugelassen.

(2) Als Verwaltungsrechtsrat gilt auch der, der auf Grund der vorgeschriebenen Prüfungen die Fähigkeit zum höheren Verwaltungsdienst hat und dem das Auftreten vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit allgemein gestattet ist.

§ 218

(1) Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigungen erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

(2) Soweit in Bezeichnungen dieses Gesetzes die Oberversicherungsämter genannt werden, tritt im Land Berlin an deren Stelle das Sozialversicherungsamt Berlin.

(3) § 214 findet im Land Berlin keine Anwendung.

(4) § 215 Abs. 1 Satz 1 ist auf die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes beim Landesversorgungsamt Berlin im Einspruchsverfahren der Kriegsopferversorgung anhängigen Fälle entsprechend anzuwenden.

(5) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes beim Bezirks-Berufungsausschuß und der Spruchkammer für Arbeitslosenversicherung des Sozialversicherungsamts Berlin und beim Versorgungsgericht Berlin anhängigen Fälle gehen auf das Sozialgericht über.

200 ÄNDERUNGEN

01.07.1958.—§ 1 Nr. 14 des Gesetzes vom 25. Juni 1958 (BGBl. I S. 409) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Bis zum 31. Dezember 1958 können Vorbescheide ergehen

1. durch die Sozialgerichte in allen Fällen, auch wenn eine Beweiserhebung stattgefunden hat,
2. durch die Landessozialgerichte, wenn die Berufung offenbar unbegründet ist.“

(6) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bei dem Spruchausschuß des Sozialversicherungsamts Berlin und dem Obergericht Berlin anhängigen Fälle gehen auf das Landessozialgericht über.

§ 219

Die Länder können Abweichungen von den Vorschriften des § 85 Abs. 2 Nr. 1 zulassen.²⁰¹

§§ 220 und 221²⁰²

§ 222²⁰³

§ 223²⁰⁴

§ 224

(1) Dieses Gesetz tritt, soweit es sich um Maßnahmen zu seiner Durchführung handelt, mit dem Tage seiner Verkündung, im übrigen am 1. Januar 1954 in Kraft.

(2)

(3)²⁰⁵

201 ÄNDERUNGEN

02.01.2002.—Artikel 1 Nr. 72 des Gesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) hat „Berlin, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein“ nach „Länder“ gestrichen.

202 ERLÄUTERUNG

Die Vorschriften waren bloße Änderungsvorschriften.

203 AUFHEBUNG

01.04.1957.—Artikel X § 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 35 des Gesetzes vom 23. Dezember 1956 (BGBl. I S. 1018) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift war bloße Änderungsvorschrift.

204 AUFHEBUNG

08.07.1961.—Artikel VI Abs. 2 des Gesetzes vom 3. Juli 1961 (BGBl. I S. 857) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift war bloße Änderungsvorschrift.

205 ERLÄUTERUNG

Abs. 2 und 3 waren bloße Änderungsvorschriften.